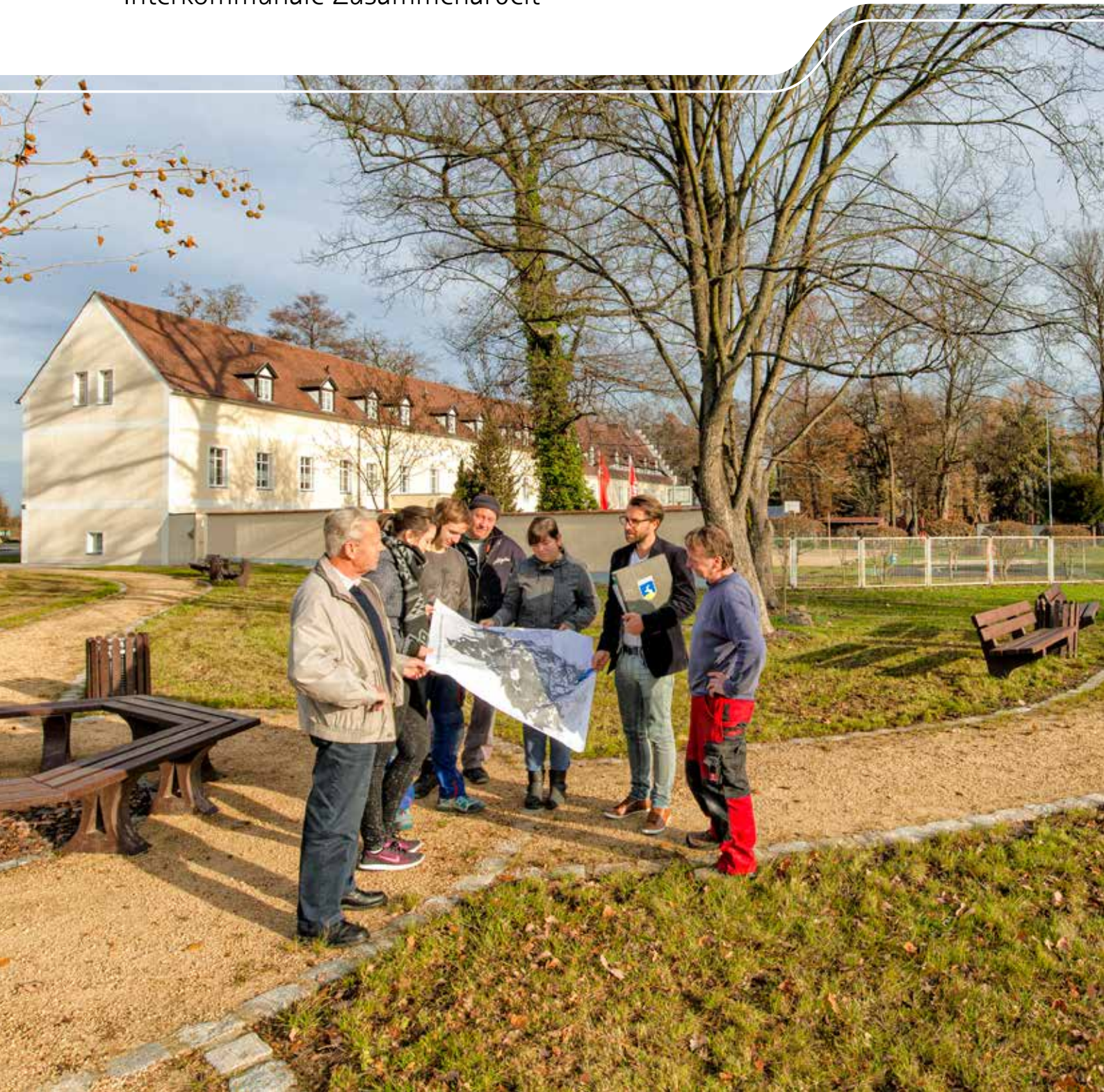


Praxisreport 2020

Regionalentwicklung durch
Interkommunale Zusammenarbeit



Vorwort.....	3
Einleitung.....	4
Planungsverband Region Chemnitz.....	6
Regionaler Planungsverband Leipzig–Westsachsen.....	7
Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge.....	8
Regionaler Planungsverband Oberlausitz–Niederschlesien.....	9
Erzgebirgskreis – Zusammenführung und Aktualisierung der Regionalen Entwicklungskonzepte der früheren Teilregionen zu einem REK Erzgebirge sowie dessen geplante oder bereits erfolgte Umsetzung und eventuell darauf aufbauende weitere Folgeprojekte.....	10
Städteverbund Göltzschtal – Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) für den Mittelzentralen Städteverbund Göltzschtal (MZSV).....	14
VG Burkhardtsdorf – Erstellung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (REK).....	16
Landkreis Mittelsachsen – Kulturlandschaftsprojekt Mittelsachsen.....	18
Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří – Machbarkeitsstudie zum Thema „Welterbebesucherzentren in der Montanen Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří!“.....	21
Die Rolle des Grünen Ringes Leipzig in der (konzeptionellen) Entwicklung des Leipziger Neuseenlandes.....	24
Landkreis Leipzig – Impulse für interkommunale Zusammenarbeit – „Handlungsoption für Kleinstdörfer mit starkem Handlungsdruck“.....	27
Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig – Studie zur Inwertsetzung bestehender Potenziale der „Zwischenräume“ zwischen den bereits entstandenen touristischen Hotspots in der Bergbaufolgelandschaft des Südraumes Leipzig.....	30
Landkreis Nordsachsen – „Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Erlebbarkeit der Mulde“.....	32
Wurzener Land – Stadt–Umland–Konzept (SUK).....	34
Wohnbauflächenprognose 2012 bis 2027 für die Erlebnisregion Dresden.....	37
Gemeinde Hermsdorf/Erzgebirge – Interkommunales Konzept zur Sicherung der Grundschule in Hermsdorf/Erzgebirge durch multifunktionale Nutzung und dessen bauliche Umsetzung.....	40
Aufbau einer Heimkehrerbörse (Internetportal) für den Landkreis Sächsische Schweiz–Osterzgebirge.....	42
Städte Altenberg und Glashütte – Konzept zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung und dessen Umsetzung.....	44
Zukunftsforum für den Landkreis Meißen.....	46
Landkreis Bautzen – Machbarkeitsstudie zum Vorhaben „Objekt extrem. Der Koloss von Knappenrode. Ein Industriedenkmal auf Kurskorrektur.“.....	48
Handlungskonzept zur Errichtung stationärer Pflegeeinrichtungen als Gemeinschaftsprojekt für die Stadt Schirgiswalde–Kirschau und die Gemeinden Cunewalde, Großpostwitz, Obergurig und Sohland a. d. Spree.....	50
Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen – Fortschreibung des REK sowie die daraus hervorgegangenen Projekte.....	53
Handlungskonzept zur strategischen Weiterentwicklung des grundzentralen Gemeindeverbundes „Großdubrau/Radibor“ zum grundzentralen Gemeindeverbund „Großdubrau/Malschwitz/Radibor“.....	56
Stadt Kamenz – „Ab in die Wachstumsregion Dresden“.....	60
Kontaktdaten der Planungsverbände.....	62
Die Themen des SMR im Internet.....	63
Bildnachweise.....	64





DIE REGIONALE EBENE gewinnt als mittlere räumliche Handlungsebene zwischen den Gemeinden, dem Land sowie der Europäischen Union vor dem Hintergrund fortschreitender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen immer mehr an Bedeutung. Ziel unseres Handelns ist und bleibt es, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land erreichen zu können. Einer der Schwerpunkte liegt hierbei auf der Erschließung und Verknüpfung vorhandener Potenziale der Teilräume des Freistaates Sachsen. So sollen Menschen im Interesse der Chancengerechtigkeit in allen Regionen einen Zugang zu den Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere vor dem Hintergrund der sich stets verändernden Bedingungen haben. Die Bündelung, Vernetzung, Kooperation und die zeitgemäße Anpassung von Inhalten und Organisationsformen sind hierbei wesentliche Lösungsansätze.

Städte und Gemeinden, die ihre Entwicklung regional stärker miteinander vernetzen und ihre Angebote der Daseinsvorsorge gezielter arbeitsteilig bereitstellen, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung derselben. Deshalb wollen wir interkommunale Kooperationsnetzwerke bei deren Aufbau, Verstetigung und Weiterentwicklung unterstützen.

In der Broschüre „Praxisreport Regionalentwicklung durch interkommunale Zusammenarbeit“ berichten verschiedene kommunale Akteure über ihre Erfahrungen, das Zusammenwirken verschiedenster Multiplikatoren in den Regionen und Erfolge bei der Verbesserung von Angeboten unterschiedlichster Lebensbereiche vor Ort. Es wird an vielen Beispielen aufgezeigt, welche regionalen Spielräume, neue Wege und bedarfsgerechte Lösungen geschaffen werden konnten.

Mit der Neugründung des Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR) wurde die Zuständigkeit für die Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio) vom Staatsministerium des Innern an das SMR übergeben. Auch weiterhin wollen wir über die Richtlinie Anreize für die interkommunale Zusammenarbeit schaffen, die mit ihren bewährten investiv und nichtinvestiv geregelten Fördergegenständen Instrumente bereitstellt, die den Kommunen sowie anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts eine gestaltende Raum- und Regionalentwicklung durch Kooperationen ermöglichen. Somit kann die interkommunale Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Erfordernisse des Landesentwicklungsplanes und der Regionalpläne zielgerichtet unterstützt werden. Die Förderung bietet und gewährleistet einen durchgängigen integrierten Förderstrang, beginnend von der konzeptionellen Vorbereitung bis hin zur tatsächlichen Umsetzung interkommunaler sowie überörtlich und überfachlich wirkender Projekte.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die durch ihre wertvolle Mithilfe zum Gelingen der Broschüre beigetragen haben.

Thomas Schmidt
Staatsminister
für Regionalentwicklung



Blick auf das Elbtal bei Meißen

DER FREISTAAT SACHSEN steht weiterhin vor großen Herausforderungen bei der Bewältigung des demografischen Wandels und des Strukturwandels. Ein langfristiger Rückgang sowie die Alterung der Bevölkerung sind dabei die wesentlichen Merkmale. Die demografischen Veränderungen verlaufen jedoch regional sehr differenziert, wobei der ländliche Raum mit seinen Teilräumen stärker als die Verdichtungsräume von diesen Entwicklungen betroffen ist. Die Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig werden weiterhin wachsen, die ländlich geprägten Gebiete werden auch in den nächsten Jahren weiter Einwohner verlieren.

Dieser Entwicklung ist auch im Bereich der Raumordnung Rechnung zu tragen. Hierfür wird das bereits seit den 1960er Jahren bewährte Zentrale-Orte-Prinzip als Instrument der Landes- und Regionalplanung genutzt.

Die Zentralen Orte – sowohl in den Verdichtungsräumen als auch im ländlichen Raum – stehen mit ihrem Umland in engen wechselseitigen Verflechtungen und erfüllen damit wichtige Funktionen. Die Erschließung der Vorteile zentralörtlicher Bündelung und räumlicher Konzentration von Funktionen der Daseinsvorsorge ist ein Auftrag an die Regionen, die kommunalen Gebietskörperschaften und die Fachplanungen und deshalb bereits im Landesentwicklungsplan 2013 verankert.

Der Freistaat Sachsen setzt zudem verstärkt auf interkommunale Kooperationen zwischen Gebietskörperschaften. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit als auch informellere vertragliche Kooperationsformen schaffen die Grundlagen für ein abgestimmtes planvolles Handeln für den jeweiligen spezifischen Raum mit speziellen Herausforderungen und damit bedarfsgerechte Vor-Ort-Lösungen.

Über das Fachförderprogramm Regionalentwicklung (FR-Regio) wird bereits seit dem Jahr 1997 der Einsatz informeller Planungsinstrumente zur innovativen Fortsetzung der gestaltenden Raum- und Regionalentwicklung gefördert. Die Körperschaften des öffentlichen Rechts, insbesondere die Kommunen, erhalten finanzielle Anreize, um regional zu kooperieren und durch interkommunale Zusammenarbeit ihre Entwicklungspotenziale auszuschöpfen und zu erweitern. Die FR-Regio dient der Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Erfordernisse des Landesentwicklungsplanes und der Regionalpläne. Geeignete Formen der Zusammenarbeit werden durch die interkommunal und regional wirkenden Fördertatbestände der Richtlinie unterstützt. Die Fördergegenstände beziehen sich schwerpunktmäßig auf nichtinvestive Ausgaben für die Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung von Strategie- und Handlungskonzepten im Bereich der regionalen Selbstorganisation. Hierzu gehören Regionale Anpassungs- und Entwicklungskonzepte, regionale Vernetzungskonzepte sowie regionale Konzepte zu thematischen Netzwerken. Besonders hervorzuheben sind Stadt-Umland-Konzepte (SUK) für Verflechtungsräume zentraler Orte. Hier wird vom Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) gegenwärtig ein besonderer Schwerpunkt der interkommunalen Zusammenarbeit gesehen. Förderfähig sind des Weiteren Städtenetzkonzepte für Verbünde zentraler Orte. In dieser Broschüre finden Sie eine repräsentative Auswahl von in den Jahren 2013 bis 2018 geförderten Vorhaben zu den verschiedenen Fördergegenständen aus den vier Planungsregionen im Freistaat Sachsen.

Die alleinige Orientierung auf die Erarbeitung der zum Teil sehr komplexen Raumordnungspläne (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne) reicht für eine Steuerung der räumlichen Entwicklung nicht mehr aus. Weniger formalisierte, aber stärker umsetzungsorientierte Verfahren müssen diese klassischen Instrumente der Raumordnung ergänzen. Mit der Förderung informeller Planungsverfahren soll die Gewährleistung der regionalen Daseinsvorsorge unter den Erfordernissen des demografischen Wandels und gebietlicher Neuordnungen unterstützt, die Teilräume in ihrem jeweiligen Entwicklungspotenzial gestärkt und damit ein Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geleistet werden. Die informellen Instrumente basieren auf einer Selbstbindung der beteiligten Akteure durch kooperative Beteiligungsprozesse. Das SMR ist der Überzeugung, dass eine konstruktive Zusammenarbeit der Kommunen, insbesondere auch im ländlichen Raum, einen starken Impuls für die jeweilige Region setzen kann, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und die Sicherung der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die

Zusammenarbeit kann Kräfte und Stärken der einzelnen Kommunen bündeln, während deren Eigenständigkeit und Identität bewahrt bleiben. Dies trägt nicht zuletzt zur Stärkung der Heimatverbundenheit bei. Die zentralen Orte sind dabei wichtige Ankerpunkte im ländlichen Raum. Für eine gute Entwicklung der Verflechtungsräume ist deshalb eine konstruktive Zusammenarbeit der Kommunen unabdingbar.

Nach § 13 Landesplanungsgesetz haben die Regionalen Planungsverbände (RPV) die Aufgabe, im Interesse der Regionalentwicklung die raumordnerische Zusammenarbeit in den Planungsregionen zu gestalten. Bei Handlungsfeldern mit hohem Koordinationsaufwand obliegt ihnen die konzeptionelle Vorbereitung und die Umsetzungsbegleitung. Hierzu gehört auch die Mitwirkung im Verfahren zur Förderung der Regionalentwicklung nach der FR-Regio. Zur Ausgestaltung dieser Mitwirkung wird auf die folgenden Beiträge der vier Planungsverbände verwiesen.

Die FR-Regio stellt mit ihren nichtinvestiven und investiven Fördergegenständen Instrumente bereit, die den Kommunen sowie anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts eine gestaltende Raum- und Regionalentwicklung durch Kooperationen ermöglichen. Sie bietet und gewährleistet einen durchgängigen integrierten Förderstrang, beginnend von der konzeptionellen Vorbereitung bis hin zur tatsächlichen Umsetzung interkommunal sowie überörtlich und überfachlich wirkender Projekte.

Dies erfordert die Einsicht mehrerer Körperschaften zur Notwendigkeit der Beschreibung und Umsetzung gemeinsamer Entwicklungsziele und setzt einen gesellschaftlichen und auch politischen Willensbildungsprozess voraus.

Die Förderung richtet sich an Körperschaften des öffentlichen Rechts, primär jedoch an die Gemeinden, Gemeindeverbände, kreisfreien Städte und Landkreise sowie kommunalen Zweck- und Verwaltungsverbände im Freistaat Sachsen.

Die Gemeinden sollen auch künftig leistungsfähig und in der Lage sein, ihre Aufgaben dauerhaft zu erfüllen. Dieser Praxisreport soll dazu beitragen, bereits entwickelte Ideen und Konzepte einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich zu machen und weitere Aktions- und Verflechtungsräume zu entsprechender Zusammenarbeit animieren.

DAS GEBIET DES PLANUNGSVERBANDES REGION CHEMNITZ

umfasst die Landkreise Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau sowie die kreisfreie Stadt Chemnitz mit insgesamt circa 1,44 Mio. Einwohnern auf etwa 6.500 km² Fläche. Neben der Stadt Chemnitz befinden sich 182 Städte und Gemeinden in der Planungsregion. Der Planungsverband grenzt innerhalb des Freistaates Sachsen an die sächsischen Planungsregionen Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Leipzig-West Sachsen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat für den Planungsverband aufgrund seiner Lage und der Grenzen zu den Freistaaten Thüringen und Bayern sowie zur Tschechischen Republik eine besondere Bedeutung.

Das Gebiet der Planungsregion mit den Oberzentren Chemnitz, Zwickau und Plauen war aufgrund seiner langen und bedeutenden bergbaulichen und industriellen Vergangenheit bereits frühzeitig dicht besiedelt. Gegenwärtig stellt sich die Bevölkerungsdichte differenziert dar: Im Verdichtungsraum leben rund 57 Prozent der Bevölkerung auf gut einem Viertel der Fläche, dagegen haben im flächenmäßig deutlich größeren ländlichen Raum etwa 43 Prozent der Bevölkerung ihren Wohnsitz. Nahezu alle Kommunen haben sich den Auswirkungen des demografischen Wandels und der Sicherung der Daseinsvorsorge zu stellen.

Die Planungsregion zeigt sich als Wirtschaftsraum mit einer hohen Industriedichte bei überwiegend mittelständischen Strukturen, großer Branchenvielfalt und Innovationskraft und geprägt von einer differenzierten Wissenschaftslandschaft.

Der Naturraum der Region mit dem Tief- und Hügelland, dem Gebirgsvorland und Bergland sowie den Kammlagen des Erzgebirges ist vielgestaltig und von hoher Attraktivität. Die großen und vielfach einmaligen bergbaulichen Traditionen und Zeugnisse haben zur Aufnahme der „Montanen Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří“ in die Liste des Welterbes geführt. Damit sind in der Region sehr unterschiedlich ausgeprägte touristische Destinationen mit (teil-)regionalen und überregional bedeutsamen Alleinstellungsmerkmalen vorhanden.

Der Planungsverband wirkt aktiv in den verschiedensten Netzwerken und Regionalinitiativen mit. Im Rahmen der Regionalentwicklung werden dabei die Akteure der Region bei der Umsetzung ihrer Vorhaben und Maßnahmen unterstützt. Dazu dienen in einem besonderen Maß auch die mit der FR Regio zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Für die zielgerichtete Entwicklung der Kooperationsräume ist eine konzeptionelle Grundlage zur Ableitung von Zielen, Strategien und Maßnahmen erforderlich. Dies kann durch ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) erfolgen, in dem ein Fahrplan für die weitere Entwicklung des Kooperationsraumes einschließlich einer Aufgabenverteilung enthalten sind. Im Erzgebirgskreis wurde ein REK auf der Ebene eines Landkreises im Zusammenhang mit der Aktualisierung von bereits teilträumlich vorliegenden Konzepten und einer Benennung ausgewählter Handlungsfelder erarbeitet. Innerhalb eines mittelzentralen Städteverbundes sind im Göltzschtal verschiedene Handlungsfelder für den Verbund und die einzelnen Kommunen mit priorisierten Maßnahmen untersetzt worden. In einer Verwaltungsgemeinschaft wurden in einem REK verschiedene Fachkonzepte erstellt, die auch der Vorbereitung und inhaltlichen Untersetzung des Flächennutzungsplans und weiterer kommunaler Planungen dienen. Im Landkreis Mittelsachsen wurde mit dem Kulturlandschaftsprojekt ein wichtiges Instrument für die Identifikation der Bevölkerung mit der Verwaltungseinheit entwickelt, mit dem das innerregionale Zusammenwachsen gestärkt, eine Plattform für weitere Projekte geschaffen sowie die Arbeit des Verbandes am Regionalplan unterstützt wird. Mit ganz aktuellem Bezug können die Ergebnisse der für die Welterbe-Besucherzentren erstellten Machbarkeitsstudie verwendet werden. Sie stellen eine wertvolle Grundlage für die künftige inhaltliche, technische und gestalterische Umsetzung der einzelnen potenziellen Besucherzentren in der „Montanen Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří“ dar.



Blick auf Annaberg-Buchholz

DIE AUS DER KREISFREIEN STADT LEIPZIG sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen bestehende Planungsregion des namensgebenden Regionalen Planungsverbandes Leipzig–West Sachsen umfasst eine Fläche von circa 4.000 km² und 1 Mio. Einwohner. In der Region gibt es 62 Gemeinden. Neben den sächsischen Planungsregionen Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Region Chemnitz sind die Planungsregionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Halle (Sachsen-Anhalt), Ostthüringen (Freistaat Thüringen) sowie Lausitz-Spreewald (Brandenburg) Nachbarn. Zu diesen pflegt der Regionale Planungsverband auch als Mitglied in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland eine Zusammenarbeit.

Raumstrukturell nimmt der Verdichtungsraum Leipzig 16 Prozent der Regionsfläche ein und beherbergt fast zwei Drittel der Bevölkerung. Im ländlichen Raum leben auf 84 Prozent der Regionsfläche nur 36 Prozent der Einwohner. Insgesamt ist die Siedlungsstruktur durch eine hohe Siedlungsdichte gekennzeichnet. Die Flächennutzungsstruktur ist sehr differenziert und im westlichen Teil der Planungsregion durch den Braunkohlenabbau und dessen Folgen geprägt. Der besondere landschaftliche Wert der Region liegt in seiner großen naturräumlichen Vielfalt. Die Planungsregion ist auch wegen ihrer wirtschaftsgeografischen Lage ein attraktiver Wirtschaftsraum. Dabei ist das Oberzentrum Leipzig das dominierende Zentrum. Die wieder gewonnene Attraktivität der Stadt führte seit dem Jahr 2010 zu völlig neuen Perspektiven. Zuwanderung und Geburtenüberschuss sorgen für ein Bevölkerungswachstum. Mittlerweile verfügt Leipzig wieder über 600.000 Einwohner und zählt damit zu den „Top Ten“ in Deutschland. Für die Entwicklung von Stadt und Umland bedeutet dies einen Paradigmenwechsel, was auch für die Regionalplanung neue Herausforderungen mit sich bringt. Zudem wird dies jetzt durch den mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung verbundenen Strukturwandel überlagert.

Unabhängig vom gesetzlich verankerten Auftrag entspricht die Unterstützung und Initiierung von Vorhaben zur Gestaltung der Regionalentwicklung dem Selbstverständnis des Regionalen Planungsverbandes, um so vorhandene Potenziale zu nutzen und räumliche Disparitäten auszugleichen. Dazu sind auch die finanziellen Anreize aus der FR-Regio äußerst hilfreich.



Störnthaler Kanal und Kanuparkschleife am Markkleeberger See

Tendenziell führen die Herausforderungen des demografischen Wandels zu verstärkten Aktivitäten der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit. Dabei gewinnen auch die mittelzentralen Verflechtungsbereiche als „Verantwortungsgemeinschaften“ zunehmend an Bedeutung. Daher haben die Stadt Wurzen und die Gemeinden Bennewitz, Lossatal und Thallwitz des mittelzentralen Verflechtungsbereiches Wurzen eine Kooperationsvereinbarung zum „Aktionsraum der Regionalentwicklung Wurzen Land“ abgeschlossen. Eine fachliche Grundlage für die Zusammenarbeit ist das SUK für den Aktionsraum. Im Bezug zu den Anforderungen zur Bewältigung des demografischen Wandels steht auch das Vorhaben des Landkreises Leipzig „Handlungsoptionen für Kleinst-Dörfer mit starkem Handlungsdruck“. Regional bedeutsam sind auch der Ausbau und die Vollendung des Gewässerverbundes Leipziger Neuseenland. Diese sind geeignet, ein wassertouristisches Alleinstellungsmerkmal über die Grenzen der Planungsregion hinaus zu entwickeln. Eine tragende Rolle nimmt dabei seit langem der „Grüne Ring Leipzig“ ein. In überörtlicher Kooperation, teilweise auch länderübergreifend, wurden hierzu bereits mehrere FR-Regio-Projekte erfolgreich umgesetzt. Im Kontext zur Entwicklung der Gewässerlandschaft stehen auch die „Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Erlebbarkeit der Mulde“ des Landkreises Nordsachsen und die „Studie zur Inwertsetzung bestehender Potenziale der ‚Zwischenräume‘ zwischen den bereits entstandenen touristischen Hotspots in der Bergbaufolgelandschaft des Südraumes Leipzig“ des Zweckverbandes Kommunales Forum Südraum Leipzig sowie zahlreiche weitere Vorhaben.

DER REGIONALE PLANUNGSVERBAND OBERES ELBTAL/OST-ERZGEBIRGE besteht aus der Landeshauptstadt Dresden sowie den Landkreisen Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Die Planungsregion ist mit 3.437 km² die kleinste in Sachsen, mit etwas mehr als 1 Mio. Einwohnern aber zugleich die am dichtesten besiedelte. Im Verdichtungsraum um Dresden, der nur 17% der Regionsfläche einnimmt, leben circa 70 Prozent der Einwohner der Region. Während die Einwohnerzahl im Verdichtungsraum und einigen umliegenden Gemeinden stetig zunimmt, verzeichnet insbesondere der periphere ländliche Raum Bevölkerungsverluste. Aus diesem Spannungsfeld heraus ergeben sich mehrere Ansätze für die Regionalentwicklung mit dem Ziel, die Region als einen attraktiven und hochwertigen Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum zu erhalten und zu stärken. Die FR-Regio ist dabei eine wirkungsvolle Hilfe, um Prozesse der Regionalentwicklung zu initiieren und punktgenau finanziell zu unterstützen. Durch das breite Spektrum der Fördergegenstände hilft die FR-Regio in vielen Fällen, wenn eine Förderung aus Fachförderrichtlinien aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist.

Im Stadt-Umland-Bereich ist eine Kooperation zwischen Stadt und Land dringend erforderlich, um einen Interessensausgleich zu ermöglichen und um kommunale Aufgaben gemeindeübergreifend

besser zu lösen. So wurde mit dem Projekt „Wohnbauflächenbedarfsprognose für die Erlebnisregion Dresden“ eine regional abgestimmte Arbeitsgrundlage für die Bauleitplanung der Kommunen der Erlebnisregion geschaffen. Besonders im ländlichen Raum kommt es darauf an, die Wirtschaftskraft in ihrer Größe und Vielfalt zu erhalten und zu stärken. Mit dem Projekt „Aufbau einer Heimkehrerbörse für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge“ wird ein Beitrag geleistet, damit Fachkräfte in der Region bleiben bzw. wieder „heimkehren“. Gleichermäßen dient das Projekt „Konzept zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung und dessen Umsetzung“ dazu, Unternehmen in der Region zu halten und ihre Interessen bestmöglich zu berücksichtigen. Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge trotz Bevölkerungsrückgang stellt die Kommunen im ländlichen Raum vor gewaltige Herausforderungen. Das Projekt „Interkommunales Konzept zur Sicherung der Grundschule in Hermsdorf/E. durch multifunktionale Nutzung und dessen bauliche Umsetzung“ hat dazu beigetragen, die „Schule im Dorf zu lassen“, indem Schule als Lern- und Begegnungsort begriffen wird. Mit dem Projekt „Zukunftsforum für den Landkreis Meißen“ wird das ureigene Anliegen der FR-Regio aufgegriffen, mit ganzheitlichen und nachhaltigen Konzepten die Grundlagen für darauf aufbauende Umsetzungsmaßnahmen zu schaffen.



Weinberghänge Dresden-Pillnitz

DER REGIONALE PLANUNGSVERBAND OBERLAUSITZ-NIEDER-SCHLESILIEN wird getragen von den beiden ostsächsischen Landkreisen Bautzen und Görlitz. Auf einer Fläche von rund 4.500 km² leben circa 560.000 Einwohner in einer Region, die sehr vielseitig ist. Sie ist die einzige Planungsregion im Freistaat mit einem oberzentralen Städteverbund (OZSV), die Städte Bautzen, Görlitz und Hoyerswerda arbeiten interkommunal zusammen. Sie ist die Heimat der slawischen Minderheit der Obersorben mit eigener Sprache und Kultur und geprägt von großer Tradition hinsichtlich Braunkohleabbau und -verstromung. Mit dem Oberlausitzer Bergland und Zittauer Gebirge, dem Lausitzer Gefilde, der Heide- und Teichlandschaft und dem Lausitzer Seenland besticht die Planungsregion durch landschaftlich abwechslungsreiche Gebiete. Ein Alleinstellungsmerkmal bildet die Lage entlang der Grenzen zur Tschechischen Republik und zur Republik Polen. Diese wird zunehmend von kommunalen und regionalen Akteuren als Chance für die internationale Zusammenarbeit und europäische Integration wahrgenommen, sodass gemeinsam grenzübergreifende Projekte umgesetzt werden. Der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien ist aktiv im Prozess des Strukturwandels im Lausitzer Revier eingebunden. Die Mitwirkung besteht unter anderem über Gremienarbeit und das Einbringen von fachlicher Expertise in laufenden Projekten zur Standortentwicklung. Mit Blick auf die Siedlungsstruktur ergeben sich für die Regionalplanung kontinuierlich große Herausforderungen, das Spannungsfeld zwischen den Interessen der angrenzenden Landeshauptstadt Dresden, den grenznahen Teilregionen sowie den einzelnen Städten des OZSV zu moderieren.

Bautzen bildet das kulturelle und gesellschaftliche Zentrum der Obersorben und das stärkste wirtschaftliche Zentrum der Region. Görlitz ist mit seinen, das Stadtbild prägenden Bauten aus allen Stilepochen von der Spätgotik bis zum Jugendstil, ein überregional bekannter Schwerpunkt des Städte- und Kulturtourismus. Hoyerswerda ist als größte Stadt im Lausitzer Seenland das Zentrum der länderübergreifenden Bergbaufolgelandschaft. Einige Schwerpunkte der FR-Regio werden hier vorgestellt. So liegt bspw. eine tragende Rolle bei der Tourismusedwicklung des Lausitzer Seenlandes in der überörtlichen Kooperation, die mit dem Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen institutionell gefestigt ist und bereits mehrere FR-Regio-Projekte erfolgreich umsetzen konnte. Im Kontext der Landschaftsveränderungen im Norden der Planungsregion ist auch das Projekt zur Energiefabrik Knappenrode zu sehen.



Blick über Bautzen und die Talsperre Bautzen zum Kraftwerk Boxberg

Die bestehenden Herausforderungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels führten zu verstärkten Aktivitäten der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit. So haben sich im Oberlausitzer Bergland mehrere Kommunen zusammengeschlossen, um ein Projekt zur Errichtung stationärer Pflegeeinrichtungen umzusetzen. Die Konstituierung der interkommunalen Zusammenarbeit von drei Gemeinden in der Heide- und Teichlandschaft (Radibor, Großdubrau und Malschwitz) wurde mit Mitteln aus der FR-Regio begleitet. Eine bessere Vernetzung der Region mit der Landeshauptstadt gelang über das Projekt „Ab in die Wachstumsregion Dresden“.

Das in der Regionalplanung und -entwicklung viel zitierte Schlagwort „Zusammenarbeit“ wird in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien tagtäglich von den handelnden Akteuren mit Leben gefüllt. Aufgrund der besonderen Herausforderungen des demografischen und strukturellen Wandels wird gemeinsames Handeln der kommunalen Entscheidungsträger zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Die FR-Regio ist dabei eine große Chance für die Kommunen.

Erzgebirgskreis



Zusammenführung und Aktualisierung der Regionalen Entwicklungskonzepte der früheren Teilregionen zu einem REK Erzgebirge sowie dessen geplante oder bereits erfolgte Umsetzung und eventuell darauf aufbauende weitere Folgeprojekte

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: Juni 2016 bis Dezember 2016

PROJEKTSUMME: 58.786 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Kreistag, Ämter und Institutionen, Städte und Gemeinden sowie die LEADER-Managements des Erzgebirgskreises, Planungsverband Region Chemnitz, Bürger des Kreises in einem separaten Anhörungsprozess vor der Kreistagsbeschlussfassung

ANSPRECHPARTNER: Holger Vorberg, Leiter Stabsstelle Kreisentwicklung im Landratsamt Erzgebirgskreis

SEIT DEM JAHR 1990 WURDEN MEHRERE ENTWICKLUNGSKONZEPTE mit Bezug zum Erzgebirge erarbeitet (unter anderem Regionales Entwicklungs- und Handlungskonzept Erzgebirge 2002). Dazu zählen auch Konzepte, Gutachten und Studien für Teilräume (zum Beispiel Städtenetzkonzeption für die zwölf Partnerstädte im Regionalmanagement Erzgebirge 2010, Entwicklungsstrategien für die LEADER-Regionen). Andere Konzepte behandelten ausgewählte thematische Schwerpunkte (unter anderem Studie zur Erreichbarkeitssituation kommunaler Zentren des Erzgebirges 2013, Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse zur Breitbandinternetversorgung des Erzgebirgskreises 2010).

Mit der Kreisgebietsreform im August 2008 wurde der Erzgebirgskreis aus einem Zusammenschluss der vier ehemaligen Landkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg, Stollberg und des Mittleren Erzgebirgskreises gebildet.

Parallel dazu gründeten sich aufgrund der Förderkonstellation LEADER-Regionen heraus, die nicht in allen Fällen die Kreisgrenzen des Erzgebirgskreises berücksichtigen und eigene Entwicklungsinteressen für ihre Mitgliedskommunen verfolgen. Diese Konstellation führte dazu, dass bisherige Grundlagenkonzepte nicht oder nur noch schwer als Rahmen für die kreisliche Entwicklung herangezogen werden konnten. Das war schließlich der Anlass, das Erstellen eines neuen Entwicklungskonzeptes über die FR Regio anzustoßen.

Der Anspruch, ein neues Grundlagenkonzept zu erstellen, bedingt es natürlich, eine umfassende Bandbreite von Themen zu betrachten. Dies geschah zunächst unabhängig davon, auf welcher Ebene die Zuständigkeit liegt. Eine Zuordnung erfolgte erst in den konkreten Handlungsfeldern am Ende des Prozesses.

„Der Anspruch, ein neues Grundlagenkonzept zu erstellen, bedingt es natürlich, eine umfassende Bandbreite von Themen zu betrachten.“

Holger Vorberg, Leiter Stabsstelle
Kreisentwicklung im Landratsamt Erzgebirgskreis

Näher betrachtet wurden die Themen:

- | Demografie
- | Verkehrssituation und Erreichbarkeit
darunter auch ÖPNV, Luftverkehr, Radverkehr, land- und forstwirtschaftliche Wege, Elektromobilität
- | Technische Infrastruktur
Trink- und Abwasser, Fernwärmeversorgung, Versorgung mit Elektroenergie, Gasversorgung sowie Telekommunikation und Breitbandversorgung
- | Wirtschaft und Beschäftigung
darunter Branchenstruktur, Einzelhandel, Tourismus, Forschung und Entwicklung, Gewerbeflächen, Wirtschaftsförderung und Netzwerke der Wirtschaft, Beschäftigungs- und Fachkräftesituation, Einkommen und Lohnniveau
- | Soziale Infrastruktur
Kinderbetreuungseinrichtungen, Schuleinrichtungen, Medizinische Versorgung, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und Senioren, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur, Vereinsleben und Denkmale, Sport, Integration von Migranten
- | Natur, Umwelt und Klimawandel
Wald- und Forstwirtschaft/Landwirtschaft, Schutzgebiete nach Naturschutzrecht, Flächennutzungen, Stand- und Fließgewässer, Altlasten und Bergbau, Emissionen und Immissionen, Klimaschutz und Klimaanpassung, Brand- und Katastrophenschutz



Blick auf Gemeinde Erlbach-Kirchberg

Um bei der Vielfalt der zu bewältigenden Themen diese nicht erneut in voller Tiefe erörtern zu müssen, da es bereits dokumentierte Kompromisse gibt, liegen dem Konzept alle Positionen zugrunde, die den Landkreis durch frühere Beschlüsse bereits binden. Darunter Konzepte der Kommunen, die Fachkonzepte auf Landkreisebene und die LEADER-Entwicklungsstrategien. Außerdem wurden bei der Konzepterstellung die Ämter und Institutionen, die Städte und Gemeinden sowie die LEADER-Managements des Erzgebirgskreises unmittelbar in einer Beratung, im Schriftwechsel und in Abstimmungsgesprächen beteiligt. Es erfolgte eine schriftliche Befragung aller Kommunen zu Potenzialen und Defiziten in ihrer Kommune bzw. im Landkreis. Außerdem wurden die Fachverantwortlichen und zuständigen Institutionen/Akteure sowie der Kreistag einbezogen. Soweit sich daraus keine neuen Grundlagen ergaben, wurden jedoch bestehende Beschlusslagen lediglich auf Unstimmigkeiten zwischen den Beschlüssen geprüft. Konnten Letztgenannte ausgeschlossen werden, wurden die Zielstellungen übernommen.

Weil das Konzept jedoch insbesondere die Verwaltung des Erzgebirgskreises binden wird, oblag die abschließende Meinungsbildung den demokratisch gewählten Gremien des Kreises.

Der abschließenden Beschlussfassung ging jedoch noch einmal eine öffentliche Anhörung voraus, an der sich alle Bürger des Erzgebirgskreises beteiligen konnten.

Da es in dem Konzept nicht darum ging, alle tragfähigen Grundlagen und Kompromisse erneut zu diskutieren, sondern vielmehr darum, bisher unterschiedliche Ansätze oder Ziele der einzelnen Regionen zu erkennen und diese aufeinander abzustimmen und in Gleichklang zu bringen, war ein großer Teil der Abstimmungen den Fachbereichen zuzuordnen. Die gesamtkonzeptionelle Lösung stand anschließend noch einmal offen zur Debatte. Die Rückmeldungen spiegelten dabei wider, dass die Konzepte die wichtigen Themen der Region erfasst haben, sie zeigten aber auch, dass Meinungsdivergenzen, die in Kompromissformulierungen im Konzept zu finden sind, bis in die breite Bevölkerung hinein bestehen.



Hunt – Neu Straßberger Glück-Rampe



Ortsansicht Gemeinde Seiffen

Es kann festgestellt werden, dass sich die interkommunale Zusammenarbeit vor allem dann verstetigen lässt, wenn das Gesamtziel die vielen Ziele der einzelnen Regionen und Kommunen als Bausteine des Ganzen erkennen lässt. Der Prozess erfordert eine zentrale und stringente Steuerung durch verantwortliche Personen. Es ist außerdem von großer Bedeutung, alle betroffenen Institutionen und Akteure laufend in den Prozess einzubeziehen.

Wie bei jedem großen Konzept besteht natürlich die Gefahr, dass frühere Kompromisse und Ziele erneut in Frage gestellt werden, ohne dass eine neue konsensfähige Lösung im Raum steht. Solche Fragen zu erkennen und die Konzentration auf Fragen aufrecht zu erhalten, für die der Lösungsweg noch zu finden ist, war eine der großen Herausforderungen, die jedoch aufgrund der großen Erfahrung des beauftragten Unternehmens und der sachlichen Arbeit der Fachbereiche und Gremien gemeistert werden konnte. Ziel war die Erreichung des größten gemeinsamen Nenners. Das „Wie“ der Umsetzung muss zum Teil im Nachgang geprüft, abgestimmt und geregelt werden.

Im Projektverlauf erfolgten zunächst folgende Schritte:

- | Erfassung der Ausgangssituation
- | Definition der Aufgabenstellung

- | Analyse und Bewertung des Untersuchungsraumes
- | Erstellung eines Entwicklungs- und Handlungskonzepts
- | Fazit und Vorschläge für das weitere Vorgehen

Diese Schritte wurden durch Befragung und Auswertung von Konzepten/Planungen unterstützt.

Im Ergebnis erfolgte die Formulierung von konkreten Schlüsselprojekten inkl. ausführlicher Projektbeschreibungen in enger Abstimmung mit Fachverantwortlichen und relevanten Institutionen/Akteuren.

Die Feinjustierung erfolgte schließlich durch Abwägung der Rückmeldungen der Bürger und Kreisräte.

„Interkommunale Zusammenarbeit lässt sich vor allem dann verstetigen, wenn das Gesamtziel die vielen Ziele der einzelnen Regionen und Kommunen als Bausteine des Ganzen erkennen lässt.“

Holger Vorberg, Leiter Stabsstelle
Kreisentwicklung im Landratsamt Erzgebirgskreis



Gemauerter Ofen – Waschleithe

Das unmittelbare Förderprojekt erfasste dabei bewusst „nur“ den Konzeptteil, die letzte Abstimmung in den Gremien und die öffentliche Anhörung zum Konzeptentwurf waren nicht Gegenstand der Förderung. Es hat sich gezeigt, dass diese Verfahrensweise dem Gesamtprozess sehr förderlich war, da so die Gremienbefassung nicht unter dem Zeitdruck des Endes des Förderzeitraumes stand und viele der Fragen noch nachträglich sachlich ausgeräumt werden konnten.

Als Erfolg ist zu verzeichnen, dass das Regionalentwicklungskonzept des Erzgebirgskreises den Rahmen für das Verwaltungshandeln bildet. Es ermöglicht auch, in konkreten Einzelfällen die politische Zielrichtung der gewählten Vertreter des Kreises von vornherein zu berücksichtigen.

Mit den thematischen Zielstellungen und Schlüsselprojektbeschreibungen liegt eine konkrete Orientierungs-, Arbeits- und Handlungsgrundlage für Kreisverwaltung, Kreistag, Kommunen und sonstige Erbringer landkreisentwicklungsrelevanter Institutionen/Akteure vor.

Natürlich stehen solchen grundsätzlichen Konzepten stets die Bedenken entgegen, dass die Konzepte den Spielraum der alltäglichen Entscheidungen unangemessen einschränken könnten.

Diesen Bedenken kann nur dadurch Rechnung getragen werden, dass sich das Konzept auf die Zielstellung beschränkt und keine unverrückbaren Vorgaben macht, die sich im Widerstreit der Sachzwänge als unlösbare Konflikte offenbaren.

Die für das Konzept erforderliche Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg hat tatsächlich zu besserer Kommunikation zwischen unterschiedlichen Bereichen geführt und in den Verwaltungsalltag Einzug gehalten. Aktuell erfolgt eine Umsetzung der Maßnahmen aus dem REK in einzelnen Bereichen bzw. mit folgenden Vorhaben.

Aktuell nimmt aufgrund des Auslaufens der Förderperiode im Bereich Breitbandförderung die Entwicklung der Infrastruktur für den allgemeinen digitalen Datenaustausch (Breitbandinfrastruktur), also die Maßnahmen nach Nr. 14 des Entwicklungskonzeptes, fast die gesamte Kapazität in Anspruch. Hier sollen nunmehr alle nach den kommunalen Einzelprojekten noch verbliebenen förderfähigen Adresspunkte mit entsprechenden Anschlüssen versorgt werden. Einen weiteren Schwerpunkt stellt derzeit der Maßnahmenblock Nr. 26 (Bewältigung der Folgen des Bergbaus und geologischer Bedingungen inkl. Etablierung von Informations- und Kooperationsstrukturen) dar. Aber auch alle anderen Maßnahmen werden im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten begleitet und entwickelt.

Städteverbund Göltzschtal



Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) für den Mittelzentralen Städteverbund Göltzschtal (MZSV)

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: März 2017 bis März 2019

PROJEKTSUMME: 31.300 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Städte Auerbach, Falkenstein und Rodewisch, Gemeinde Ellefeld

ANSPRECHPARTNER: Kerstin Schöniger, Bürgermeisterin Stadt Rodewisch, Sprecherin des MZSV

DIE VIER KOMMUNEN Falkenstein, Ellefeld, Auerbach und Rodewisch mit circa 37.000 Einwohnern bilden ein geschlossenes Siedlungsband entlang des oberen Göltzschtals. Mit Ausnahme der Gemeinde Ellefeld verfügt jede der Kommunen über zentralörtliche Einrichtungen, ohne eigenständig ein Mittelzentrum zu bilden. Die räumliche Nähe, die engen Verflechtungen und gleiche strukturelle Herausforderungen waren Grund, die interkommunale Zusammenarbeit zu intensivieren und zu verstetigen. Bereits im Jahr 1997 unterzeichneten die damaligen Bürgermeister den „Vertrag zur Zusammenarbeit im Mittelzentralen Städteverbund Göltzschtal“. Dem Leitbild „Planen und Handeln, als ob Gemeindegrenzen nicht vorhanden wären“ folgend, wurden und werden vielfältige Projekte verwirklicht. Beispielhaft seien hier der gemeinsame Flächennutzungsplan, das Einzelhandelskonzept oder der Bau der Göltzschtalumgehung genannt.

Nach 20 Jahren der Zusammenarbeit und dem Wechsel der Akteure bedurfte es einer Evaluierung und Neuausrichtung gemeinsamer kommunalpolitischer Ziele.

Fragen, wie beispielsweise:

- I Wo liegen die Stärken und Schwächen der Region und jedes einzelnen Mitglieds?
- I Wie können wir unsere Zusammenarbeit intensivieren?
- I Wie können wir unser Image verbessern?
- I Was sind die Wünsche der Bürger?

bedurften einer fachlichen Gesamtbetrachtung. So wurde zunächst unter den Bürgermeistern die Idee zur Erarbeitung eines REK und zur Beantragung über die FR Regio geboren.

Innerhalb des MZSV gibt es einen gemeinsamen Ausschuss (Strategieausschuss), dem die vier Bürgermeister sowie drei Stadträte pro Kommune angehören.

**„Zusammenkommen ist ein Beginn.
Zusammenbleiben ist ein Fortschritt.
Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.“**

Henry Ford, Gründer des
Automobilherstellers Ford Motor Company

Innerhalb dieses Gremiums erfolgten erste Vorberatungen zur Aufstellung eines REK, die ihrerseits den Weg in die Stadt- und Gemeinderäte ebneten. Die Willensbildung zur Erarbeitung eines REK erfolgte, trotz einer gewissen „Konzeptmüdigkeit“ einiger Räte, mit großer Mehrheit.

Nach Ausschreibung der Leistung wurde ein erfahrener Dienstleister mit der Erarbeitung des REK beauftragt.

Einigkeit bestand darüber, die Ideen und Wünsche der Bevölkerung in das für den MZSV so bedeutende und zukunftsweisende Papier aufzunehmen. Auf der Suche nach einem geeigneten Format, um die Bevölkerung zu befragen, wurde die Idee der „4erTOUR“ geboren. Bei einer gemeinsamen Wanderung von Falkenstein über Ellefeld und Auerbach nach Rodewisch, an der über 100 Menschen teilnahmen, wurden im Gespräch Wünsche und Ideen, aber auch Probleme der Menschen notiert. Anzumerken sei an dieser Stelle, dass das gewählte Format auf breite Zustimmung stieß und nun mit einer jährlichen Veranstaltung unter dem Titel „4erTOUR“ verstetigt wird. Man darf gespannt sein, was wir uns nächstes Jahr einfallen lassen.



„4erTOUR“-Wanderung – Start in Falkenstein
v.l.n.r.: Michael Kretschmer, Ministerpräsident, Marco Siegemund, Bürgermeister Stadt Falkenstein, Manfred Deckert, Oberbürgermeister Stadt Auerbach, Sören Voigt, Landtagsabgeordneter, Jörg Kerber, Bürgermeister Gemeinde Ellefeld und Kerstin Schöniger, Bürgermeisterin Stadt Rodewisch



„4erTOUR“-Wanderung durch das Göltzschtal – ein Teil der über 100 begeisterten Wanderer



„4erTOUR“-Wanderung durch das Göltzschtal – Verpflegungspunkt am Zielpunkt in Rodewisch

Im Projektverlauf wurden Statistiken, Prognosen, übergeordnete und örtliche Planungen gemeinsam aufbereitet, anstehende Fragen diskutiert und die Wünsche und Vorschläge aus der „4erTOUR“ entsprechenden Leitbildbausteinen und Handlungsfeldern zugeordnet. Dies mag im Rückblick recht formal klingen, ausdrücklich erwähnt sei jedoch, dass es sich um einen sehr demokratischen Prozess handelte, um manch eine Formulierung wurde heftig gerungen!

„Wir Bürgermeister schauen gemeinsam nach vorne.“

Kerstin Schöniger,
Bürgermeisterin Stadt Rodewisch

Das Hauptaugenmerk sollte schließlich auf folgende Leitbildbausteine gelegt werden: Innenstädte beleben, Wirtschaft fördern, Infrastruktur erneuern, Generationen ein Zuhause bieten, Lebenswert steigern und Zusammenarbeit befördern.

Diesen Leitbildbausteinen wurden wiederum Handlungsfelder zugeordnet, die ihrerseits mit ganz konkreten Projekten, deren Umsetzungszeit und Verantwortungen untersetzt wurden. Einige der Projekte wurden als „Schlüsselprojekte“ für die nächsten Jahre konkreter ausformuliert, darunter beispielsweise die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes, die Erarbeitung eines gemeinsamen Brachflächenkatasters und eine Imagekampagne für das Göltzschtal.

Die Priorisierung der Maßnahmen erfolgte durch die Mitglieder des Strategieausschusses und wurde von den Gremien bestätigt. Vor finaler Beschlussfassung zum REK durch die vier Kommunen erfolgte nochmals eine Anhörung der Bürger. Eine Lang- und eine gekürzte Version wurden auf den jeweiligen Homepages der Kommunen veröffentlicht, die Aufforderung, Hinweise oder Anregungen vorzubringen, erfolgte in der Presse, den Amtsblättern und über soziale Medien.

Wesentliche Änderungen erfolgten daraufhin nicht, sodass nach zweijähriger Bearbeitungszeit im Frühjahr 2019 den Stadt- und Gemeinderäten von Auerbach, Ellefeld, Falkenstein und Rodewisch das REK zum Beschluss vorlag. Die Dauer und die Intensität des Erarbeitungsprozesses, die häufigen Abstimmungen und die mediale Begleitung führten zu einer so hohen Akzeptanz des Papiers, dass es mit übergroßer Mehrheit bestätigt wurde. Das bedeutet natürlich „Rückenwind“ für die nun beginnende Umsetzung!

Interkommunale Zusammenarbeit hat ein hohes Abstimmungs- und Kommunikationserfordernis. Da unser REK in einem sehr demokratischen Prozess erarbeitet wurde, ist sichergestellt, dass sich jede Kommune mit ihren Schwächen, aber auch Potenzialen wiederfindet. Grundsätzliche Ziele sind nun niedergeschrieben und beschlossen, somit ist es „nur“ noch eine Frage des Wie, um sie umzusetzen und die Zusammenarbeit zu verstetigen.

Wir Bürgermeister schauen gemeinsam nach vorne. Im Zuge der Erarbeitung des REK formulierte Projekte, wie zum Beispiel der Bau von vier interaktiven Erlebnisinseln entlang der Göltzsch, die Imagekampagne, aber auch die städtebauliche Erneuerung unserer Zentren sowie die Neuausrichtung des ÖPNV sind mitten im Werden. Andere können dank der Förderung für die Stelle „Projektmanagement“ über einen Zeitraum von zwei Jahren (FR Regio) in kurzer Zeit an den Start gehen.

Als Evaluationszeitraum für das REK sind zwei bis drei Jahre vorgesehen. Danach soll geprüft werden, welche Projekte begonnen oder umgesetzt sind oder warum es gegebenenfalls zu Verzögerungen kam.

Für mich als Sprecherin sind mit dem REK die strategische Zielrichtung und der rote Faden für den MZSV klar definiert. Die Umsetzung getreu unserem Leitbild „Planen und Handeln, als ob Gemeindegrenzen nicht vorhanden wären“ lässt unseren Städteverbund lebendig und für die Menschen sicht- und spürbar werden.

VG Burkhardtsdorf



Erstellung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (REK)

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: Mai 2017 bis Februar 2019

PROJEKTSUMME: 25.000 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: beteiligte Akteure: Bürgermeister, Gremien und Mitarbeiter der Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf, Gornsdorf, Verwaltung der erfüllenden Gemeinde Burkhardtsdorf, Bürger

ANSPRECHPARTNER: Jörg Spiller, Bürgermeister der Gemeinde Burkhardtsdorf

MIT DER GEMEINSCHAFTSVEREINBARUNG über eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen den Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf und Gornsdorf vom 20. Februar 2008 wurden Aufgabenbereiche an die erfüllende Gemeinde Burkhardtsdorf übertragen.

Innerhalb der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf muss aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und geringer werdenden Anzahl von Mitarbeitern seit der Kreisgebietsreform zum Erzgebirgskreis und dessen räumlichen Ferne, eine gestiegene kommunale Aufgabenzahl und -vielfalt erbracht werden, welche eine immer höhere Spezialisierung und Qualifikation der Mitarbeiter verlangt.

Durch interkommunale Kooperation kann es gelingen, den künftigen strukturellen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, Synergieeffekte zu nutzen und dadurch die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken.

Die damit verbundenen Einsparpotenziale bieten Kommunen die Chance, Infrastruktur zu sichern und Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen. Zudem ermöglichen die Bündelung vorhandener Potenziale, die Vermeidung konkurrierender Entwicklungen sowie die Etablierung von kooperativen Organisationsmodellen eine tragfähige Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge sowie eine zukunftsfähige Regionalentwicklung mit eigenständigen Kommunen. Mit der Erstellung eines gemeinsamen REK wollten die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf Synergieeffekte einer zukünftigen interkommunalen Zusammenarbeit und langfristige Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Schwerpunktsetzung generieren.

„Regionale Zusammenarbeit auf allen Ebenen des täglichen Verwaltungshandelns schafft Synergien und trägt wesentlich zur Erhaltung kommunaler Handlungsfähigkeit insbesondere bei notwendigen Investitionen in die Infrastruktur bei.“

Thomas Probst, Bürgermeister a. D. der Gemeinde Burkhardtsdorf

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit standen die Themenfelder

- | Besonderheiten der Entwicklung der Verwaltungsgemeinschaft
- | Verkehr und technische Infrastruktur
- | Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus
- | Bildung, Erziehung und Soziales
- | Kultur und Sport
- | Umwelt und Klimaschutz
- | Öffentliche Finanzen und Verwaltung

In der 3. Sitzung des Gemeinschaftsausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf am 06. September 2016 wurde die Thematik Gemeindegebietsentwicklung/Flächennutzungsplan mit der Zielsetzung der Erstellung eines gemeinsamen Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (REK) und der Beantragung über FR Regio behandelt.

Mit der Unterzeichnung einer Willensbekundung durch die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf am 23. November 2016, sowie dem darin enthaltenen Bekenntnis zur aktiven Mitarbeit und gemeinsamen Bereitstellung notwendiger Eigenmittel, haben die Bürgermeister stellvertretend für ihre Gemeinderäte und Verwaltungen die Bereitschaft zur Beteiligung der Erstellung eines gemeinsamen REK dokumentiert.

Da die Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf schon seit dem Jahr 2008 besteht, waren wenige Hemmnisse zu überwinden.



Volkshaus Gornsdorf



Marktplatz Burkhardtsdorf OT Meinersdorf

Für die Erarbeitung des REK fand die Auftaktberatung mit anschließender Ortsbegehung zur Erfassung städtebaulicher Potenziale und Missstände am 17. August 2017 in der Gemeinde Burkhardtsdorf statt.

Im Rahmen von drei Klausurtagungen, die in den Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf und Gornsdorf im März 2018 stattfanden, wurden mit den Gemeinderäten die Ergebnisse der Bestandsanalyse und erste Handlungsansätze bzw. -felder diskutiert.

Bei einer Sitzung des Gemeinschaftsausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf im Juni 2018 wurden die Ergebnisse der Klausurtagungen in den Einzelgemeinden vorgestellt und diskutiert. Vor allem für die Themen und Handlungsfelder der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf, die in mehr als einer Gemeinde genannt wurden, erfolgte eine vertiefte Betrachtung. Darüber hinaus wurden Aufbau und Struktur des Entwicklungs- und Handlungskonzeptes besprochen.

Nachfolgend fanden in den Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf und Gornsdorf Beratungen mit den Gemeinderäten bzw. der Verwaltungsspitze statt. Im Rahmen dieser Beratungen wurden – auf Basis der Analyse und Bewertung der Rahmenbedingungen sowie der Bestandssituation und Prognosen – Schlüsselmaßnahmen für die jeweilige Gemeinde und die Verwaltungsgemeinschaft erarbeitet und diskutiert.

In einer gemeinsamen Abschlussitzung am 24. Oktober 2018 mit den Gemeinderäten von Auerbach, Burkhardtsdorf und Gornsdorf wurden die gemeinsamen Entwicklungsziele und Schlüsselmaßnahmen für die Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf noch einmal vertieft betrachtet und diskutiert sowie Schwerpunktsetzungen abgestimmt.

Abschließend erfolgte im Februar 2019 die Beschlussfassung des REK als kommunaler Selbstbindungsplan für die Verwaltungsgemeinschaft durch die Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden.

Die Bürger/die Öffentlichkeit wurden im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Gremien der Verwaltungsgemeinschaft beteiligt. Die Hinweise aus der Bürgerschaft wurden in das REK aufgenommen.

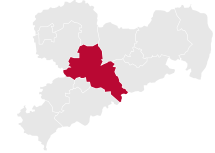
Als Erfolg ist eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit der Mitglieder der Gemeinderäte der Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf und Gornsdorf zu verzeichnen. Somit konnten gemeinsame Strategien für die zukünftige Entwicklung der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft entwickelt werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf konnte verstetigt und erweitert werden. Aktuell erfolgt in Umsetzung der Maßnahmen aus dem REK die Erarbeitung des Flächennutzungsplans sowie die Verbesserung der verkehrlichen Anbindung der Ortsteile (ÖPNV).



Grundschule Auerbach

Landkreis Mittelsachsen



Kulturlandschaftsprojekt Mittelsachsen

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:	November 2013 bis Dezember 2014	PROJEKTSUMME:	83.278 EUR
BETEILIGTE AKTEURE:	Technische Universität Dresden, Lehr- und Forschungsgebiet Landschaftsplanung, Hochschule Osnabrück (im Rahmen der studentischen Sommerschule), Kreativwerkstatt Mittelsachsen, Landratsamt Mittelsachsen, Referat Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung		
ANSPRECHPARTNER:	Bernd Voigtländer, Landratsamt Mittelsachsen		

„Die kulturelle Vielfalt des Landkreises sollte profiliert, nicht nivelliert werden.“

Prof. Dr. Catrin Schmidt,
Direktorin des Instituts für Landschaftsarchitektur
an der Technischen Universität Dresden

DER DEMOGRAFISCHE WANDEL, die Veränderung des Klimas und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien stellen nicht nur Deutschland und Sachsen, sondern insbesondere auch den Landkreis Mittelsachsen vor enorme Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurde das Kulturlandschaftsprojekt Mittelsachsen mit dem Ziel initiiert, Strategien und Maßnahmen aufzuzeigen, wie sich der Landkreis diesen Herausforderungen aktiv und vorausschauend stellen kann.

Außerdem widmete sich das Projekt der Frage: „Wie können die landschaftliche Unverwechselbarkeit und die Eigenart der Kulturlandschaften des Landkreises im Sinne von Alleinstellungsmerkmalen weiter profiliert werden?“

Für die Bearbeitung stand dem Lehr- und Forschungsgebiet Landschaftsplanung der Technischen Universität Dresden der Zeitraum eines Jahres zur Verfügung, beginnend ab November 2013.

Die Erarbeitung der Studie wurde dabei nicht nur auf die wissenschaftliche Auswertung vorhandener Daten und Statistiken in Bezug auf die Themen Klimawandel und Energiewende reduziert. Vielmehr war das Ansinnen der Technischen Universität Dresden, herauszufinden, welche Sicht die Einwohner Mittelsachsens auf ihren Landkreis haben.

So wurden insgesamt neun Diskussionsrunden mit 77 Akteuren in einzelnen Gemeinden des Landkreises, und im Rahmen einer studentischen Sommerschule gemeinsam mit der Hochschule Osnabrück 32 Interviews mit weiteren 66 Gesprächspartnern durchgeführt. Dadurch konnte ein wertvoller Einblick in die Sicht der Bewohner des Landkreises auf ihre Kulturlandschaft gewonnen

werden. Zwei Workshops auf der Landkreisebene sowie weitere vier Abschlussworkshops in den Teilräumen ergänzten den intensiven Diskurs.

Die Ergebnisse der Befragungen wurden in Steckbriefen und Gesprächsprotokollen festgehalten. Dabei wurde etwas Besonderes festgestellt: Ein Großteil der Interviewpartner vertrat die Meinung, dass eine landschaftliche Verwurzelung immer lokal oder teilregional erfolgt.

An dieser Stelle spielen die fünf verschiedenen Kulturlandschaftsräume eine entscheidende Rolle. Vom Döbelner Löbhoogelland und dem Rochlitzer Land über das Mulde-Löbhoogelland und die Tallandschaften bis in das Osterzgebirge reichend, besteht der Landkreis aus einem Landschaftsmosaik, das unterschiedlicher nicht sein könnte. So fühlen sich zum Beispiel die Döbelner dem Döbelner Löbhoogelland und die Erzgebirgler dem Erzgebirge zugehörig. Eine Identifizierung mit dem gesamten Landkreis Mittelsachsen gibt es dagegen nicht, die Stärke des Landkreises liegt stattdessen in der Vielfalt seiner Teilräume.



Homepage Sagenhaftes Mittelsachsen, www.sagenhaftes-mittelsachsen.de



Burg Kriebstein

**„Der 2008 gebildete Landkreis
ist ausgesprochen „jung“,
und eine Identifizierung mit
dieser neuen Verwaltungseinheit
kann nicht verordnet werden
und muss daher wachsen.“**

Bernd Voigtländer, Landratsamt Mittelsachsen

Seitens der Technischen Universität wurde daher empfohlen, dass der Landkreis einerseits die Spezifika seiner Teilräume fördert und andererseits die Brücken zwischen diesen stärkt.

Dafür wurden neben Leitbildern für jede einzelne Kulturlandschaft sowie konkreten Leitlinien und Strategien insgesamt 14 sogenannte „Schlüsselprojekte“ erarbeitet und zur Umsetzung vorgeschlagen. Darin werden in erster Linie Lösungsansätze für die Herausforderungen, denen sich der Landkreis in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gegenüber sieht, unterbreitet.

Im Hinblick auf die vorgeschlagenen Strategien zum Umgang mit der Energiewende gingen beispielweise die Schlüsselprojekte „Kurzumtriebsplantaen und Co. Neue Wege der Biomassenutzung“ sowie „Energie aus der Landschaftspflege: Verwertung von Mahdgut“ hervor.

Um die Wasserversorgung im Landkreis trotz steigender Temperaturen bei gleichzeitiger Abnahme des Niederschlags langfristig sicherstellen zu können, wurde das Schlüsselprojekt „Wasser- management: verbesserte Hochwasservorsorge und Wasser- management in Trockenphasen“ vorgeschlagen. Hier war das Kulturlandschaftsprojekt ein wichtiger Impulsgeber, denn im Jahr 2019 wurde im Rahmen des EU-Projektes LIFE LOCAL ADAPT durch das Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine Studie zur Problematik erarbeitet. Sie trägt die Bezeichnung „Auswirkungen des Klimawandels auf den Grundwasserhaushalt und damit auf die Sicherung der Wasserversorgung im Landkreis Mittelsachsen unter Beachtung der Anforderungen bestimmter Not- und Krisensituationen“ und betrachtet schwerpunktmäßig die Bereiche Ostrauer Becken und Rochlitzer Land.

Doch nicht nur Klimawandel und Energiewende waren Gegenstand der Betrachtung des Projekts. Ebenso wurde im Zuge der zahlreichen Befragungen in den Teilräumen des Landkreises untersucht, was die Menschen mit der jeweiligen Kulturlandschaft, in der sie leben, besonders in Verbindung bringen. Dabei wurde festgestellt, dass der Landkreis Mittelsachsen ausgesprochen reich an sagen- umwobenen Landschaften ist.



Schloss Augustusburg



Waldheimer Nixen

Allein während der Erarbeitung des Kulturlandschaftsprojektes wurden knapp 300 Sagen in Mittelsachsen recherchiert, die zweifellos als verbindendes Element zwischen den einzelnen Kulturlandschaftsräumen dienen und Brücken zwischen den Regionen schlagen. Daher wurde das Schlüsselprojekt „Sagensammlung des Landkreises“ als sogenanntes „Starterprojekt“ des Landkreises Mittelsachsen ausgewählt, um die Ergebnisse des Kulturlandschaftsprojektes und die Aktivitäten im Bereich der Regionalentwicklung langfristig zu verstetigen.

**„Nicht übereinander,
sondern miteinander reden.“**

Bernd Voigtländer,
Landratsamt Mittelsachsen

Das Projekt „Sagenhaftes Mittelsachsen – Identität gemeinsam lebendig erschließen“ wurde ebenso wie das Kulturlandschaftsprojekt nach der Richtlinie FR Regio gefördert und im Jahr 2016 durch die Kulturwerkstatt Waldheim erarbeitet. Im Ergebnis entstanden durch eine breit angelegte Recherche und Netzwerkarbeit zwei Sagenbände, die historische Begebenheiten aus allen fünf Kulturlandschaftsräumen des Landkreises, einschließlich einer dazugehörigen Karte, in der die Sagen verortet sind, enthalten. Doch nicht nur das. Neben dem zweibändigen Sagenwerk wurde im Anschluss an das Projekt unter anderem eine Wanderausstellung und Homepage zur Sagensammlung gestaltet, wobei letzteres die sagemumwobenen Orte anhand von 360-Grad-Panoramaaufnahmen in moderner Form präsentiert. Ungeachtet dessen, dass die Folgeaktivitäten im Anschluss an das Starterprojekt „Sagenhaftes Mittelsachsen“ weitestgehend nicht durch die Richtlinie FR Regio gefördert wurden, soll an dieser Stelle nochmals verdeutlicht werden, dass das Kulturlandschaftsprojekt den entscheidenden Stein

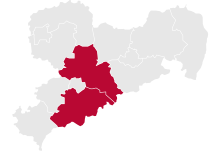
ins Rollen gebracht hat, ohne den alle darauffolgenden Aktivitäten im Bereich der Regionalentwicklung nicht denkbar gewesen wären. Hierbei sei nicht zuletzt das im Jahr 2019 abgeschlossene FR Regio-Projekt „Regionalentwicklung durch Kultur“ erwähnt.

In dessen Ergebnis wurde die Struktur für ein Projektmanagement erarbeitet, das unabhängig von der behördlichen Verwaltungsstruktur installiert werden soll. Damit wird beabsichtigt, die bereits begonnene Netzwerkarbeit der verschiedenen Akteure weiter zu verstetigen sowie zu koordinieren, um dadurch Regionalentwicklung in Zukunft noch professioneller betreiben zu können.

Hier schließt sich der Kreis zum Ansinnen des Kulturlandschaftsprojektes, wonach die Stärke des Landkreises in seiner Vielfalt liegt, und Vielfalt Vernetzung braucht.



Döbelner Pferdebahn



Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří

Machbarkeitsstudie zum Thema „Welterbebesucherzentren in der Montanen Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří!“

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:	April 2014 bis Dezember 2016	TRÄGER:	Landkreis Mittelsachsen
PROJEKTSUMME:	19.992 EUR		
BETEILIGTE AKTEURE:	Welterbe Montanregion Erzgebirge e.V., bestehend aus 31 Städten und Gemeinden und 3 Landkreisen, mit der Geschäftsführung des Vereins, der Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH, mit dem Tourismusverband Erzgebirge e.V. und weiteren Fachpartnern		
ANSPRECHPARTNER:	Geschäftsführung des Vereins Welterbe Montanregion Erzgebirge e.V. und Matthias Lißke, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH		

„Nur alle 22 Bestandteile auf sächsischer und böhmischer Seite sind gemeinsam ein Welterbe.“

Matthias Lißke,
Geschäftsführer der WFE GmbH

DAS ERZGEBIRGE MIT SEINER MONTANREGION befand sich seit dem Jahr 1998 in einem langen Antragsprozess auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe. Im Jahr 2019 ist die Eintragung der sächsisch-tschechischen Nominierung „Montane Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří“ in die Liste des Welterbes erfolgt.

Der gemeinsame Antrag der deutschen und tschechischen Seite wurde bereits im Jahr 2014 gestellt, dann wieder zurückgezogen und bearbeitet und im Jahr 2017 wieder eingereicht. Nach einem langen Prüfverfahren durch ICOMOS, dem Weltkulturerbe-Rat, ist die Aufnahme als Kulturlandschaft in das UNESCO-Welterbe am 6. Juli 2019 in Baku, Aserbaidschan, endlich erfolgt. Aus dem gesamten Erzgebirge sind 22 Bestandteile als Kulturlandschaftsteile ausgewählt worden, 17 auf sächsischer und fünf auf tschechischer Seite. Der gesamte Antrag umfasst mehr als 1.000 Seiten und zeigt den außergewöhnlichen universellen Wert dieser Montanregion mit einer über 800-jährigen Geschichte, einer außergewöhnlichen Rohstoffvielfalt und herausragenden technologischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, die weitreichende Einflüsse des Bergbaus auf alle gesellschaftlichen Bereiche zur Folge hatten.

Der gesamte Welterbeantrag geschah als Button-up-Projekt, durch die Region getragen von einem Verein, bestehend aus den Städten und Gemeinden und Landkreisen, in dem die einzelnen Bestandteile des Welterbes zu finden sind. In diesem Verein wurden bereits frühzeitig Überlegungen angestellt, wie das zukünftige Welterbe inwertgesetzt werden kann. Dies bedeutet einerseits Präsentationsmöglichkeiten, um Bekanntheit zu erlangen, touristisches Marketing, um Gäste zu werben, eine Vermittlung des Welterbe-

gedankens und Weitergabe des kulturellen Erbes im Rahmen der Welterbekonvention, aber auch das Sichtbarmachen dieses auf eine große Region verteilten Welterbes an zentralen Punkten. Denn nur alle 22 Bestandteile auf sächsischer und böhmischer Seite sind gemeinsam ein Welterbe.

Die UNESCO forderte also als regionale Institution und Träger des Welterbes eine juristische Struktur. Daher kam es zur Zusammenarbeit anfänglich über einen Welterbekonvent mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag, später die Gründung des Vereins Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V., in dem ausschließlich Städte und Gemeinden und Landkreise Mitglied sein können, in denen sich Substanz der Montanregion und des Welterbes befindet.

Natürlich hatte diese Zusammenarbeit zuerst das Ziel, den Welterbetitel zu erreichen, dennoch wollte man sich frühzeitig auf das Leben mit dem Welterbetitel und das Nutzen des Welterbetitels für die Regionalentwicklung beschäftigen.

Fast alle deutschen UNESCO-Welterbestätten haben Einrichtungen wie Besucherzentren. Diese dienen als wichtige Referenz und Vergleichsprojekte. Somit war das Thema von Welterbebesucherzentren in einer Region zwischen Altenberg/Geising im Osten und Kirchberg/Hartmannsdorf im Westen eine große Aufgabe. Bevor über Standorte gesprochen wurde, war es wichtig, im Rahmen dieses FR Regio-Projektes mit einer Machbarkeitsstudie bzw. einem Kurzkonzzept dafür den Rahmen für derartige Einrichtungen zu ermitteln. Dies bedeutete auch, die konkrete Aufgabe zu definieren. Diese stellt sich als dreifache Aufgabe dar: einmal als Tür zur Welterberegion und damit zur Erschließung für Gäste zu fungieren, dann als Informationsdienstleister bei der Vermittlung des UNESCO-Gedankens innerhalb der Region, insbesondere an die künftigen Generationen zu agieren und auch als Netzwerk für das Verständnis regionaler Zusammenhänge und Kooperationen zur Verfügung zu



Marktplatz Große Kreisstadt Marienberg

stehen. Deshalb war es wichtig, im Rahmen der Studie die räumlichen, technischen, inhaltlichen und finanziellen Aspekte des Projektes im regionalen Kontext zu beleuchten. Dies führte dann auch zu einer Analyse von Standortvoraussetzungen für solche Einrichtungen, zur Entwicklung eines modularen Ausstellungskonzeptes, zur Konzeptentwicklung für eine mögliche Ausstellungsgestaltung und zu einem Umsetzungskonzept mit Zeit- und Maßnahmeplan sowie einer Kostenschätzung, die jetzt als Grundlage für weitere Entscheidungen gilt. Dazu hat der Verein Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V. in seinem Vorstand und in der Mitgliederversammlung eine Handlungsempfehlung erarbeitet, die über die Inhalte der Studie hinausgeht, um das Projekt voranzutreiben.

Eine Projektgruppe des Welterbevereins, der Fachexperten der TU Bergakademie Freiberg, regionale Touristiker, der Tourismusverband Erzgebirge e. V., Vertreter regionaler Einrichtungen und der Bietergemeinschaft angehörten, hat lange diskutiert, bis der Abschlussbericht dem Vorstand des Vereins Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V. und der Mitgliederversammlung präsentiert werden konnte.

Ein Welterbebesucherzentrum soll sich folgenden Fragestellungen widmen:

1. Was ist Welterbe generell?
2. Wie setzt sich das gesamte Welterbe Montanregion Erzgebirge/ Krušnohoří aus 22 Bestandteilen zusammen?
3. Welche der Bestandteile kann ich im Umfeld des Besucherzentrums erleben?

Auch auf Veranstaltungen zur Erläuterung des Welterbeprojektes in der gesamten Erzgebirgsregion bzw. auf Veranstaltungen mit Touristikern, Denkmalschützern und im Kulturräum Erzgebirge wurden die Fortschritte und Ergebnisse der Machbarkeitsstudie präsentiert und diskutiert.

Die Umsetzung des Projektes stand natürlich immer unter der Voraussetzung der Erreichung des Welterbetitels, sodass alle Entwicklungen parallel zum Antragsverfahren beurteilt werden mussten.

Natürlich gab und gibt es ein Bestreben vieler Städte und Gemeinden, ein solches großes Besucherzentrum zu besitzen. Deshalb lag und liegt die Schwierigkeit darin, die richtigen Standorte zu finden, weshalb die in der Studie definierten Standortvor-



Montanlandschaft Schneeberg, Siebenschleherer Pochwerk



Montanlandschaft Freiberg, Historische Altstadt



Markus-Röhling-Stolln in Annaberg-Buchholz, OT Frohnau

aussetzungen als Rahmen für die zukünftigen Entscheidungen besonders wichtig sind. Hierbei geht es vor allem um eine sinnvolle Verteilung in der recht großen Welterberegion Erzgebirge/Krušnohoří, bei der auch die tschechische Seite Berücksichtigung finden will. Sie plant natürlich solche Vorhaben eigenständig und orientiert sich mit regelmäßigen Absprachen an den inhaltlichen Bestandteilen auf deutscher Seite. Für den Träger des Projektes, den Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V., ist es deshalb wichtig, die Voraussetzungen an die Standorte unter Gewährleistung hoher Qualitätsstandards zu verbinden. Dazu gehört eine zentrale Lage dieser Besucherzentren, eine gute Erreichbarkeit, aber auch eine exzellente, gäste- und zielgruppenorientierte Betreuung des Zentrums mit täglichen Öffnungszeiten. Das setzt eine große Eigenverantwortung der Standortkommunen voraus.

Zusätzlich zu diesen bedeutsamen Standorten stellt der Vorstand des Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V. sich Welterbe-Infopoints vor, die im Zusammenhang mit Tourist-Informationen oder besonderen Erlebnisbereichen helfen, die Gesamtheit des UNESCO-Welterbes Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří zu verstehen. Dazu wird zurzeit ergänzend eine Definition und Umsetzung vorbereitet.

Gemeinsam wollen alle Partner eine Wiedererkennung des Welterbes in der Montanregion an allen dazugehörigen Orten. Deshalb gehört dazu ein gemeinsamer Rahmen, der sich aus dem Design-Handbuch des Welterbe Montanregion Erzgebirge e. V., aus der Kommunikations- und Tourismusdestinationsstrategie des Tourismusverbandes Erzgebirge e. V. und aus den neuen Anforderungen des Deutschen Tourismusverbandes an zertifizierte Informationspunkte ergibt.

Der gesamte Prozess bis zur Eröffnung des ersten Welterbebesucherzentrums ist ein langer Weg. Mit der Titelverleihung als UNESCO-Welterbe am 6. Juli 2019 sind die Voraussetzungen zur

„Natürlich gab und gibt es ein Bestreben vieler Städte und Gemeinden, ein solches großes Besucherzentrum zu besitzen. Deshalb lag und liegt die Schwierigkeit darin, die richtigen Standorte zu finden.“

Matthias Lißke,
Geschäftsführer der WFE GmbH

Umsetzung erfolgt. Der Vorstand des Welterbevereins hat inzwischen die vier Bergstädte Annaberg-Buchholz, Freiberg, Marienberg und Schneeberg, die mit ihrer Altstadt Bestandteil des UNESCO-Welterbes sind, beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Vereins planerische Grundlagen für die vier Zentren zu erarbeiten. Damit hatten die im Projekt bedeutsamen Städte die Gelegenheit, die in der Machbarkeitsstudie 2016 erarbeiteten Grundlagen zu spezifizieren und mittelfristig umzusetzen. Das Projekt hat einen wichtigen Beitrag geleistet, das Verständnis für eine gemeinsame Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří zu vertiefen und zu verstetigen und neue dauerhafte Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, zwischen wissenschaftlichen Partnern, zwischen Touristikern und einzelnen Erlebnisbereichen zu entwickeln. Damit hat die Förderrichtlinie FR-Regio einen entscheidenden Beitrag für regionale Zusammenarbeit geleistet.

Die Rolle des Grünen Ringes Leipzig in der (konzeptionellen) Entwicklung des Leipziger Neuseenlandes



„Der Grüne Ring Leipzig hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1996 bundesweit zu einem Vorreiter erfolgreicher interkommunaler Zusammenarbeit entwickelt, dessen Projekte im Leipziger Neuseenland sichtbar geworden sind. Ohne die jahrelange verlässliche Unterstützung durch die FR-Regio-Förderung des Freistaates Sachsen wäre diese Arbeit nicht in der geleisteten Form umsetzbar gewesen.“

Heiko Rosenthal, Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung, Sport der Stadt Leipzig

DER GRÜNE RING LEIPZIG (GRL) ist eine freiwillige, gleichberechtigte und einwohneroffene Kooperationsform von aktuell 14 Städten, Gemeinden und zwei Landkreisen in der Region Leipzig, die im Jahr 1996 gegründet wurde und deren jüngstes Mitglied seit dem Jahr 2018 Rötha ist. Gegründet wurde der GRL, um die Attraktivität des Umlandes aufzuzeigen, die Kulturlandschaft dieser Region zu sanieren, zu erhalten und für die Bürger erlebbar zu machen. Ziel war die Schaffung eines deutschlandweit besseren Images für die Stadt Leipzig und die Region, um vor allem der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken. Aus einer durch den Braunkohlebergbau geprägten Region hat sich in einem beispiellosen Transformationsprozess in den vergangenen Jahrzehnten das Leipziger Neuseenland über Orts- und Landesgrenzen entwickelt. Folgerichtig ist interkommunale Zusammenarbeit eines der Kernelemente der erfolgreichen Arbeit des GRL.

Der Grüne Ring Leipzig stellt in der Region eine bewährte Kommunikations- und Organisationsplattform dar, die Motor für große regionale Projekte ist. Er schafft die Voraussetzung für eine ressortübergreifende, integrierte und räumlich vernetzte Entwicklung, ohne dabei in die Planungshoheit der einzelnen Städte und Gemeinden einzugreifen. Der GRL fördert eine aktive Zusammenarbeit mit Zweckverbänden, Vereinen, anderen Aktionsräumen, Investoren, Fachplanern, Universitäten, dem Freistaat Sachsen und Bürgern und bietet Entscheidungsgrundlagen für die Politik an.

Das oberste Beschlussorgan ist die jährlich stattfindende Haushaltskonferenz. Sprecher ist der Bürgermeister und Beigeordnete für Umwelt, Ordnung, Sport der Stadt Leipzig, Heiko Rosenthal. Sechs Arbeitsgruppen des GRL beschäftigen sich mit den Themenbereichen Gewässer, Landwirtschaft, Landschaft, touristische Infrastruktur, Umwelttechnik und interkommunales Flächenmanagement.

Die strategische Arbeit sowie das Projekt- und Finanzmanagement im GRL obliegen dem Amt für Stadtgrün und Gewässer der Stadt Leipzig. Die Geschäftsstelle des GRL in Borsdorf ist zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Organisation der AGs, Beschilderung der Radroute Grüner Ring Leipzig sowie Unterhaltung der Wasserwegweisung. Zentrale Arbeitsgrundlage und „roten Faden“ für die Projektbearbeitung im Grünen Ring Leipzig bildet seit dem Jahr 1998 das Regionale Handlungskonzept (RHK), aus dem bisher über 250 Einzelmaßnahmen zur Landschafts- und Gewässerentwicklung, touristischen Wegeplanung oder im Umwelttechnologiebereich umgesetzt werden konnten. Um auf aktuelle Gestaltungserfordernisse der grünblauen Infrastruktur im Leipziger Neuseenland eingehen zu können, wird das RHK regelmäßig fortgeschrieben. So liegt seit Anfang 2015 die 2. Fortschreibung vor, enthalten sind 14 abgestimmte interkommunale Schlüsselprojekte in den Städten und Gemeinden des GRL unter den Leitbildern: Starke Landschaft, Innovative Landschaft, Erlebte Landschaft und Essbare Landschaft.

Dabei kann der Entstehungsprozess des RHK als exemplarisch für die Arbeit des GRL beschrieben werden: In einem breiten Beteiligungs- und Mitwirkungsprozess brachten sich alle Mitgliedskommunen, Verbände, Vereine und weitere Akteure der Regionalentwicklung aktiv in die Erarbeitung des RHK ein. Hierfür wurden Zukunftswerkstätten durchgeführt, die Ergebnisse in kleineren Arbeitsgruppen verdichtet und schließlich in das Konzept eingearbeitet. Dieses „Bottom-Up-Prinzip“ gewährleistet ein hohes Maß an Vertrauen und Akzeptanz in die Arbeit des GRL und ist ein wesentliches Erfolgsrezept.

Die Finanzierung dieser Fortschreibung wurde durch die FR-Regio unterstützt. Ohne sie wäre die Projektarbeit des GRL in den



öffentliches Forum zur Fortschreibung des wassertouristischen Nutzungskonzeptes

letzten Jahrzehnten nicht realisierbar gewesen. Die notwendigen Eigenanteile steuern die GRL-Mitglieder aus der Umlage, also den Mitgliedsbeiträgen, bei.

Aus den im RHK geschaffenen Arbeits- und Projektansätzen wird häufig weiterer Handlungsbedarf sichtbar, wodurch Projekt- und Konzeptideen vertieft werden oder neu entstehen. Beispielsweise resultierte aus der zunehmenden touristischen Gewässernutzung im Leipziger Neuseenland in Verbindung mit der ökologischen Vereinbarkeit die Erarbeitung des Wassertouristischen Nutzungskonzeptes (WTK). Besondere Herausforderungen waren von Beginn an die thematische Komplexität, die Koordination der Vielzahl an Einzelprojekten und die Steuerung der vielen beteiligten Akteure. Doch der GRL nahm sich mit finanzieller Unterstützung durch die FR-Regio dieser Aufgabe an und erarbeitete im Zeitraum von 2005 bis 2007 das Konzept in einem aufwändigen interkommunal-kooperativen Prozess. Es entstand eine richtungweisende informelle Planung, mit welcher die erforderlichen Maßnahmen für den Gewässerverbund abgeleitet, koordiniert und hinsichtlich der Anforderungen aus dem Naturschutz und der Gewässerökologie abgestimmt werden konnten.

Da geänderte gesetzliche Grundlagen sowie eine Vielzahl neuer wassertouristischer Projektideen, aber zeitgleich auch große Bedenken des Naturschutzes zur weiteren Entwicklung zu verzeichnen waren, entschied sich der GRL im Jahr 2017 für eine Fortschreibung des Wassertouristischen Nutzungskonzeptes. Erneut durch die FR-Regio anteilsfinanziert, soll die derzeit in Arbeit befindliche Fortschreibung bis Ende 2020 vorliegen.

Damit bei der Bearbeitung Wissen, Erfahrungen und Bedenken aller Interessierter und Beteiligter, von Bürgern bis Politikern, bestmöglich einfließen, wurden verschiedene Beteiligungsformate entwickelt. Runde Tische, Online-Beteiligung, öffentliche Foren und Veranstaltungen für die politischen Vertreter gewährleisten eine breite Beteiligung. Dahinter steckt ein beachtlicher zeitlicher, inhaltlicher und finanzieller Aufwand. Doch zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass nur durch das „Miteinander ins Gespräch kommen“ und Diskutieren, durch das Ringen um Kompromisse trag- und umsetzungsfähige Konzepte in und für die Region entstehen.

Um der tourismuswirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Leipziger Neuseenlandes Rechnung zu tragen, ergab sich (ausgehend von den vorgenannten Konzepten,) die Notwendigkeit, diese Prozesse länderübergreifend für die mitteldeutsche Gewässerlandschaft zu betrachten. Unter dem Kürzel „TWGK“ (Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum) wurde von 2013 bis 2015 für den Gesamtumfang von 6.500 km² ein Masterplan erarbeitet, der die tourismuswirtschaftliche Entwicklung mit der Blickrichtung bis zum Jahr 2030 anhand von 10 Leuchtturmprojekten wie zum Beispiel klimaneutraler Tourismus, Stärkung der Stadt-Gewässer-Verbünde, Kulturstätten am Wasser oder Entwicklung des Saale-Elster-Kanals definiert. Auftraggeber des TWGK waren der GRL auf sächsischer Seite gemeinsam mit der Wirtschaftsfördergesellschaft Anhalt-Bitterfeld I Dessau I Wittenberg mbH für die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Saalekreis und Wittenberg sowie die Stadt Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt.



Radweg am bestehenden Teil des Saale–Elster–Kanals

In einem für die Regionalentwicklung in Mitteldeutschland bis dato beispiellosem Mitwirkungsprozess wurden in knapp zwei Jahren über 200 Akteure aus drei Bundesländern in Info- und Kernarbeitsgruppen, Ideenworkshops oder dem Seenlandkongress in die Konzeptentstehung direkt einbezogen. Als informelles Konzept erarbeitet, greift es nicht in die Planungshoheit der einzelnen Kommunen ein. Dennoch stellt der Masterplan einen überregionalen Konsens dar, er wurde von allen maßgeblichen Akteuren in Form von Stadt- und Kreistagsbeschlüssen verabschiedet.

Um diese Verbindlichkeit zu erwirken und gleichzeitig die Projektansätze zu verstetigen und zu realisieren, förderte das damals zuständige SMI für den GRL und damit den sächsischen Teil ein zweijähriges Umsetzungsmanagement TWGK/RHK über die FR-Regio. Parallel hierzu wurde in Sachsen-Anhalt beim Projektträger Ferropolis GmbH ebenfalls eine Personalstelle geschaffen, um die länderübergreifende Projektarbeit zum TWGK fortzuführen. Ein zentrales Ergebnis des Umsetzungsmanagements war, dass die mit dem TWGK entwickelten überregionalen Arbeitsstrukturen unter dem Dach der Metropolregion Mitteldeutschland im Rahmen der neu gegründeten AG „Gewässerlandschaft Mitteldeutschland“ fortgeführt wurden. Diese Netzwerkarbeit war die Basis für Projekte wie zum Beispiel die Leipziger Tastentage („Wasser trifft Kultur“) oder die erfolgreiche Bewerbung und Vorbereitungen der internationalen World Canals Conference 2022 in Leipzig.

Aufbauend auf die im TWGK und RHK abgestimmten und definierten Schlüssel- und Leuchtturmprojekte war es den Umsetzungsmanagements möglich, direkt investive Fördermittel über Bundes- und Landesrichtlinien zu akquirieren, in denen Entwicklungskonzepte eine Bewilligungsvoraussetzung bilden. Der GRL konnte dadurch zum Beispiel über die Richtlinie „Klimaschutz im Radverkehr“ des BMU knapp 300.000 € zusätzliche Fördermittel für den Radwegebau, die Schaffung von Ladesäulen und Abstellplätzen sowie neue Beschilderung einwerben. Von allen beteiligten Akteuren wurden die Umsetzungsmanagements als gewinnbringend und notwendig eingeschätzt, damit die verschiedenen Konzepte nicht



Zukunftswerkstatt 5. September 2014

in den Amtsschubladen verschwinden, sondern die Projektideen weiterbearbeitet werden können. Die Möglichkeit, Umsetzungsmanager/innen über die FR-Regio zu fördern, sollte daher künftig unbedingt beibehalten werden.

Mit dem Leuchtturmprojekt „Saale–Elster–Kanal“ ging ein weiterer länderübergreifender Projektansatz aus dem TWGK-Prozess hervor, der ab dem Jahr 2017 mit dem FR-Regio Projekt „Konzept zur Inwertsetzung des bestehenden Saale–Elster–Kanals und angrenzender Ortschaften“ fachlich untersetzt wurde. Gemeinsam mit der Stadt Leuna (als Antragsteller in Sachsen-Anhalt) wurde als Konzeptziel formuliert, die öffentliche Wahrnehmung des Kanals, einem Bindeglied der Regionalentwicklung im Raum Halle–Leipzig, zu steigern. Über mehrere Regionalkonferenzen wurden die verschiedensten Akteure in den Arbeitsprozess eingebunden, die Schlüsselprojekte schließlich gemeinsam mit dem Gewässereigentümer, der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung der BRD, abgestimmt und verabschiedet. Im Ergebnis stehen Initialmaßnahmen, wovon der „Saale–Elster–Kanal–Radweg“ unter Federführung des GRL als Verbundvorhaben mit den kommunalen Akteuren in Sachsen-Anhalt realisiert werden soll. Derzeit läuft die Fördermittelakquisition für die investive Umsetzung des Radweges, welcher mit der Fertigstellung weitere Wertschöpfungs- und Attraktionspotenziale entlang der Bundeswasserstraße generieren soll.

Ein weiteres Beispiel für den Handlungsbedarf, welcher sich aus dem TWGK herauskristallisierte, ist die sehr eingeschränkt vorhandene Ausstattung des touristischen Gewässerverbundes mit Rast- und Biwakplätzen. Im Sinne der Besucherlenkung soll diese Diskrepanz behoben werden, so dass der GRL 2017 die Konzeption zur Ausstattung des touristischen Gewässerverbundes Leipziger Neuseenland mit Kanurast- und Kanu–Biwak-/Zeltplätzen auf den Weg brachte. Konkrete Standortvorschläge und ihre notwendige Ausstattung wurden in einem Abstimmungsprozess mit den maßgeblichen Akteuren des Wassertourismus erarbeitet und können in den nächsten Jahren detailliert geplant und umgesetzt werden.

Landkreis Leipzig



Impulse für interkommunale Zusammenarbeit – „Handlungsoption für Kleinstdörfer mit starkem Handlungsdruck“



„Im Laufe der Zeit hat sich der Wille und das Verlangen nach interkommunaler Zusammenarbeit verstärkt, die Kommunen haben sich mit dem Thema stark identifiziert. Der Landkreis Leipzig versteht sich selbst als Koordinator und Moderator, ihn und seine Kommunen zeichnet seit einiger Zeit der Begriff kommunale Familie aus.“

Gesine Sommer, Leiterin Stabsstelle des Landrates
Wirtschaftsförderung/Kreisentwicklung

DAS LANDRATSAMT, insbesondere der Aufgabenbereich Kreisentwicklung, arbeitete wegen und seit der Bildung des Landkreises Leipzig im Jahr 2008 gemeinsam mit seinen Kommunen an der Erarbeitung des Kreisentwicklungskonzeptes, dem Projekt „Anforderungsprofil an das Wohnen im Landkreis Leipzig 2025“ und dem Projekt „Sicherung und Förderung bedarfsgerechter Sportangebote im Landkreis Leipzig“ zusammen.

Ergebnisse, die sich aus diesen Vorgängerprojekten für den Landkreis und seine Kommunen ergaben und vor allem der Blick auf die Bevölkerungsprognosen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, stellten den Kreis sichtlich vor neue Herausforderungen. Frei dem Motto „Akzeptiere die Diagnose, aber nicht die Prognose“ war ein neuer thematischer Impuls für die interkommunale Zusammenarbeit mittels dem Projekt „Handlungsoption für Kleinstdörfer mit starkem Handlungsdruck“ gesetzt.

Die Zielstellung der Untersuchung bestand darin, einen Überblick zum aktuellen Entwicklungsstand der Kleinstdörfer zu erhalten und allgemeine Handlungsoptionen für den Landkreis aus konkreten Handlungserfordernissen in den Kleinstdörfern abzuleiten. Damit will der Landkreis den Kommunen Hilfestellungen bei der weiteren Entwicklung und Gestaltung der Kleinstdörfer geben sowie Grundlagen für die zukünftige Arbeit in den Landkreisämtern, für die weitere zukunftsorientierte Aufstellung und Entwicklung des Landkreises und insbesondere für die Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzeptes schaffen. Gestärkt durch den Landes-

entwicklungsplan 2013 und Regionalplan entwickelte das Thema Modellcharakter und stieß nicht nur auf das Interesse im Landkreis Leipzig selbst.

Themenfelder im Mittelpunkt der Zusammenarbeit

Sämtlichen Prognosen wurde bis dato entnommen, dass die Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum des Landkreises in den kommenden Jahren weiter altert und schrumpft. Der Blick auf diese stellte uns teilweise vor düstere Aussichten.

Aus diesem Grund wurde projektbezogen das Augenmerk darauf gelenkt, anhand des Entwicklungsstandes und sich daraus ergebender Handlungserfordernisse und -optionen, den Grad der Zukunftsfähigkeit der Kleinstdörfer, aber im Bedarfsfall auch Erfolgsfaktoren für eine positivere Entwicklung/Schlüsselaufgaben herauszuarbeiten. Entsprechend der Untersuchung von insgesamt 62 Kleinstdörfern, wurde für jedes einzelne Kleinstdorf ein eigenes Dorfprofil erstellt.

Mittel- und Aufgabenschwerpunkt dieser interkommunalen Zusammenarbeit bildete während der gesamten Projektlaufzeit vor allem der kommunale Willensbildungsprozess, der unter anderem durch die Ergebnisse der Befahrung und Vor-Ort-Begehungen aller 62 Kleinstdörfer sowie die Haushaltbefragung (Fragebogen) in ausgewählten Ortslagen ergänzt wurde.



Siedlung Serka

Kommunaler Willensbildungsprozess

Der Willensbildungsprozess im Projekt untergliederte sich wie folgt:

- I Expertenbefragung (unter anderem persönliche Gespräche mit Bürgermeistern, Ortsvorstehern und anderen Akteuren vor Ort)
- I Zukunftswerkstätten (Bürger, Bürgermeister/Ortsvorsteher, Vereine, andere Institutionen, persönlicher Austausch)
- I Veranstaltung Spruchreif mit World Cafe (Bürger, Bürgermeister/Ortsvorsteher, Vereine, andere Institutionen, persönlicher Austausch)
- I Bündelung der Ergebnisse in der Steuerungsgruppe (Austausch, Abwägung/Diskussion/ Festlegungen)

Im Ergebnis dieses Prozesses wurden Momentaufnahmen ermöglicht, welche sehr spezifisch die Situation in den einzelnen Dörfern widerspiegeln, Entwicklungstendenzen kristallisierten sich heraus.

Zum Erstaunen aller Beteiligten, wichen die Ergebnisse erstmals von den vorliegenden Prognosen ab. Im Projekt-/Berichtszeitraum war zunehmend zu verzeichnen, dass es im Landkreis Leipzig insbesondere auch kleine Ortslagen gibt, die – ausgehend vom Einwohnerwachstum der Stadt Leipzig – selbst eine stabile, zum Teil wieder eine wachsende Bevölkerungszahl verzeichnen können. „Handlungsdruck“, vor allem bei den kleinen Ortslagen, zeigt sich dementsprechend sowohl räumlich als auch thematisch sowie in seiner Intensität in sehr differenzierter Ausprägung.

Dies erforderte während der gesamten Projektlaufzeit neben einem hohen Maß an Flexibilität teilweise ein perspektivisches Umdenken vieler Mitwirkender/Beteiligter, um die Zukunft unserer Dörfer insgesamt optimistisch betrachten zu können. Es galt fortan, sich weniger den Prognosedaten, vielmehr den Gegebenheiten und dem Entwicklungstrend vor Ort zu widmen. Vordergründig wurde der Erhalt und die Stabilisierung der Siedlungen, die Sicherung der technischen Versorgung und Sicherheit sowie die Sicherung der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen und -angeboten zur Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ins Auge gefasst.

Gestaltung Prozess bis zur Entscheidung zur interkommunalen Zusammenarbeit, begünstigende Faktoren und Erwartungen

Der Landkreis Leipzig versteht sich selbst als Koordinator und Moderator, ihn und seine Kommunen zeichnet seit einiger Zeit der Begriff „kommunale Familie“ aus. Die Kreisentwicklung, insbesondere die Umsetzung des Kreisentwicklungskonzeptes, lebt vom Willen „der freiwilligen Zusammenarbeit“. Das Verständnis dafür hat sich in den letzten Jahren gefestigt.



Luftbild der Siedlung Haubitz

Unter der Voraussetzung, dass alle Partner vom Inhalt und Ergebnis partizipieren, wird unter dem Dach des Kreisentwicklungskonzeptes projektbezogen und transparent zusammengearbeitet, Inhalte und Ergebnisse werden kommuniziert. Inspiration, Motivation und Identität aller Partner sind wichtig, um sich gegebenenfalls auch gemeinsam neuen Projektideen zu öffnen.

Das Projekt Kleinstdörfer benötigte neben den vorgenannten Faktoren zusätzlich eine große Portion Fingerspitzengefühl und Sensibilität, denn schlussendlich stand die Frage im Raum: ist ein und wenn ja welches Dorf „vom Aussterben bedroht“?

Projektverlauf – Erfolge und Hemmnisse, Verstetigung der Zusammenarbeit

Basis aller Aktivitäten im Projekt Kleinstdörfer bildete zunächst ein Projektplan, der einerseits die Aufgaben und andererseits die Ressourcen aufzeigte. Insofern galt es, sich an diesem zu orientieren, um die Organisation, Durchführung und Kontrolle zu erleichtern. Schlussendlich ist dieser ein Instrument, an welchem sich auch Erfolge messen lassen. Den Erfolg dieses Projektes sehen wir insbesondere darin, dass es dank der intensiven interkommunalen Zusammenarbeit gelungen

ist, mittels eines breiten Beteiligungsprozesses einen aktuellen Blick von außen zu gewinnen, der uns gleichzeitig lehrte, wie wichtig es ist, gemeinsam

- | neue Impulse und Trends als Chance zu verstehen,
- | Gestaltungsspielräume zu nutzen,
- | Herausforderungen zu begegnen,
- | kooperativ Verantwortung zu übernehmen,
- | Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln,
- | um im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse konkurrierende Entwicklungen zu vermeiden.

Fazit auch anhand aktueller Projekte mit Blick auf das Thema interkommunale Zusammenarbeit ist, sich vor dem höheren Organisations- und Personalaufwand nicht zu scheuen, denn häufig stehen diesem auch Chancen gegenüber, hier: Meinungs- und Abstimmungsgespräche, Lösung von Interessenkonflikten etc.

Interkommunale Zusammenarbeit ist nicht durch Gesetz und Zahlen belegbar, zeichnet sich aber insbesondere beim Thema „Daseinsvorsorge“ aus.

Im Laufe der Zeit hat sich der Wille und das Verlangen nach „interkommunaler Zusammenarbeit“ verstärkt, die Kommunen haben sich mit dem Thema stark identifiziert.

Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig



Studie zur Inwertsetzung bestehender Potenziale der „Zwischenräume“ zwischen den bereits entstandenen touristischen Hotspots in der Bergbaufolgelandschaft des Südraumes Leipzig

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:	Mai 2017 bis Dezember 2017	PROJEKTSUMME:	17.750 EUR
BETEILIGTE AKTEURE:	Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig, Böhlen, Kitzscher, Neukieritzsch, Rötha, Landratsamt Landkreis Leipzig, Regionalmanagement LEADER-Region Südraum Leipzig, Gemeinderäte, Förderverein Rötha-Gestern.Heute.Morgen, Regionale Planungsstelle Leipzig		
ANSPRECHPARTNER:	Kommunales Forum Südraum Leipzig, Frau Dr. Steffi Raatzsch		

„Viele Menschen wollen sich in ihrer Freizeit gerne in der Natur bewegen, sich dabei erholen und Neues erfahren. Dazu bedarf es mehr ausgeschilderter und interessanter Wanderwege. Das Verbundprojekt „Lebendige Gösel“ mit der Weiterentwicklung und dem Ausbau eines Göselwanderweges ist eine wichtige Ergänzung der bereits entstandenen touristischen Infrastruktur an den Seen in der Region, die diesem naturnahen Erholungsanspruch gerecht wird.“

Dr. Gabriela Lantzsch, Bürgermeisterin der Gemeinde Großpösna

DER ZWECKVERBAND KOMMUNALES FORUM SÜDRAUM LEIPZIG wurde vor mehr als 23 Jahren gegründet, um die interkommunale Zusammenarbeit bei der Sanierung und Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft im Südraum Leipzig zu befördern und die Interessen seiner Verbandskommunen zu bündeln und nach außen zu vertreten. Mit der Gründung des Zweckverbandes haben die Kommunen im Südraum Leipzig auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit bei der Regionalentwicklung reagiert und ihren Willen zur Kooperation institutionalisiert. Insofern bedarf es seither keines besonderen Anlasses, zusammenzuarbeiten, sondern vielmehr steht jährlich die Frage im Raum, welche Themen oder Problemlagen gemeinsam bearbeitet und einer Lösung zugeführt werden sollten.

Während Mitte und Ende der 1990er Jahre die Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte und anderer strategischer Planungen für die Entwicklungen in der Region im Vordergrund standen, hat sich zunehmend die konzeptionelle Vorbereitung konkreter Vorhaben und Maßnahmen zu einem Aufgabenschwerpunkt für das Kommunale Forum entwickelt.

Durch die Herausforderungen des Strukturwandels in der Region – von einer durch die Braunkohlegewinnung geprägten Landschaft hin zu einer Freizeit- und Tourismusregion – wurden die Kräfte des Zweckverbandes und seiner Mitglieder zunächst auf der Basis eines Re-

gionalen Entwicklungskonzeptes und dessen Fortschreibungen als Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept bzw. LEADER-Strategie in den vielfältigsten Formen auf die Gestaltung der Tagbaurestseen mit ihrem Umfeld konzentriert. Die sich mittlerweile eingestellte eigendynamische Entwicklung an und um die Bergbauseen als touristische Zentren lässt das Augenmerk wieder stärker auf die zu entwickelnde Potenziale abseits der Gewässerlandschaft richten.

Unter dem Aspekt einer gleichwertigen Entwicklung aller Verbandskommunen hat das Kommunale Forum Südraum Leipzig im Jahr 2017 auf Vorschlag seiner Verbandsmitglieder Böhlen und Rötha eine Studie zur Evaluierung des Entwicklungsstandes von Kommunen, die nicht über die vorteilhafte Lage an einem der neuen Seen verfügen, beauftragt. Unter dem Titel „Studie zur Inwertsetzung bestehender Potenziale der ‚Zwischenräume‘ zwischen den bereits entstandenen touristischen Hotspots in der

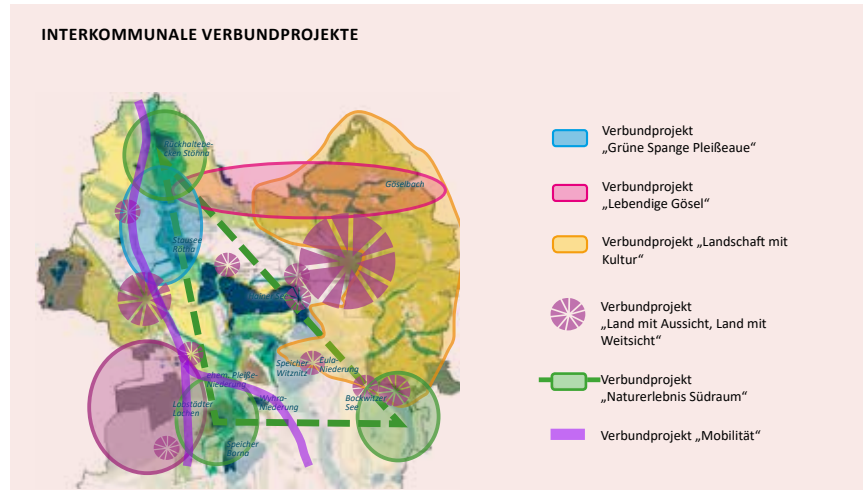
Bergbaufolgelandschaft des Südraumes Leipzig“ wurden durch das beauftragte Büro bgmr Landschaftsarchitekten für Böhlen, Kitzscher, Neukieritzsch und Rötha – aufbauend auf vorliegenden Konzepten, Planungen und Projektideen-Sammlungen – die Fragen beleuchtet: Was trägt? Was ist zukunftsfähig? Wie können durch die Bündelung von Einzelaktivitäten neue Qualitäten in den „Zwischenräumen“ der vier Kommunen entstehen?



Marktplatz in Rötha



Wanderweg in der Pleißeau



Im Ergebnis dieser umfassenden Analyse sind LEITTHEMEN herausgearbeitet worden, in deren Rahmen – runtergebrochen auf die vier Kommunen – die bereits vorhandenen Entwicklungs- und Projektansätze zielgerichtet umgesetzt werden sollen. Um die besonderen Potenziale der Leitthemen „Starke Kerne“, „Schöne Landschaft“, „Wege-Vernetzung“ und „Besonderheiten herausputzen & Highlights setzen“ in Wert setzen zu können, wurden Leitprojekte definiert. Die Besonderheit dieser Projekte: alle sind Verbundprojekte, die eine regionale Wirkung auch über die vier analysierten Kommunen hinaus erzielen – also nicht nur für eine Kommune einen Mehrwert bringen – und sie sind nur in Zusammenarbeit von jeweils mindestens drei Kommunen umsetzbar. Es wird damit folgerichtig auch weiterhin auf eine kontinuierliche interkommunale Kooperation in der Regionalentwicklung gesetzt.

Der gesamte Erarbeitungsprozess (Beratungen, Workshop) wurde von einer Projektarbeitsgruppe begleitet, in der auch die Bürgermeister der beteiligten Kommunen persönlich vertreten waren. Eine im Rahmen der Studie erarbeitete Umsetzungsstrategie hat den Bürgermeistern das Werkzeug für eine erfolversprechende Umsetzung mit an die Hand gegeben. Während die Leitthemen als

Klammer oder Dachmarke für die künftigen Entwicklungen in den Kommunen durch Beschlüsse der Stadt- bzw. Gemeinderäte eine – zumindest informelle – Verbindlichkeit erhalten sollten, wäre für die Umsetzung der Verbundprojekte mindestens eine Willenserklärung der beteiligten Kommunen erforderlich und auch Voraussetzung dafür, dass für die Realisierung Fördermittel in Anspruch genommen werden können. Mit dem Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig bestehen für die Vorbereitung und Koordinierung der Verbundprojekte beste Voraussetzungen dafür.

Es ist bisher allerdings noch nicht gelungen, Verbundprojekte umzusetzen. Als Vorhaben/Projekte, die nicht der Daseinsvorsorge und damit Pflichtaufgaben der Kommunen zuzuordnen sind, ist es schwierig, diesen aufgrund beschränkter personeller Ressourcen eine besondere Priorität im Rahmen der Verwaltungsarbeit zu verleihen. Aus diesem Grund bemüht sich das Kommunale Forum Südraum Leipzig gemeinsam mit den betroffenen Kommunen, zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung der Projekte, zum Beispiel durch praxisbezogene Forschungsvorhaben zu akquirieren.

Projektbericht abrufbar unter: www.kommunalesforum.de/service

Verbundprojekt „Land mit Aussicht, Land mit Weitsicht“

Stadt Rötha, Stadt Böhlen, Gemeinde Neukieritzsch, Stadt Kitzscher, Flächeneigentümer

- | Halde Trages (320 Hektar) und Halde Lippendorf (102 Hektar) als Landschaftsbauwerke inszenieren, Zuwegung qualifizieren, Hochpunkt als Zielort gestalten, die Halden zum Wahrzeichen der Region entwickeln
- | Sicht auf charakteristische Silhouetten der Städte und Dörfer sichern
- | Sicht auf Türme und Bauwerke, öffentliche Zugänglichkeit schaffen
- | Blickpunkte, Sichtbeziehungen entwickeln: an Hochpunkten und Geländekanten, entlang von Wegen, Sichtachsen freihalten von dichter Vegetation

- | Entwicklung von temporären Formaten der Inszenierung – Hochpunktwanderung, „Tag der offenen Türme“, Laserinstallation auf den Hochpunkten, Lichtspiele an den Gebäuden usw.
- | Erarbeitung eines „Sichtenkonzeptes“, das die besonderen Hochpunkte identifiziert und deren Aktivierung und Inszenierung vorbereitet

Eine erste temporäre Inszenierung ausgewählter Hochpunkte fand zum Lichtfest Südraum Leipzig (<https://dokmitt.de/Lichtfest-Suedraum-Leipzig/>) statt.

Landkreis Nordsachsen



„Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Erlebbarkeit der Mulde“

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: November 2015 bis September 2016

PROJEKTSUMME: 50.530 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Landkreise Nordsachsen, Leipzig, Mittelsachsen, Leipzig Tourismus & Marketing GmbH, Tourismusverband Sächsisches Burgen und Heidefeld e.V.

ANSPRECHPARTNER: Uta Schladitz, Amtsleiterin, Amt für Wirtschaftsförderung und Landwirtschaft



„Es geht auch zukünftig nur über eine vernetzte Zusammenarbeit über die Landkreisgrenzen hinaus, um die Region zu gestalten und zu entwickeln.“

Uta Schladitz, Amtsleiterin

DER MULDE KOMMT DURCH IHREN NATÜRLICHEN VERLAUF eine wichtige Erholungsfunktion als verbindendes Element zwischen den Teilräumen der Region Leipzig zu.

Bereits in der Vergangenheit haben die Landkreise Nordsachsen, Leipzig und Mittelsachsen erfolgreich an der Umsetzung zur Beschilderung des Mulderadweges gearbeitet und eine einheitliche Radwegbeschilderung sowie Rastplätze und Informationstafeln in einem einheitlichen Corporate Design installiert.

Um die Attraktivität dieses Radfernweges weiter zu erhöhen, wurde in den regionalen Arbeitsgruppen im Rahmen der DMO (Destinationsmanagementorganisation) die Idee entwickelt, entlang dieser Landschaft weitere Höhepunkte zu schaffen und die touristische Infrastruktur naturverträglich in Wert zu setzen.

Dazu wurde im November 2015 ein erfahrener Dienstleister mit der Erarbeitung einer „Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Erlebbarkeit der Mulde“ beauftragt.

Die Finanzierung erfolgte durch die Richtlinie des SMI zur Förderung der Regionalentwicklung. Den erforderlichen Eigenanteil stellen die drei Landkreise Nordsachsen, Leipzig und Mittelsachsen zur Verfügung. Inhaltlich wurde das Projekt von der Leipzig Tourismus & Marketing GmbH als Projektsteuerer und vom Tourismusverband Sächsisches Burgen- und Heidefeld e.V. begleitet. Eine Rahmen- und Finanzierungsvereinbarung regelte die Zusammenarbeit der Partner.

Zur inhaltlichen Abstimmung des Prozesses wurde während des Projektzeitraumes eine Steuerungsgruppe aus regionalen Vertretern und Akteuren gegründet.

Entlang der Freiburger und Zwickauer sowie der Vereinigten Mulde und dem Mühlgraben bei Eilenburg wurde auf circa 120 Kilometer die Erlebbarkeit des Flusses untersucht. Das Umland in einem Korridor von circa 3 Kilometer wurde betrachtet, um von den Potenzialen einer attraktiven Flusslandschaft und Freizeitnutzung weiter zu profitieren. Im Rahmen der Untersuchung wurden Maßnahmen entwickelt, die eine Fortbewegung zum, am und auf dem Fluss optimiert und das Erleben der Landschaft fördert. Dabei sollte die Erlebbarkeit und die Erholungsfunktion der Landschaft eine besondere Rolle spielen und interessante Punkte entwickelt werden, die eine Strahlkraft auf die gesamte Region ausüben. Maßnahmen zu entwickeln und dabei möglichst alle Kommunen partizipieren zu lassen, war eine wichtige Zielstellung des Projektes.

Alle beteiligten Städte und Gemeinden entlang der Mulde wurden direkt in den Prozess eingebunden. Dies erfolgte im Rahmen einer umfangreichen Datenrecherche, in den Regionalkonferenzen sowie bei der Erarbeitung notwendiger Maßnahmen.



Familie beim Radfahren an der Mulde



Mulde bei Eilenburg

Mit lokalen Akteuren fand die erste Regionalkonferenz im Februar 2016 statt. Dazu wurde das Projekt mit den Schwerpunkten und Bearbeitungsebenen vorgestellt. Im Rahmen eines Workshops wurden Analysepläne und erste Maßnahmenvorschläge in kleineren Gruppen diskutiert.

In einer zweiten Regionalkonferenz im Juni 2016 erfolgte eine Abstimmung der weiteren Planung und Umsetzung. Der Ansatz bestand vor allem darin, kommunale Planungen im Kontext mit regionaler Entwicklung neu zu denken und in Übereinstimmung zu bringen.

Dazu wurden überregionale Planungen, die Strategien der Regionalplanung und LEADER Entwicklungsstrategien erfasst. Die Belange des Hochwasser- und Naturschutzes sowie Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen wurden berücksichtigt, andererseits aber auch die vorhandene Infrastruktur und Planungen der Kommunen abgefragt.

Da es sich bei allen Maßnahmen um informelle Planungen handelt, hatten vor allem die Aussagen des Hochwasser- und Naturschutzes keine Verbindlichkeit. In zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächen wurden immer wieder die Risiken bei der Umsetzbarkeit in dieser sensiblen Landschaft aufgezeigt.

Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen und den beteiligten Kommunen sowie Regionalmanagements während der Projektphase bestand in einem sehr intensiven Austausch. Engagement und Interessenslage in den Kommunen waren dennoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Jede Kommune hat sich mit der touristischen Entwicklung der Muldelandschaft auseinandersetzen

müssen und weitere Akteure innerhalb ihres Territoriums in den Prozess eingebunden und beteiligt. Die Erwartungen wurden erfüllt, die Kommunen haben einen Maßnahmenkatalog mit insgesamt 88 detaillierten Maßnahmenblättern erhalten, an deren Umsetzung gearbeitet werden kann. Die Einrichtung eines Projektmanagements ist ein wesentlicher Baustein zur erfolgreichen Umsetzung der Maßnahmen, um die Kommunen zu unterstützen.

Alle Partner sind interessiert, entsprechende Lösungen zur Finanzierung eines Umsetzungsmanagements zu finden, um den Umsetzungsprozess voran zu treiben. Die Maßnahmenumsetzung erfolgt derzeit in Eigenverantwortung der Kommunen.

Fazit: Dieses Projekt hat die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den drei Landkreisen und den beteiligten Kommunen enorm gestärkt und zum gegenseitigen Austausch und Verständnis beigetragen.



Mulderadweg – Fähre Gruna

Wurzener Land



Stadt-Umland-Konzept (SUK)

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: September 2016 bis März 2018		PROJEKTSUMME: 110.000 EUR
LEAD-PARTNER:	Gemeinde Lossatal	PARTNERKOMMUNEN: Wurzen, Bennewitz, Thallwitz
ANSPRECHPARTNER:	Christian Haendel, Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Uwe Weigelt, Bürgermeister Gemeinde Lossatal	

Unter dem Motto „Kirche, Schule und Rathaus bleiben im Dorf“ sind wir im Jahr 2014 in unsere interkommunale Zusammenarbeit, hier im neu entstandenen Aktionsraum „Wurzener Land“ gestartet. Viel ist seither passiert und unglaublich viel wurde erreicht. Unsere Region hat sich vom weißen Flecken zum bunten Regenbogen gemauert. Und wir haben noch viel vor ...

Uwe Weigelt, Bürgermeister Gemeinde Lossatal

DIE STADT WURZEN und die Gemeinden Bennewitz, Lossatal und Thallwitz bilden einen mittelzentralen Verflechtungsraum eines zentralen Ortes (hier: Mittelzentrum Wurzen) mit insgesamt circa 31.000 Einwohnern. Viele Verbindungen und funktionale Beziehungen zwischen den Partnern bestehen bereits und werden im Alltag „gelebt“.

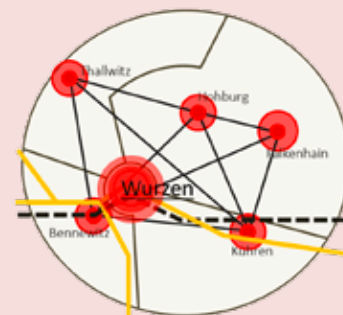
Tendenzen, wie demografischen Wandel, schwache Finanzausstattung sowie wirtschaftliche Zwänge sorgen dafür, dass die Stadt-Umland-Beziehungen zwischen der Stadt Wurzen und den Gemeinden Bennewitz, Lossatal und Thallwitz als Schicksalsgemeinschaft verstanden werden können. Das Umland ist in seiner Leistungsfähigkeit ebenso abhängig von der florierenden Stadt, deren Angebote es nutzt, wie die Stadt auf die Attraktivität des Umlandes angewiesen ist. Ausstrahlende positive Entwicklungstrends des Metropolraums Leipzig sollen und können nur gemeinsam aktiviert werden. Dadurch können im Umkehrschluss auch Ansprüche an das Oberzentrum und andere Planungsebenen viel passgenauer adressiert werden.



Wurzener Landfest

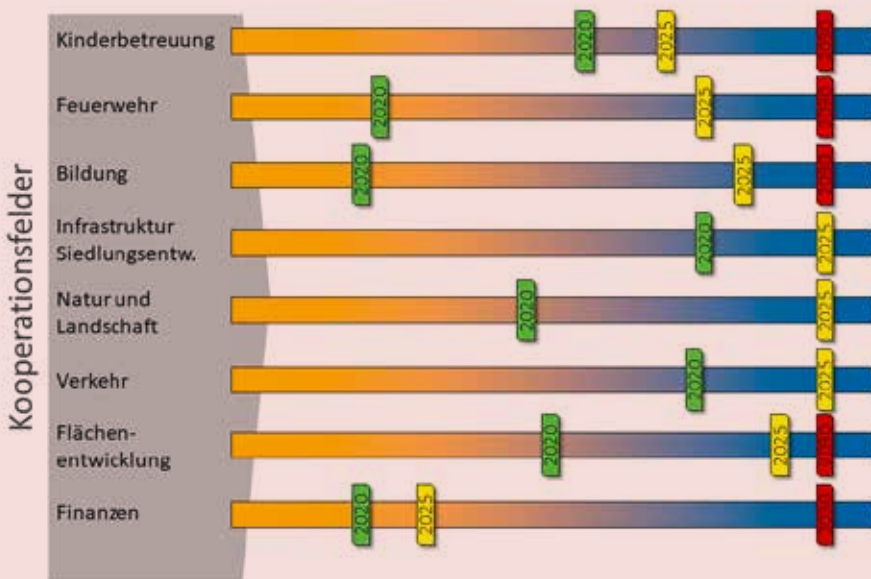
Ziel der Partnerkommunen war die zügige Bereitstellung der konzeptionellen Grundlagen zur Umsetzung städtebaulicher Maßnahmen sowie die Erstellung eines abgestimmten Konzeptes für Bildung, Verwaltung und wirtschaftliche Entwicklung. Die Partnerkommunen haben sich zu einigen Handlungsfeldern bereits jeweils einzeln vertraglich miteinander verbunden und sind auf dem Wege, über sektorale, themenspezifische Vereinbarungen die Herausforderungen der regionalen und demografischen Entwicklung anzunehmen. Die wachsenden Aufgaben der Verwaltungen werden dabei durch arbeitsteilige Prozesse der teilnehmenden Gemeinden aufgefangen. Die ersten Schritte der Kooperation wurden zum Beispiel durch eine intersektorale, integrierte räumliche Planung weitergeführt.

Abbildung 1
**Räumliches Leitbild
Wurzener Land**



Räumliches Leitbild: Fünf Siedlungs- und Versorgungskerne umgeben das Mittelzentrum. Jeder bietet Basisangebote der Daseinsvorsorge, sodass die gesamte Fläche des Wurzener Landes in zumutbarer Entfernung zu den Wohnorten an öffentliche Infrastruktur angeschlossen ist. Vorrangig in diesen Kernorten sollen weitere Investitionen getätigt werden, um das Wurzener Land als Wohn- und Lebensstandort attraktiver zu machen.

Abbildung 2
Kooperationsequazer Wurzener Land Spannweiten



Kooperatives Leitbild: In den sechs Kooperationsfeldern wurden durch die konkrete Benennung verwaltungstechnischer Aufgaben (bspw. Kinderbetreuung: Platzvergabe, Krankheitsvertretung, Weiterbildung, Öffnungszeiten etc.) die mögliche Kooperationsintensität und ein ungefährer Fahrplan für die Umsetzung entwickelt. Bewertet wurden dabei auch Umsetzungshemmnisse, Durchsetzbarkeit und mögliche Akzeptanz/Ablehnung in der Bevölkerung.

Konkreter Anlass für die Erarbeitung einer gemeinsamen Regionalentwicklungsstrategie waren die regionalen Wanderungsströme aus dem Oberzentrum Leipzig in das direkte Umland und das Beckennetz der Stadt Leipzig, diese Entwicklung partnerschaftlich mit den Umlandgemeinden zu steuern. Aber auch der Wunsch, die Daseinsvorsorge des eigenen ländlichen Raums im Mittelbereich so weiterzuentwickeln, dass zukünftige Kapazitäten und räumliche Verteilung in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden können, war und ist dafür ein Motiv. Eine Fördermittelbeantragung im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ war von Anfang an vorgesehen. Insofern bestand auch die Herausforderung, eine interkommunal abgestimmte Investitionsliste zu erarbeiten und maßnahmenbezogene Kooperationen zu organisieren.

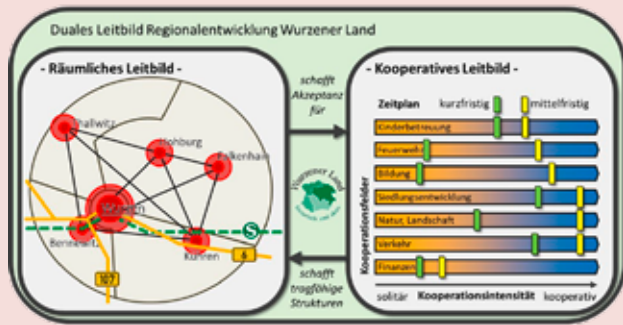
Aus der Erarbeitung gingen die Themenfelder Kinderbetreuung, Brandschutz, Bildung, Siedlungsentwicklung, Verkehr/Mobilität und Finanzen als Schwerpunkte der Zusammenarbeit hervor (vgl. Kooperatives Leitbild). Darüber hinaus bestehen aber auch in anderen Bereichen zahlreiche Kooperationsansätze und -projekte beispielsweise mit der Gründung der Wurzener Land Werke als kommunaler Dienstleister.

Bürger, Räte und Verwaltungen wurden zur Regionalstrategie in zwei Beteiligungsveranstaltungen eingebunden. Dabei diente das erste Regionalforum einer konkreten Mitarbeit der Teilnehmer zur Diskussion und Ausformulierung der Kooperationsaufgaben sowie einer Ableitung eines ungefähren Zeitplans. Es folgte eine Arbeitsphase in kleineren themenbezogenen Workshops (Kooperationsfelder) mit Verwaltung und Experten. Dabei wurden die einzelnen Verwaltungsaufgaben und die dahinterstehenden Prozesse tiefgründig

untersucht und Gemeinsamkeiten und Unterschiede identifiziert und eine zukünftige kooperative Arbeitsweise abgestimmt. Das zweite Regionalforum fasste die Arbeitsergebnisse zusammen und bereitete die Beschlussfassungen in den Parlamenten vor. Mit dem Beschluss des dualen Leitbildes und einer Kooperationsvereinbarung für die Umsetzung der Investitionsliste wurden die formalen Voraussetzungen für weitere Fördermittelanträge geschaffen. Auf den regelmäßig stattfindenden Aktionsraumkonferenzen, die übergeordnet alle Kooperationsprojekte des Wurzener Landes zusammenbringen, wurde regelmäßig über den Projektstand informiert.

Mit den bereits laufenden und abgeschlossenen Kooperationsprojekten im Rahmen des Aktionsraumes Wurzener Land sowie der vertrauensvollen Kommunikation aller vier Partner/Bürgermeister auf Augenhöhe bestanden von Anfang an gute Voraussetzungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und der Aufstellung einer abgestimmten Maßnahmenliste. Ansprechpartner und Verantwortlichkeiten waren auf Bearbeiterebene bekannt und konnten direkt aktiviert werden. Es bestanden auch Erfahrungen in der gemeinsamen Finanzierung von Förderprojekten und darüber hinaus gab es eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit (gemeinsames Logo, gemeinsame Veranstaltungen wie bspw. Wurzener Land Fest usw.). Das Wurzener Land greift in der Namensführung auf eine 900-jährige Tradition zurück, was die Verinnerlichung und die Akzeptanz bei Bürgern und Gesellschaft sehr befördert. Schwerpunkt waren Fragestellungen zu zukünftigen Verantwortlichkeiten bei gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung sowie die Verteilung der Fördermaßnahmen in den einzelnen Partnerkommunen. Hier galt es, eine ausgewogene Entwicklung des gesamten Aktionsraumes und nicht nur der Siedlungskerne entlang der Entwicklungsachsen im

Abbildung 3
Duales Leitbild Regionalentwicklung Wurzener Land



Duales Leitbild Regionalentwicklung: Nur im Zusammenwirken von Räumlichem Leitbild zur Sicherung der Daseinsvorsorge und der Grundversorgung der Bevölkerung in der Fläche und Kooperativem Leitbild zur weiteren Intensivierung und Verstetigung der interkommunalen Kooperation kann eine erfolgreiche und gedeihliche Entwicklung der gesamten Fläche des Wurzener Landes gelingen. Diese beiden Leitbilder dürfen also niemals solitär nebeneinander stehen, sondern müssen zwingend als **DUALES LEITBILD** der Regionalentwicklung verstanden werden. Stärkung der Versorgungs- und Siedlungskerne kann nur in Kooperation geschehen, damit keine konkurrierenden Angebote die Tragfähigkeit der etablierten Strukturen gefährden. Nur mit maßnahmenbezogener Abstimmung zwischen den Partnerkommunen kann dies gelingen. Verstetigung von Kooperation kann nur gelingen, wenn im ländlichen Raum des gesamten Wurzener Landes ein gutes, gleichwertiges Angebot an Daseinsvorsorge und Grund-/Nahversorgung besteht.

Auge zu haben. Das ist uns gut gelungen und wird in den nächsten Jahren zu einer gleichmäßigen Entwicklung und Attraktivität führen.

Das Stadt-Umland-Konzept (SUK) war Wegbereiter für eine erfolgreiche Fördermittelakquise im Städtebauprogramm KSP. Die vier Partnerkommunen befinden sich seit Ende des Jahres 2018 in der Umsetzungsphase der Städtebauförderung, wobei die gemeinsame Fördermittelbewirtschaftung durch einen Leadpartner mittels Treuhandkonto modellhaft ist.

Mit einem nun folgenden Kooperationsmanagement als erneutes FR-Regio gefördertes Projekt wird das Kooperative Leitbild weiterentwickelt und verstetigt. Ziel ist es, Strukturen zu schaffen, die eine dauerhafte Koordination aller Kooperationsfelder für Verwaltungen, Räte und Bürger übernehmen.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte sind:

- Die Vernetzung und Verknüpfung übergeordneter bzw. weiterer Projekte und Aktivitäten innerhalb des Kooperationsraumes Wurzener Land
- Die Optimierung des Verwaltungshandelns durch fach-/themenspezifisches Zusammenarbeiten
- Die Umsetzung definierter Schlüsselmaßnahmen als sichtbarer Kooperationserfolg
- Die Organisation, Moderation, Steuerung & inhaltliche Bereicherung des Kooperationsprozesses
- Ein öffentlichkeitswirksamer und identitätsstärkender Beteiligungsprozess

Für die Durchführung des Kooperationsmanagements ist ein Zeitraum von 18 Monaten vorgesehen. Damit sollen wesentliche Bestandteile des Kooperativen Leitbildes des Wurzener Landes umgesetzt werden. Der Gesamtprozess der interkommunalen Kooperation wird jedoch auch darüber hinaus erforderlich sein – nicht zuletzt weil die vorliegenden Handlungsfelder sehr anspruchsvoll in der

gemeinsamen Abarbeitung sind, sondern auch, weil sich im Rahmen der Bearbeitung durchaus weitere Handlungsfelder zeigen können.

Wie im SUK-Wurzener Land herausgearbeitet, wird für die Umsetzung des Kooperativen Leitbildes die Einrichtung einer Stabsstelle „WuLa“ angestrebt. Die Einrichtung einer solchen Stabsstelle ist in der von allen vier Kommunalparlamenten beschlossenen Kooperationsvereinbarung festgehalten. Hauptaufgabe der Stabsstelle ist die „organisatorische Unterstützung zur Bewältigung des absehbar steigenden Aufwandes für das Prozess- und Kooperationsmanagement des gesamten Aktionsraumes“.

Die Stabsstelle „WuLa“ soll als personell ausgestattete Stelle den künftigen Kooperationsprozess steuern und letztlich verstetigen. Für die Finanzierung einer solchen Stelle ist in der Zukunft ein durch die vier Partnerkommunen organisiertes Umlagemodell angedacht. Die Herleitung eines solchen Modells ist durch das Kooperationsmanagement mit zu verantworten. In der gemeinsamen Ratssitzung aller vier Kommunen im September 2019 wurde dies in erster Lesung vorgetragen und soll während der Laufzeit des Kooperationsmanagements so weit ausformuliert werden, dass eine nahtlose Umsetzung im Anschluss an das Kooperationsmanagement erfolgen kann.

Abbildung 4
Schema und Aufgaben Kooperationsmanagement





Wohnbauflächenprognose 2012 bis 2027 für die Erlebnisregion Dresden

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:	April 2014 bis Mai 2015	PROJEKTSUMME:	59.334 EUR
BETEILIGTE AKTEURE:	17 Städte und Gemeinden der Erlebnisregion Dresden (Arnsdorf, Bannewitz, Dohna, Dresden, Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Freital, Heidenau, Klipphausen, Kreischa, Moritzburg, Ottendorf-Okrilla, Pirna, Radeberg, Radeburg, Wachau, Weinböhla, Wilsdruff) sowie Radebeul		
ANSPRECHPARTNER:	Petra Knothe, Büro der Erlebnisregion Dresden, beim Stadtplanungsamt Dresden		



„Auch wenn die prognostizierte Entwicklung nicht 1:1 eintreten wird, haben wir eine abgestimmte Beurteilungsgrundlage geschaffen.“

Dr. Ralf Müller, Sprecher der Erlebnisregion Dresden und Bürgermeister der Stadt Dohna

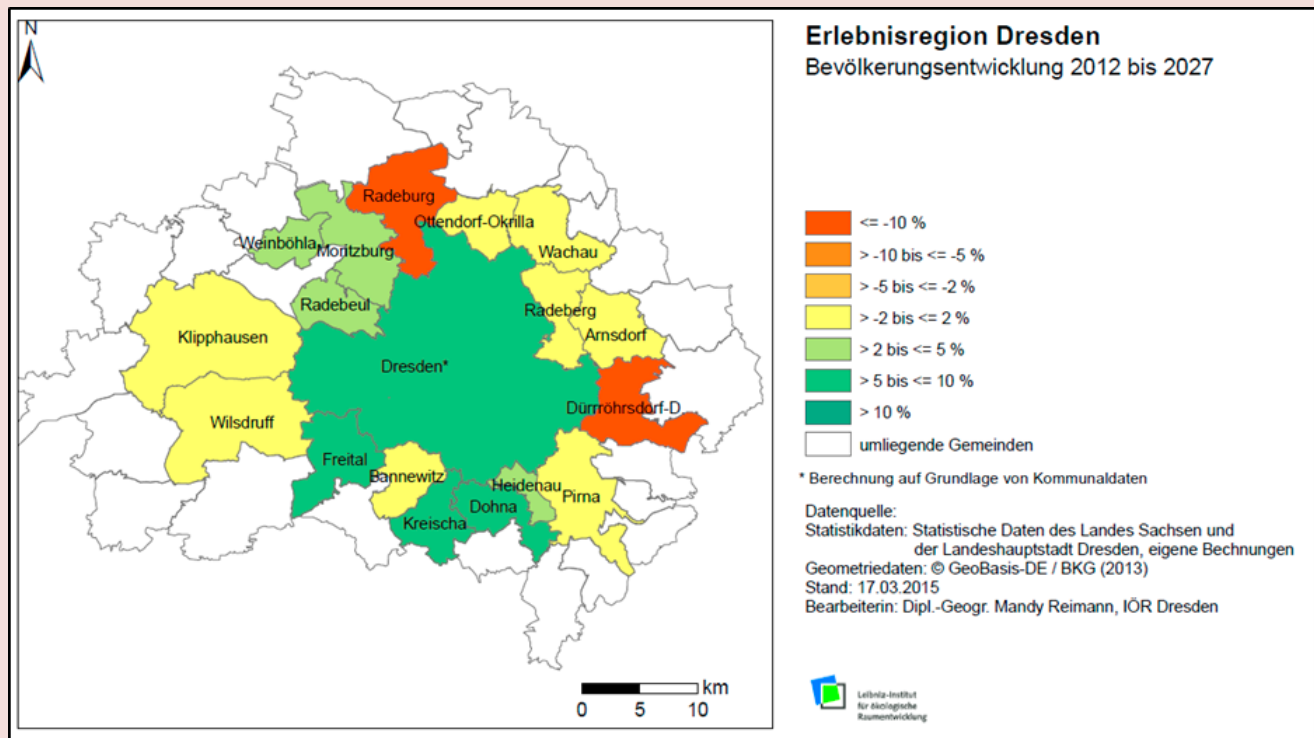
IN DEN 90ER JAHREN beschränkte sich die interkommunale Zusammenarbeit im Raum Dresden vorwiegend auf ausgewählte infrastrukturelle Themenbereiche (zum Beispiel ÖPNV, Abfallentsorgung). Dies resultierte aus den durch die Gemeindegebietsreform hervorgerufenen Verunsicherungen. Zwischen Dresden und seinen Umlandgemeinden gibt es jedoch darüber hinaus vielfältige Verflechtungen zum Beispiel im Bereich der Pendlerbewegungen, der Einzelhandelsversorgung, auf dem Wohnungsmarkt und der Naherholung. Im Jahr 2000 fand erstmals eine Konferenz mit Bürgermeistern der Stadt Dresden und ihren Umlandgemeinden statt, auf der weitere mögliche Kooperationsthemen diskutiert und dann im Jahr 2001 in einem gemeinsamen Positionspapier niedergelegt wurden. Außerdem wurde die gemeinsame Realisierung erster Projekte angeregt, die zeitnahe Ergebnisse bringen und die Vertrauensbildung fördern sollen.

Im Januar 2003 hat sich die Erlebnisregion Dresden (früher: Region Dresden und Stadt-Umland-Region Dresden) als dauerhafte, informelle Kooperationsform gegründet. Seitdem treffen sich die 17 Bürgermeister ein- bis zweimal jährlich und beraten zu gemeinsamen Projekten, tauschen Erfahrungen und Informationen aus. Bei Bedarf werden temporäre Arbeitsgruppen gebildet, die einzelne Projekte begleiten. Die Koordinierung aller Aktivitäten erfolgt durch das Büro der Erlebnisregion Dresden beim Stadtplanungsamt Dresden.

Die Erlebnisregion Dresden steht grundsätzlich für alle Problemstellungen offen. Anfänglich waren Projekte im Bereich Naherholung und Familienfreundlichkeit im Fokus. Später rückte die anhaltend positive Bevölkerungsentwicklung stärker ins Blickfeld. 2008 wurde eine erste kleinräumige Bevölkerungsprognose durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) vorausberechnet. Im Jahr 2009 folgte ein Monitoringsystem zur Bevölkerungsentwicklung, das mit finanzieller Unterstützung der FR-Regio realisiert wurde. Damit ist ein Vergleich der Prognosedaten mit der Ist-Entwicklung möglich. Das System wird in leicht modifizierter Form bis heute durch die Gemeinden genutzt, um rechtzeitig Bevölkerungstrends zu erkennen.

Seit dem Jahr 2010 wuchs die Zahl der Bewohner auch im Dresdner Umland stetig an. Vermehrte Zuzüge und der Trend zum Alleinleben ließen die Zahl der privaten Haushalte in der Erlebnisregion wachsen. Die gleichzeitig steigenden Kinderzahlen wirkten sich ebenfalls auf den Wohnungsmarkt aus. Der Wohnungsleerstand ging deutlich zurück und es war ein Trend zu einer erneuten stärkeren Abwanderung ins Dresdner Umland erkennbar. Es entstand Bedarf an Wohnraum nicht nur in Dresden, sondern auch in den benachbarten Kommunen. Um den Bedarf und die Potenziale sowie gegebenenfalls notwendige Bauflächenausweisungen konkreter abschätzen zu können, verständigten sich die Bürgermeister darauf,

Abbildung 1
 Bevölkerungsvorausberechnung auf der Grundlage des Status-Quo-Szenario 2012 bis 2027



das IÖR mit einer Wohnbauflächenprognose zu beauftragen. Die Untersuchung beinhaltet folgende Bausteine:

- I kleinräumige Bevölkerungsprognose 2012 bis 2027 für alle Kommunen
- I Wohnungsbedarfsprognose 2012 bis 2027 auf der Grundlage der kleinräumigen Bevölkerungsprognose und einer Haushaltprognose mit 3 Haushaltstypen
- I Wohnungsbedarfsentwicklung bis zum Jahr 2027 nach Haushaltstypen unter Berücksichtigung von Wohnungsabgang und Wohnwünschen (zum Beispiel Eigentumsbildung)
- I Abschätzung des Wohnbauflächenbedarfs
- I Gegenüberstellung des Wohnbauflächenbedarfs und der vorhandenen Bauflächenpotenziale

„Das Projekt hat die unterschiedlichen Positionen und Problemstellungen offengelegt und so auch zum gegenseitigen Verständnis beigetragen.“

Michaela Ritter,
 Bürgermeisterin der Stadt Radeburg

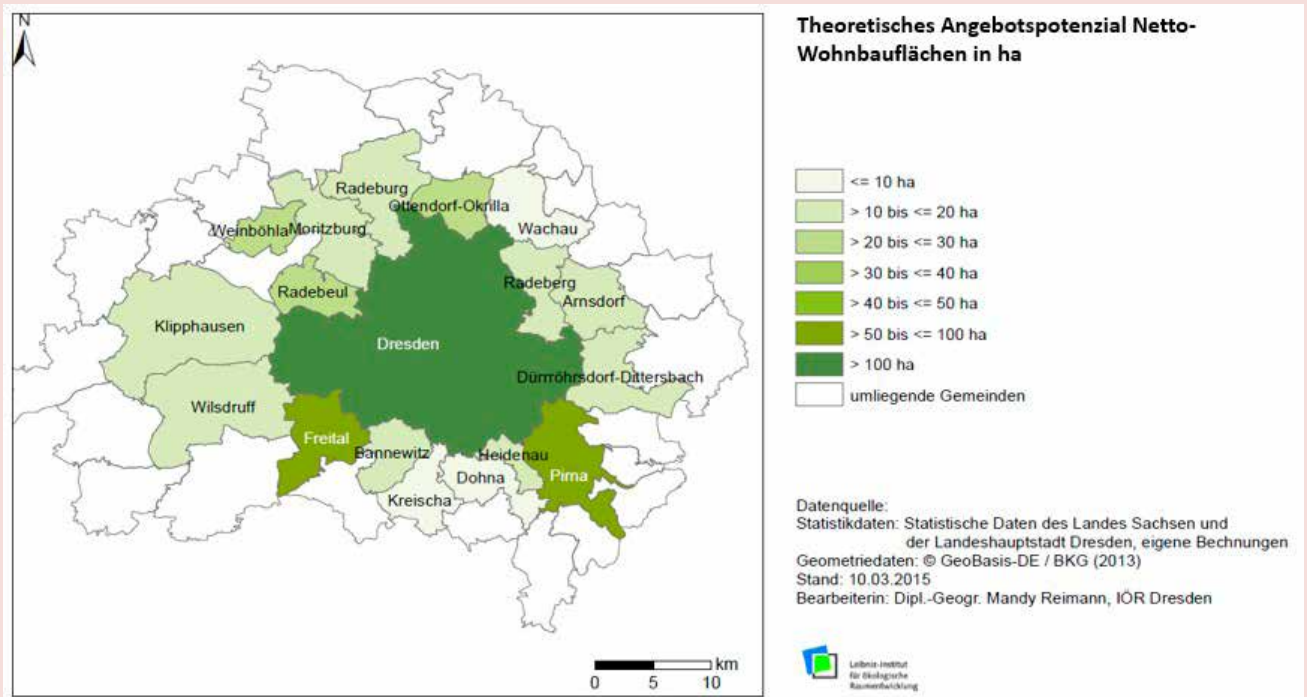
Das Sächsische Staatsministerium des Innern forderte die Erlebnisregion Dresden auf, eine Regionalerklärung zur weiteren Wohnbauflächenentwicklung zu verfassen.

Das Projekt stieß in allen Gemeinden auf sehr großes Interesse. Da die Siedlungsentwicklung in Großstadregionen traditionell sehr umstritten ist, erhofften sich die Mitgliedskommunen Hilfestellungen für die Planungspraxis. Insgesamt fanden sechs Arbeitsgruppenberatungen, zwei Bürgermeisterkonferenzen und sechs bilaterale Abstimmungsgespräche statt, in denen die Annahmen, die Methodik und die Ergebnisse intensiv diskutiert wurden.

Im Ergebnis der Untersuchung wurde folgendes festgestellt:

- I Die Trends der demografischen Entwicklungen in den einzelnen Kommunen unterscheiden sich deutlich, so dass die absehbare Wohnungsnachfrage sowohl quantitativ wie auch qualitativ differenziert ausfällt. (Abbildung 1)
- I Die vorhandenen Wohnbauflächenpotenziale weisen ebenfalls eine große Spannweite auf.
- I Das Netto-Wohnbauflächenangebot einschließlich der Baulücken und den ausgewiesenen Wohnbauflächen in den Flächennutzungsplänen (Abbildung 2) deckt in der Summe den Bedarf an Bauflächen selbst bei Berücksichtigung der Wohnwünsche

Abbildung 2
Theoretisches Angebotspotenzial Netto-Wohnbauflächen Erlebnisregion Dresden bis 2027



(zum Beispiel Eigentumsbildung in Einfamilienhäusern) bis zum Jahr 2027.

- I Nach den Erfahrungen mit einzelnen Baulückenkatastern ist jedoch davon auszugehen, dass das Netto-Wohnbauflächenangebot bis zum Jahr 2027 nicht vollständig aktivierbar sein wird und zusätzliche Flächen bereitgestellt werden müssen.
- I Insgesamt versteht sich die Erlebnisregion Dresden längerfristig – abweichend von weitestgehend gegenläufigen Tendenzen im übrigen Freistaat Sachsen – als Wachstumsmarkt bezüglich der künftigen Bevölkerungs- und Wohnungsbauentwicklung. Dieser Trend wurde durch die Migrationsbewegungen seit dem Jahr 2015 noch verstärkt.

Die gewünschte Positionierung zu einer abgestimmter Wohnbauflächenentwicklung wurde aufgrund der damit verbundenen Selbstbindung und mit Verweis auf die Planungshoheit der Kommunen durch die Bürgermeister abgelehnt. Großes Interesse besteht jedoch an einer kontinuierlichen Evaluierung der Wohnungsmarktentwicklung. Seitdem werden jährlich für alle Gemeinden Steckbriefe mit Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung und -bewegung, zur Bautätigkeit, zu Angebotsmiete, zur Kaufkraftentwicklung und zu den Kosten der Unterkunft erstellt und die Ergebnisse jährlich auf der Bürgermeisterkonferenz präsentiert.

Mit der Prognose wurde für alle Gemeinden eine regional abgestimmte Arbeitsgrundlage für die Bauleitplanung geschaffen. Für Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern ist diese besonders wertvoll, da für sie in der „Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen“ keine gemeindebezogenen Daten ermittelt wurden.



Projektgruppensitzung 26. November 2014

Gemeinde Hermsdorf/Erzgebirge



Interkommunales Konzept zur Sicherung der Grundschule in Hermsdorf/Erzgebirge durch multifunktionale Nutzung und dessen bauliche Umsetzung

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: Konzept 2015/2016, Baumaßnahme 2016/2017

PROJEKTSUMME: Konzept 5.717 EUR, Baumaßnahme 689.275 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Gemeinde Hermsdorf/Erzgebirge, Stadt Altenberg, Stadt Dippoldiswalde

ANSPRECHPARTNER: Andreas Liebscher, Bürgermeister der Gemeinde Hermsdorf/Erzgebirge

„Vor allem hat die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Kooperationsraum, dem Architekturbüro, den Baufirmen, der Schule, den zukünftigen Nutzern, den Behörden und nicht zuletzt dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Regionalen Planungsverband hervorragend geklappt. Jeder hat an seinem Platz zum Gelingen des Projekts beigetragen.“

Andreas Liebscher, Bürgermeister der Gemeinde Hermsdorf/Erzgebirge

DIE GEMEINDE HERMSDORF/ERZGEBIRGE ist für Erholungssuchende und Wintersportler eine gut bekannte Adresse. Auf gespürten Loipen erkunden Langlaufenthusiasten die Region am Kamm des Osterzgebirges. Auch Wanderer kommen voll auf ihre Kosten. Ein ausgebautes Wanderwegesystem lockt Touristen und Tagesausflügler gleichermaßen an und lädt zur Sommerfrische ein. Weniger bekannt ist, dass bis vor kurzem noch Kalkstein im Hermsdorfer Bergwerk gebrochen und verarbeitet wurde oder dass die Region früher direkt an die Eisenbahnstrecke zwischen Moldava und Freiberg angebunden war. Heute macht Hermsdorf mit seinen beiden Ortsteilen Seyde und Neuhermsdorf einen eher verträumten Eindruck. Ein Ort, wo man sich noch kennt und wo Gemeinschaft gelebt wird. Davon zeugt eine Vielfalt an Vereinen und immer wieder gibt es Grund zum Feiern. Das Ortszentrum von Hermsdorf ist ein wahrer Ort der Begegnung: Gemeindeamt, Kindergarten, Kirche und Schule mit dem Schulhort befinden sich in Rufnähe. Beim Mittagessen, lecker gekocht von der Küche im Kindergarten, treffen sich Lehrer, Erzieher, Schulkinder und die Kinder des Kindergartens. Die im Jahr 1909 gebaute Schule mit der im Schulgebäude integrierten Turnhalle ist dabei etwas ganz Besonderes. Nicht nur, dass hier die Schulkinder auf das Leben vorbereitet werden, sie stellt vielmehr einen allumfassenden Ort des Lernens auch für die „Älteren“ dar. Doch auch die demografi-

sche Entwicklung geht nicht an Hermsdorf/Erzgebirge vorbei. Als Gemeinde im peripheren ländlichen Raum hat sie es seit dem Jahr 1990 mit erheblichem Bevölkerungsrückgang zu tun:

	1990	2011	2015
Bevölkerung in Hermsdorf/E.	1205	859	815
Entwicklung gegenüber 1990		-29 %	-32 %

(Quelle: Gemeindestatistik 2016, Statistisches Landesamt Sachsen)



Bürgermeister Andreas Liebscher vor dem neuen Multifunktionsanbau der Grundschule



Multifunktionsanbau der Grundschule



Eröffnung des Multifunktionsanbaus der Grundschule

Insbesondere das Wegbrechen der jüngeren Altersgruppen hatte dazu geführt, dass die Grundschule es schon wiederholt mit massiven Auslastungsproblemen zu tun hatte. Die Lösung, die Grundschule einfach zu schließen, hätte jedoch zu einer Lücke im Gesamtgefüge geführt, die für die Region um Hermsdorf herum undenkbar und nicht akzeptabel war. Für die Kinder im Grundschulbezirk wären aufgrund der bewegten Topografie im Osterzgebirge damit lange Busfahrten verbunden gewesen und die weitere Nutzung des Schulgebäudes ohne Schulbetrieb wäre fraglich geblieben. Gemeinsam mit den angrenzenden Gemeinden wurde nach einer Lösung zur Erhaltung der Grundschule gesucht.

Mit dieser Fragestellung waren die Akteure nicht allein. Bildungsplaner auf Ebene des Sächsischen Staatsministerium für Kultus, auf Ebene des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und nicht zuletzt auch die Aktivitäten des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge zur Erstellung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge hatten die Möglichkeit zur Einrichtung eines jahrgangsübergreifenden Unterrichts eröffnet, die damals noch als modellhaft bezeichnet wurde, mittlerweile im Schulgesetz aber fest verankert ist. Darüber hinaus wurde in der Regionalstrategie Daseinsvorsorge die Verzahnung mit multifunktionalen außerschulischen Angeboten zum Lernen und Begegnen empfohlen. Das bedeutete ein völlig neues Konzept für die Grundschule in Hermsdorf/Erzgebirge, um allen Anforderungen zu entsprechen. Inhaltlich bestand vor allem die Herausforderung, das pädagogische Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts mit dem multifunktionalen Nutzungskonzept in Übereinstimmung zu bringen. Daraus entstanden bauliche Notwendigkeiten, um allen Nutzungen die benötigten Rahmenbedingungen bieten zu können. Vor dem Bauen war Fachexpertise zur Realisierung des neuen Raumprogramms gefragt. Mit finanzieller Unterstützung durch die FR-Regio konnte die Erstellung des Konzepts bewerkstelligt werden.

Danach umfassten die empfohlenen Baumaßnahmen vor allem:

- Ersatzneubau eines Anbaus des Schulgebäudes und Einrichtung eines Sanitärtraktes und der Garderobe
- Um- und Ausbau von multifunktionalen Räumen auf verschiedenen Ebenen
- Anbau eines Fahrstuhles zur Nutzung der multifunktionalen Räume auch für gehbehinderte Menschen

Es dauerte Zeit, bis sich das Konzept in den Köpfen verfestigt hatte, um zu erkennen, dass der jahrgangsübergreifende Unterricht und die multifunktionale Nutzung die einzige Chance darstellen, um die Grundschule zu erhalten und damit auch jungen Menschen Grund zu geben, im Ort wohnen zu bleiben. Das interkommunale Konzept konnte durch den Kooperationsraum im April 2016 erfolgreich verabschiedet werden. Aber es blieb nicht nur beim Konzept. Schließlich konnte gebaut werden, wobei vor allem regionale Baufirmen zum Zuge kamen. Und auch hier sprang die FR-Regio hilfreich zur Seite. Im Januar 2018 konnten im Rahmen einer Festveranstaltung, bei der auch Lantagsvizepräsidentin Andrea Dombois, Landrat Michael Geisler und andere Ehrengäste zugegen waren, die Räumlichkeiten zur Nutzung übergeben werden. Seitdem sind jahrgangsübergreifender Unterricht und multifunktionale Nutzung gelebte Wirklichkeit: Weiterbildungsveranstaltungen für Feuerwehr und Bergwacht, Theater AG, Sportvereine, Schulförderverein, Veranstaltungen der Kinderarche Sachsen e. V. und weitere Vereine und Initiativen haben hier ihr festes Domizil gefunden. Die Frage nach dem Erfolgsrezept ist einfach zu beantworten: Es muss halt alles stimmen. Vor allem hat die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Kooperationsraum, mit dem Architekturbüro, mit den Baufirmen, mit der Schule, mit den zukünftigen Nutzern, mit den Behörden und nicht zuletzt mit dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Regionalen Planungsverband hervorragend geklappt. Jeder hat an seinem Platz zum Gelingen des Projekts beigetragen.

Aufbau einer Heimkehrerbörse (Internetportal) für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: 2014

PROJEKTSUMME: 40.000 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Kommunen des Landkreises, Verkehrsunternehmen, Wohnungsgesellschaften, Industrie- und Handelskammer Dresden sowie Handwerkskammer Dresden, Agentur für Arbeit, Kreissportbund Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e. V., Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH, IMPRO Interessensverband Metall- und Präzisionstechnik Osterzgebirge e. V., DEHOGA Sachsen, Regionalverband Sächsische Schweiz e. V., Kreishandwerkerschaft Südsachsen, Ostsächsische Sparkasse Dresden, Landschaf(f)t Zukunft e. V., BAZ-Initiativ-Büro, ASB OV Neustadt/Sachsen e. V., Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Berufliche Qualifizierung, Medienkulturzentrum Dresden e. V., Staatsbetrieb Sachsenforst – Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz.

ANSPRECHPARTNER: Christin Ufer, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Stabsstelle Wirtschaftsförderung

„Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge begeistert mit seinem touristischen Potenzial, seiner hohen Lebensqualität und seinen besonderen Landschaften alle, die hier leben und arbeiten. Die Heimkehrerbörse unterstützt Sie dabei, in einem der attraktivsten Landstriche Deutschlands wieder Fuß fassen zu können, für ein Leben in Ihrer alten, neuen Heimat.“

Michael Geisler, Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge



DER LANDKREIS SÄCHSISCHE SCHWEIZ-OSTERZGEBIRGE ist ein historisch gewachsener Wirtschaftsstandort mit großer Branchenvielfalt in überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes wird jedoch zunehmend vom demografischen Wandel beeinflusst. So geht seit einigen Jahren mit einem steigenden Arbeitsplatzangebot ein kontinuierlich sinkendes Arbeitskräfteangebot einher. An dieser Stelle müssen nachhaltige und vorausschauende Maßnahmen ergriffen werden, um künftig die Fachkräftesicherung für einen starken und soliden Wirtschaftsstandort Sächsische Schweiz-Osterzgebirge erfolgreich aufrechtzuerhalten. Mit der Heimkehrerbörse www.heimkehrerboerse.info hat die Wirtschaftsförderung eine Internetplattform ins Leben gerufen, welche den Landkreis als Wohn- und Wirtschaftsstandort für alle Altersklassen, Hierbleiber, Zuwanderer, Heimkehrer sowie Unternehmen als attraktives Umfeld bewirbt und damit hilft, die Auswirkungen des demografischen Wandels zu bewältigen.

Das Projekt des Aufbaus der Internetseite stand in engem Zusammenhang mit dem Vorhaben „Demografieleitbild Wirtschaft und Arbeit“, welches ebenfalls über die Richtlinie FR-Regio gefördert wurde und dessen Ziel die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Strategien und Lösungswege zur Bewältigung des demografischen Wandels war.

Im Rahmen der gemeinsamen Abstimmung des Vorhabens zur Heimkehrerbörse mit Entscheidungsträgern und Akteuren im Landkreis wurden zahlreiche Gespräche geführt, Informationen ausgetauscht und Gremien einbezogen, um eine aktive Mitwirkung gewährleisten zu können. Die Bürgermeister der Kommunen des Landkreises wurden über das Vorhaben, dessen Bedeutung für die Region, Ziele und Möglichkeiten der Umsetzung informiert.



Familie Höse



Christin Ufer, Landratsamt
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,
Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung hat weiterhin mit folgenden Partnern Gespräche geführt, um einzelne Themenfelder detailliert abzustimmen und auf der Internetplattform einzubinden:

- | Verkehrsunternehmen
- | Wohnungsgesellschaften
- | Industrie- und Handelskammer Dresden sowie Handwerkskammer Dresden
- | Agentur für Arbeit
- | Kreissportbund Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e. V.
- | Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH
- | IMPRO Interessensverband Metall- und Präzisionstechnik Osterzgebirge e. V.
- | DEHOGA Sachsen, Regionalverband Sächsische Schweiz e. V.
- | Kreishandwerkerschaft Südsachsen
- | Ostsächsische Sparkasse Dresden
- | Landschaft(f)t Zukunft e. V.
- | BAZ-Initiativ-Büro
- | ASB OV Neustadt/Sachsen e. V.
- | Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- | Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ref. 24, Berufliche Qualifizierung
- | Medienkulturzentrum Dresden e.V.
- | Staatsbetrieb Sachsenforst – Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz.

Die Gespräche haben dazu beigetragen, bereits bestehende Plattformen, Börsen oder Datenbanken zu relevanten Themen zu identifizieren. Außerdem wurden zahlreiche Veranstaltungen und Workshops besucht, die halfen, die Zielgruppe besser zu verstehen und entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Im Zuge des Aufbaus der Heimkehrerbörse haben sich auch Schüler der Fachoberschule

Sabel Freital mit dem Thema „Rückkehr in den Landkreis“ auf literarische und gestalterische Weise auseinandergesetzt.

Die Internetplattform bietet eine Jobbörse an, auf der Unternehmen aus dem Landkreis ihre Angebote veröffentlichen können und einen Überblick über folgende Inhalte gibt:

- | Wirtschaft & Arbeit
- | Unternehmensuche
- | Vorstellung der unterschiedlichen Branchen im Landkreis
- | Ausbildung, Weiterbildung, Existenzgründung
- | Wohnen
- | Familie und Leben (Freizeit, Sport, Gesundheit, Kinderbetreuung, Schule, ÖPNV)
- | Aktuelles
- | Erfolgsgeschichten
- | Veranstaltungen

Die Internetplattform hilft den Bürgern beim Ankommen im Landkreis und den Unternehmen, Fachkräfte auf Jobangebote in unserer Region aufmerksam zu machen. Die Inhalte werden durch die Wirtschaftsförderung des Landkreises regelmäßig gepflegt und aktualisiert. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird über Flyer, Radiowerbung, in Gesprächen, durch Pressemitteilungen, die Veröffentlichung von Rückkehrergeschichten und dem Banner im Landkreisboten oder auf den Internetseiten der Kommunen auf die Heimkehrerbörse aufmerksam gemacht.

Bei unserer Arbeit erreichen uns immer wieder Rückmeldungen und Danksagungen von Bürgern, denen wir mit der Vermittlung von Jobangeboten oder einfach nur als Ansprechpartner beim Start im Landkreis weiterhelfen konnten.

Städte Altenberg und Glashütte



Konzept zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung und dessen Umsetzung

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: März 2019 bis Februar 2021

PROJEKTSUMME: 184.981 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Städte Altenberg und Glashütte

ANSPRECHPARTNER: Christian Semmelrogge, Stadtverwaltung Glashütte, Wirtschaftsförderung



„Der schnelle und stetige Austausch zwischen den Projektbeteiligten ist für ein solches gemeindeübergreifendes Projekt äußerst wichtig und hilfreich und funktioniert hier sehr gut.“

Christian Semmelrogge, Wirtschaftsförderer

SEIT DEM 1. MÄRZ 2019 ist die gemeinsam von den Städten Altenberg und Glashütte entwickelte Koordinierungsstelle Wirtschaftsförderung besetzt. Neben der Unterstützung der Bestandsunternehmen in beiden Städten, in deren insgesamt 36 Ortsteilen zusammen etwa 14.700 Menschen zwischen Dresdener Umland und Tschechischer Grenze ihr zu Hause haben, liegt das Hauptaugenmerk der Wirtschaftsförderung insbesondere auf den Themenfeldern:

- I Fachkräftesicherung und Nachwuchskräftegewinnung,
- I Standortmarketing und Entwicklung eines Standortmarketingkonzeptes, sowie
- I Verbesserung der Kommunikation zwischen und mit den wirtschaftsrelevanten Akteuren inner- und außerhalb des Kooperationsraumes.

Das zu 75 Prozent aus der FR-Regio finanzierte Projekt ist erst einmal auf zwei Jahre bis zum 28. Februar 2021 angelegt. Langfristiges gemeinsames Ziel ist die Etablierung einer gemeindeübergreifenden kommunalen Wirtschaftsförderung, welche durch ihre bis dahin geleistete Arbeit und den entwickelten Mehrwert eine Kofinanzierung durch regionale Unternehmen oder eine Ausweitung und Einbeziehung noch weiterer Nachbarstädte und Gemeinden initiiert.

Die Beteiligung noch weiterer Städte war auch der ursprüngliche Ansatz, aus dem sich die geschaffene Koordinierungsstelle entwickelt hat. Seit dem Jahr 2015 arbeiteten Altenberg und Glashütte

mit der Nachbarstadt Dippoldiswalde und der Gemeinde Klingenberg zusammen, um eine wirkungsvolle, über Gemeindegrenzen hinausgehende Wirtschaftsförderung aufzubauen, welche im Sinne der Region agiert und die Unternehmensentwicklung fördert. Gemeinsam mit einem erfahrenen Dienstleister entwickelten die vier Partner bis zum Mai 2016 ein Regionales Vernetzungskonzept zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaftsförderung. Bereits die Erstellung dieses Konzeptes wurde mit Mitteln aus der FR-Regio gefördert.



Gewerbegebiet Europark Altenberg auf dem Gelände des Arno-Lippmann-Schachtes



Deutsches Uhrenmuseum Glashütte

Die Struktur der jetzigen Koordinierungsstelle Wirtschaftsförderung geht mit ihren Aufgaben, Zielen und Themenfeldern auf das damalige Vernetzungskonzept zurück und wurde in diesem bereits als mögliches Umsetzungsvorhaben aufgezeigt.

Zu einer gemeinsamen Umsetzung durch die vier Projektpartner kam es im Anschluss allerdings nicht. Diese scheiterte an der damaligen finanziellen Situation der Stadt Dippoldiswalde und der damit einhergehenden räumlichen Trennung der Gemeinde Klingenberg vom Rest des Kooperationsraumes. Die Städte Altenberg und Glashütte ließen sich dadurch allerdings nicht davon abbringen, an der Umsetzung des Projektes festzuhalten. So entwickelten sie unter Einbeziehung der beiden Stadträte gemeinsam eine Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer interkommunalen Koordinierungsstelle Wirtschaftsförderung. Diese wurde im Juli 2018 von den Bürgermeistern unterzeichnet und bildete die Grundlage für die so geschaffene und zum 1. März 2019 besetzte Stelle.

Nach einer anfänglichen Phase der Orientierung und des gegenseitigen Kennenlernens läuft die Umsetzung erster einzelner Projektbausteine, wie der Durchführung einer Mitarbeiterbefragung in den Unternehmen, die als Grundlage für ein gemeinsames Standortmarketingkonzeptes dienen soll. Herausfordernd ist an

mancher Stelle die Willensbildung, Abstimmung und Koordination mit mehreren gleichberechtigten Projektträgern. Aber mit Engagement, Einbeziehung und Anhörung aller, stellt auch dies kein Problem dar. Grundlegend für die Umsetzung eines solchen Projektes sind ein gleichberechtigter und respektvoller Umgang aller Partner miteinander sowie eine offene, konstruktive Kommunikation untereinander, da das zugrundeliegende Ziel im gemeinsamen Interesse liegt.

Über den weiteren Verlauf des Projektes und die sich eventuell daraus resultierende Fortführung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionsschluss) noch keine Aussage treffen.

Zukunftsforum für den Landkreis Meißen



DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: Juni 2017 bis Dezember 2019

PROJEKTSUMME: 96.682 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Landkreis Meißen – Landratsamt, Akteure des Landkreises Meißen aus Verwaltung, Bürgerschaft und Expertengremien

ANSPRECHPARTNER: Andreas Herr, Landratsamt, Meißen, Beigeordneter und Dezernent Technik
 Katrin Berthold, stellvertretende Amtsleiterin Kreisumweltamt
 Anja Arlt-Lange, EU-Beauftragte und Koordinatorin für touristische Infrastruktur des Landkreises Meißen

„Unser Zukunftsforum war in mehrfacher Hinsicht ein Gewinn für den Landkreis und die beteiligten Partner: Zum einen arbeiteten wir über fachliche Grenzen an Ideen und Lösungsansätzen für die nahen und ferneren Herausforderungen. In den vier öffentlichen Fachforen erprobten wir außerdem Methoden und Formate, ohne die heute gesellschaftliche Willensbildungsprozesse nicht mehr denkbar sind – die rege Teilnahme und breite Beteiligung gaben uns dabei recht. Einzig das ergebnisoffene Herangehen an den Beteiligungsprozess war manchmal nicht ganz einfach zu erklären: Inzwischen knüpfen aber schon einige Vorhaben und Projekte unmittelbar an die Ergebnisse des Zukunftsforums an.“

Andreas Böhme, Amtsleiter Amt für Forst und Kreisentwicklung des Landkreises Meißen



Leuchtturm ZUKUNFTSFORUM Landkreis Meißen

DIE KOMMUNEN DES LANDKREISES sind neben dem Landkreis selbst Teil eines komplexen gesellschaftlichen Veränderungsprozesses. Die Vielschichtigkeit des Veränderungsprozesses und seine Abhängigkeit von vielen Variablen macht es für die Akteure des Landkreises zu einer anspruchsvollen Aufgabe, vorausschauend nachhaltig zu denken und zeitnah angemessen zu handeln. Es ist dennoch eine zentrale Aufgabe des Landkreises, den aktuellen Veränderungs- und Entwicklungsprozess zielgerichtet und unter bester Nutzung seiner Potenziale sowie des bisher Erreichten aktiv zu steuern.

Dazu benötigten die Akteure die passenden strategischen Instrumente, welche innerhalb eines beteiligungsorientierten Prozesses, dem „Zukunftsforum im Landkreis Meißen“, erarbeitet werden sollten. Folgende Themenfelder kamen zur Auswahl:

- I „Bildung, Arbeitskräftesicherung, Regionalmarketing“
- II „Siedlung und Kulturlandschaft“
- III „Familie und Gesundheit“
- IV „Digitaler Wandel und Mobilität“

Dabei war den Akteuren bewusst, dass die aktuellen gesellschaftlichen Fragen ineinander greifen und künftig nur fachgebietsübergreifend zu beantworten sind. In der täglichen Arbeit der Verantwortungsträger verbleibt kaum ausreichend Zeit und Möglichkeit, sich umfassend damit auseinander zu setzen oder die dazu notwendigen Partner an einen Tisch zu bekommen. Auch stellt sich die Notwendigkeit, vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Lösung von Zukunftsfragen, die Menschen aktiv einzubinden. Dieses Podium sollte das „Zukunftsforum“ des Landkreises Meißen bieten und dabei Verwaltung, Bürgerschaft und Experten zusammenführen. Im Rahmen des Zukunftsforums diskutierten Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter des Landkreises, der Städte und Gemeinden, der Unternehmen, Vereine, Verbände und gesellschaftlichen Gruppen wichtige Zukunftsthemen für unsere Region. Mehrere öffentliche Veranstaltungen sowie die Teilnehmungsplattform im Internet boten dabei Gelegenheit, Vorschläge, Ideen, Wünsche und Erwartungen, aber auch Kritik und Sorgen zu äußern. Das schließt die Einbeziehung betroffener und interessierter Einwohner, insbesondere die Jugend des Landkreises ebenso ein, wie in den Themen tätige Unternehmen, Fachexperten, Vereine oder Institutionen.

Das „Zukunftsforum“ des Landkreises Meißen bot das geeignete Podium, um Verwaltung, Bürgerschaft und Experten in einem kreativen Diskurs zusammenzuführen.

Das Pro und Contra zu möglichen Handlungsoptionen sowie der Ablauf des Beteiligungsprozesses wurden in einer Dokumentation zusammengefasst. Diese kann den Mitgliedern der gewählten kommunalen Gremien die notwendigen Anregungen geben sowie dabei helfen, mehrheitsfähige Lösungen zu finden und im Dialog mit der Politik und der Verwaltung den Weg für zukunftsorientierte Planungen zu ebnen.

Im Ergebnis liegen Antworten und Optionen für konkrete Fragen der zukünftigen kommunalen Entwicklung im Landkreis Meißen vor. Das sind ebenso Impulse für neue Wege, Innovationen und Anpassungen an künftige Veränderungen, wie auch für das Erkennen und Nutzen von Chancen.

Das „Zukunftsforum“ im Landkreis Meißen hat eine lebendige Diskussion in Gang gesetzt. Viele engagierte Menschen aus unserer Region haben sich mit Herz und Verstand eingebracht, auf Augenhöhe mit Fachleuten über Thesen zu gesellschaftlichen Trends und den Rahmenbedingungen der weiteren Entwicklung des Landkreises Meißen gestritten und Ideen für seine Zukunft entwickelt. Nicht zuletzt wird damit der aktuell und bundesweit häufig konstatierten Politikverdrossenheit mit einer effektiven Kommunikationsstrategie entgegengewirkt.

Das vorliegende Ergebnis der mehrmonatigen Arbeit bildet nicht den Abschluss der unmittelbaren Diskussion, sondern soll anlassbezogen und in hierfür geeignetem Rahmen fortgeführt werden. Folgeprojekte bieten sich geradezu an. So nimmt das »Kulturlandschaftsprojekt des Landkreises Meißen«, das vom Fachforum »Siedlung und Kulturlandschaft« initiiert wurde, inzwischen Gestalt an und soll die Bürger aus allen Landschaftsräumen des Landkreises zum Mitmachen anregen.

Sowohl das Zukunftsforum als auch das Kulturlandschaftsprojekt sind Projekte, die erst mit der Unterstützung durch die FR-Regio ermöglicht wurden. Beide Projekte tragen dazu bei, den Landkreis mit seinen vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Potenzialen gemeinsam mit seinen Bürgern zu entwickeln und den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden.



Lebendige Diskussion
ZUKUNFTSFORUM Landkreis Meißen

Landkreis Bautzen



Machbarkeitsstudie zum Vorhaben „Objekt extrem. Der Koloss von Knappenrode. Ein Industriedenkmal auf Kurskorrektur.“

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: November 2015 bis Juli 2016

PROJEKTSUMME: circa 30.000 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Landkreis Bautzen, Zweckverband Sächsisches Industriemuseum, Stadt Hoyerswerda, Ortsteil Knappenrode

ANSPRECHPARTNER: Landratsamt Bautzen, Geschäftsbereich 2

ZIEL DER MACHBARKEITSSTUDIE „OBJEKT EXTREM. Energiefabrik Knappenrode – Industriedenkmal und Werkssiedlung auf Kurskorrektur“ ist die städtebauliche Stärkung, Denkmalinstandsetzung und Umnutzung sowie die klare Einordnung der historischen Industrieanlage in den Kontext der benachbarten Werkssiedlung und damit der Stadt Hoyerswerda. Das Industrieensemble „Brikettfabrik und Werkssiedlung Knappenrode“ hat sich seit dem Jahr 1990 zu einem einzigartigen Denkmalstandort der Industriekultur in Hoyerswerda und der strukturschwachen Lausitz entwickelt. Dem Museum Energiefabrik Knappenrode kommt dabei als Standort des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum (ZV SIM) und als Leuchtturm des Lausitzer Seenlandes mit 500.000 Übernachtungen pro Jahr eine Schlüsselrolle mit zunehmender nationaler und internationaler Leuchtkraft zu. Jährlich über 20.000 Besucher zeigen, dass sich Knappenrode mit Siedlung und Werk als ein Markenzeichen der industriellen Geschichte und Zukunft einer ganzen Region behaupten konnte.

Im Auftrag des Landkreises Bautzen wurde die Machbarkeitsstudie zum Vorhaben „Objekt extrem. Der Koloss von Knappenrode. Ein Industriedenkmal auf Kurskorrektur.“ entwickelt und im Juli 2016 vorgelegt. Mit der Machbarkeitsstudie werden wesentliche Ziele der Standortentwicklung „Energiefabrik Knappenrode“ definiert und deren schrittweise Umsetzung aufgezeigt. Grundlage der Betrachtungen ist der anstehende Umbau des Standortes.

Ein besonderer Fokus der Machbarkeitsstudie liegt auf den künftig nicht mehr museal genutzten Flächen im unmittelbaren Umfeld der Energiefabrik; dem sogenannten „äußeren Bereich“.

Ziel der mit der Machbarkeitsstudie vorgeschlagenen Vorgehensweise ist eine wirtschaftlich stabile Entwicklung des Standortes Energiefabrik. Damit verbunden sind Ausgaben, die durch Einnahmen dauerhaft gedeckt werden müssen. Im Ergebnis stellt die Machbarkeitsstudie ein Instrument zur Standortentwicklung dar.

„Die Energiefabrik Knappenrode stellt ein national bedeutsames Baudenkmal dar. Damit bestand der enorme Anspruch, bei gleichzeitiger qualitativer Aufwertung vor allem die bisherigen Unterhaltungs- und Betreiberkosten zu senken. Um dies gewährleisten zu können, mussten Flächen auch reduziert und neu strukturiert werden. Die durch den Landkreis beauftragte und über die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung geförderte Studie bildete hierfür eine wichtige Basis.“

Birgit Weber, Beigeordnete des Landkreises Bautzen

Die Studie ist wesentliche Grundlage zur Gestaltung des zukünftigen Standortes. Sie beinhaltet auch das Vorgehen zur Akquisition neuer Nutzer, Eigentümer und Betreiber sowie die entsprechende Marketingausrichtung.



Energiefabrik Knappenrode – Pressenraum



Energiefabrik Knappenrode – Luftbild

Es wird in aufeinander aufbauenden Schritten dargelegt, wie sich neue Nutzungen in den vorhandenen Gebäuden einfügen lassen und auf welche Weise so die etappenweise Steigerung der Besucherzahlen erreicht werden kann. Basis der Überlegungen ist, dass neue Angebote mehr Besucher an den Standort ziehen und mehr Besucher schließlich weitere Angebote zulassen. Dieses Wechselspiel von Angebot und Nachfrage soll bis zum Jahr 2030 zu einer Steigerung der Besucherzahl auf 75.000 Personen pro Jahr führen, was einem Anstieg von circa 55.000 Besuchern (oder 275 Prozent) entspricht.

Die Machbarkeitsstudie wurde unter Beteiligung verschiedener Akteure erarbeitet. Im Rahmen von Workshops wurde mit dem Landkreis Bautzen, dem Zweckverband Sächsisches Industriemuseum und der Stadt Hoyerswerda die Standortentwicklung diskutiert. Im Rahmen der Bearbeitung der Studie wurden folgenden Arbeitsschritte, die gleichzeitig Grundlage der Struktur der vorliegenden Machbarkeitsstudie sind, vertieft:

- ! Analyse/Bestandsaufnahme,
- ! Maßnahmenkatalog,
- ! wirtschaftliche und finanzielle Bewertung der Maßnahmen,
- ! Abwägung von Vermarktungsrandbedingungen und Abgleich mit den Umfeldbedingungen (Abgleich Aufwand und Vermarktungsgewinn),
- ! Vorschlag von Prioritätenstufen unter Beachtung der Nutzungsentwicklung, Vermarktungskonzept: Gesamtstandort, gebäudebezogen, definierte Handlungsfelder

Für den Standort wurden drei Strategien entwickelt. Alle Entwicklungsvarianten basieren auf dem Ansatz der touristischen Nutzung. Die touristische Schwerpunktsetzung ergibt sich einerseits aus der Aufgabenstellung des Landkreises Bautzen. Andererseits wurde auch im Rahmen der Analyse nutzerbezogener Grundlagen deutlich, dass insbesondere eine touristische Nutzung zielführend erscheint. So traten gewerbliche, nicht-touristische Nutzungen oder Nutzungen im Forschungsbereich bewusst in den Hintergrund.

Die mit der Machbarkeitsuntersuchung vorgeschlagene Vorgehensweise basiert auf einer Stärkung des Standortes Energiefabrik und einer verbesserten städtebaulichen Verbindung zwischen der Energiefabrik und Knappenrode als Ortsteil der Stadt Hoyerswerda. Grundlage der hier beschriebenen Maßnahmen ist auch, dass sich der Standort Energiefabrik zu einem zentralen Anlaufpunkt des Lausitzer Seenlandes entwickelt. Entwicklungskriterien richten sich damit insbesondere auf die regionale Strahlkraft des Standortes.



Energiefabrik Knappenrode – Veranstaltungsraum



Handlungskonzept zur Errichtung stationärer Pflegeeinrichtungen als Gemeinschaftsprojekt für die Stadt Schirgiswalde–Kirschau und die Gemeinden Cunewalde, Großpostwitz, Obergurig und Sohland a. d. Spree

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: November 2017 bis April 2019

PROJEKTSUMME: 38.984 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Intern: Stadt Schirgiswalde–Kirschau, Gemeinde Cunewalde, Gemeinde Großpostwitz, Gemeinde Obergurig und Gemeinde Sohland a. d. Spree
Extern: Landkreis Bautzen – Sozialamt, Oberlausitzkliniken gGmbH, Regionale ambulante Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen, Regionaler Planungsverband Oberlausitz–Niederschlesien, LEADER-Management „Bautzener Oberland“, Stadt Bautzen, Wilthen, Gemeinde Neukirch, Steinigtwolmsdorf

ANSPRECHPARTNER: Markus Michauk, Bürgermeister der Gemeinde Großpostwitz



„Ich erlebte den Prozess der Erarbeitung des Handlungskonzeptes als absoluten Gewinn für alle Beteiligten, denn die Querschnittsbetroffenheit kommunaler Verantwortlicher in ihren lokalen Bereichen wurde mit der Fachkompetenz der Dienstleister in der Fläche zusammengeführt und erzeugte somit einen gemeinsamen Erkenntnisgewinn für die Praxis.“

Markus Michauk, Bürgermeister Gemeinde Großpostwitz

Was gab den Impuls/Anlass für eine interkommunale Zusammenarbeit?

DIE KOMMUNEN Schirgiswalde–Kirschau, Großpostwitz, Obergurig und Cunewalde weisen einen steigenden Bedarf an stationären Pflegeangeboten auf.

Bislang hat jede Kommune Standortscheidungen auf Grundlage des lokalen Bedarfs getroffen. In Anbetracht der zunehmenden interkommunalen Konkurrenz um die Pflegedienstanbieter als auch die Pflegeplätze ist der Entschluss entstanden, gemeinsam ein Zukunftskonzept aufzustellen. Übergreifender Ansatz der Kommunen war dabei, den Bedarf mit lokalen Pflegeangeboten zu bedienen. Damit verbunden war der Anspruch, dass die pflegebedürftigen Personen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und auch die Angehörigen bei Besuchen kurze Wege haben.

Welche Themenfelder stehen/standen im Mittelpunkt der Zusammenarbeit?

Die Strategie- und Handlungskonzeption sollte den voraussichtlichen Bedarf in der Pflege bis zum Jahr 2040 ermitteln.

In einem ersten Schritt wurde für jede Kommune eine prognostische Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2040 vorgenommen. Hier lag der Schwerpunkt bei der Darstellung der zu erwartenden Altersstrukturentwicklung.

Daneben wurden die bestehenden Pflegeangebote in Hinblick auf die Pflegeform, den Einzugsbereich sowie die Auslastung untersucht. Ebenso wurde die ärztliche Versorgung, gesundheitsnahe Dienstleitungen und sowie das Mobilitätsangebot in die Betrachtung mit einbezogen. Alle fünf Kommunen sind Teil des Sozialraumes 5 im Landkreis Bautzen. Um ein realistisches Bild der Pflegesituation zu erhalten, wurden die zum Verflechtungsraum zugehörigen Umlandkommunen ebenfalls mit in die Untersuchung einbezogen.



Bauschild Senioren-Residenz Großpostwitz

Für Rückschlüsse, somit eine Einordnung der Pflegesituation im Betrachtungsraum und die Ableitung künftiger Pflege Trends, wurde die Ist-Situation mit der des Freistaates und des Landkreises Bautzen verglichen. Dabei lag das Augenmerk auf Angaben wie der Pflegequote, der Anzahl der Beschäftigten im Pflegesektor, dem Betreuungsschlüssel nach Pflegeform sowie der Anzahl der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen.

Bei der Ermittlung der benötigten Pflegeinfrastruktur 2040 im Betrachtungsraum wurde lediglich die Deckung des Eigenbedarfs der fünf Kommunen berücksichtigt. Die Angebotserweiterung sollte kein Überangebot darstellen oder in Konkurrenz mit anderen Einrichtungen/Diensten im Verflechtungsraum stehen.

Auf Basis der sich in den letzten Jahren abzeichnenden Pflege Trends im Landkreis Bautzen bzw. im Betrachtungsraum wurde diese Entwicklung bei der Ermittlung des Pflegebedarfs bis zum Jahr 2040 berücksichtigt.

Auf Grundlage der Bevölkerungsprognose wurden für den Betrachtungsraum bis zum Jahr 2040 circa 1.250 Pflegebedürftige ermittelt, die von etwa 350 Beschäftigten im Pflegesektor betreut werden.

Dies bedeutet einen zusätzlichen Pflegebedarf bis 2040 von:
 + 45 voll- und teilstationäre Pflegeplätze
 + 275 Pflegebedürftige in ambulanten Diensten
 + 90 Pflegekräfte

In der weiteren Zusammenarbeit wurden lokale Realisierungsansätze zum nachfragerechten interkommunalen Ausbau des Pflegeangebotes erarbeitet. Um möglichst viele Synergien zu erzielen, verständigte man sich vom Grundsatz darauf, dass vorzugsweise lokale Betreiber die Erweiterung des Pflegeangebotes vornehmen sollen.

Wie erfolgte der kommunale Willensbildungsprozess? Wurden Bürger/Öffentlichkeit in dem Prozess beteiligt? Wenn ja, wie und mit welchem Ergebnis?

Die Stadt- und Gemeinderäte der beteiligten Kommunen haben sich mittels Beschluss frühzeitig für eine Beteiligung am Projekt und insofern für diesen interkommunalen Abstimmungsprozess ausgesprochen.

Die fachliche Begleitung und Steuerung des Prozesses hat ein erfahrener Dienstleister übernommen. Mittels regionalen Beratungsrunden erfolgte eine interkommunale und letztlich auch kommunale Willensbildung.

Dabei diskutierten sowohl die Bürgermeister der fünf beteiligten Kommunen als auch die Vertreter der Oberlausitz-Kliniken gGmbH, von lokalen Pflegeanbietern, des Sozialamtes des Landratsamtes Bautzen sowie des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien zum Thema Pflege im Betrachtungsraum.

Innerhalb des Erarbeitungsprozesses wurden die Kommunalparlamente über den Stand informiert und die Ergebnisse in einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung vorgestellt und diskutiert. Eingeladen waren die Stadt- und Gemeinderäte der beteiligten Kommunen, das LEADER-Management, der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, das Sozialamt des Landkreises, Vertreter der Oberlausitz-Kliniken gGmbH sowie die Vertreter der Umlandgemeinden.

Die Stadt- und Gemeinderäte der beteiligten Kommunen bestätigten letztlich die Handlungsempfehlungen des Konzeptes.

Wie gestaltete sich der Prozess bis zur Entscheidung einer Zusammenarbeit? Welche Faktoren begünstigen die Entscheidung für eine interkommunale Zusammenarbeit und lassen/ließen sie erfolgreich werden? Welche Hemmnisse waren zu überwinden?

Die anfängliche Erkenntnis von drei beteiligten Kommunen, dass Interessenlagen ähnlich sind und eine Lösung im Raum einer fundierten Basis bedarf, bekam insbesondere durch die Beratung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien eine fachliche Ausrichtung. Neben der Fachberatung durch das Landratsamt und einer Ausweitung auf weitere Kommunen wurde insbesondere die beispielhafte Betrachtung im Sozialraum 5 ein erklärtes Ziel, um Übertragbarkeit zu erreichen.

Viele Beteiligte brachten viele Erkenntnisse, aber auch hohen Koordinierungsaufwand mit sich, sodass daraus die zeitliche Streckung des Projektes resultierte. Positiv wirkte sich aus, dass jeweils die Entscheidungsträger wie Bürgermeister, Geschäftsführer oder Fachverantwortliche die Diskussion führten und so die Ergebnisse direkt an Stadt-/Gemeinderäte, Firmen weitergeben konnten.



**Wie gestaltete sich der Projektverlauf?
Welche Erfolge sind zu verzeichnen?
Welche Schwierigkeiten gab es zu überwinden?**

Das Thema Pflege war allen Beteiligten – zwar in unterschiedlicher fachlicher Betroffenheit – nicht neu. Die Herausforderung bestand darin, fachliche Aspekte der Pflegeformen mit grundsätzlichen Begleitthemen wie: dem Fachkräftemangel, der Pflegefinanzierung, den Entwicklungen von Familienstrukturen sowie der medizinischen und infrastrukturellen Versorgung miteinander in Beziehung zu setzen. Ergänzend waren die jeweiligen kommunalen Eigeninteressen mit den Erfordernissen für den Sozialraum und der Regionalentwicklung in Beziehung zu setzen.

Durch eine frühzeitig und breit angelegte offene Kommunikation mit allen Akteuren und Umlandgemeinden wurde eine fachliche und interkommunale Akzeptanz des Handlungskonzeptes ermöglicht.

Von den Akteuren im Pflegesektor wird nicht die Pflegeangebotserweiterung, sondern die Bereitstellung von qualifiziertem Pflegepersonal als größte Herausforderung angesehen. Laut der durchgeführten Umfrage wurde von vielen Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten der Pflegefachkräftemangel als größtes Hemmnis für eine Erweiterung des Pflegeangebotes benannt.

Die Situation bei Themen wie zum Beispiel ÖPNV-Anbindung, Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs oder kulturelle Angebote wird momentan nicht als flächendeckend handlungsrelevant angesehen. Im Bereich der stationären Pflegeeinrichtungen sollte die Kombination

verschiedener Pflegeformen im Sinne einer Vernetzung und Bündelung der medizinischen und pflegerischen Versorgung angestrebt werden.

Die Konzepterarbeitung zeigte künftige Pflegetrends für den ländlichen Raum und innovative Lösungsansätze auf. Dabei wurden alle stationären und ambulanten Pflegeformen, die sich in den fünf beteiligten Kommunen sowie in deren Verflechtungsraum befinden, mit einbezogen.

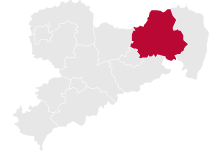
Hinsichtlich der Vorgehensweise konnte geprüft und aufgezeigt werden, welche Instrumente als Methoden im Rahmen der Sozialraumanalyse und Beteiligung geeignet sind.

Werden die Erwartungen aus der Zusammenarbeit erfüllt? Konnte die Zusammenarbeit verstetigt und erweitert werden?

Die Handlungsansätze zielen auf eine interkommunale Vernetzung, Bündelung und zukunftsichere Bedarfsanpassung der Pflegeangebote an verschiedenen Standorten des Betrachtungsraumes ab. Der Entwicklungsprozess hat zu einer Verstetigung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region geführt.

In die Erarbeitung wurde eine Vielzahl verschiedener öffentlicher und privater Akteure und Entscheidungsträger mit eingebunden. Die Resonanz zeigt, dass die Notwendigkeit als auch der Eigenanspruch einer langfristigen Bedarfsplanung und Abstimmung aller Akteure im regionalen Kontext besteht.

Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen



Fortschreibung des REK sowie die daraus hervorgegangenen Projekte

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:	Oktober 2013 bis September 2015
BETEILIGTE AKTEURE:	Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen, Landkreis Bautzen, Stadt Hoyerswerda, Stadt Lauta, Gemeinde Spreetal, Gemeine Boxberg/O.L., Gemeinde Elsterheide, Gemeinde Lohsa, Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg, Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, Tourismusverband Lausitzer Seenland e.V., Lausitzer Seenland gGmbH, LMBV, Förderverein Wasserwelt Geierswalde e.V., 1. Wassersportverein Lausitzer Seenland e.V., Jetski-Area am Partwitzer See, Terra Nova Reiterhof Elsterheide, Energiefabrik Knappenrode, Lausitzer Seenland Resort
ANSPRECHPARTNER:	Daniel Just, Geschäftsführer, Franziska Schaefer, Projektmanagerin, Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen (Umsetzungsmanagement REK)



„Programme wie FR-Regio eröffnen uns als Zweckverband, aber auch unseren Verbandskommunen die Möglichkeit, die Entwicklung des sächsischen Teils des Lausitzer Seenlandes auch konzeptionell und in hoher Qualität voranzubringen.“

Daniel Just, Geschäftsführer Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen

DAS LAUSITZER SEENLAND ist eine Bergbaufolgelandschaft. Eine Region, die seit circa 150 Jahren durch den Abbau von Braunkohle geprägt ist. Unter großem technischen und finanziellen Aufwand, fanden und finden, umfangreiche Sanierungs- und Renaturierungsmaßnahmen statt. Die entstehenden Restseen, bilden zukünftig ein von Menschenhand geschaffenes Seengebiet mit circa 14.000 Hektar Wasserfläche. Das Lausitzer Seenland hat das Potenzial, durch die weitere Entwicklung der Fremdenverkehrs- und Naherholungsfunktion das Image des ehemaligen Bergbaureals positiv zu verändern, die Region im Standortwettbewerb zu stärken und damit Motor und wichtiger Begleiter des Strukturwandels in der gesamten Lausitz zu sein. Schon frühzeitig entstanden kommunale Zusammenschlüsse und Interessengemeinschaften. Dazu gehört auch der Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen, bestehend aus den Gemeinden Spreetal, Boxberg O.L., Elsterheide, Lohsa, den Städten Hoyerswerda und Lauta sowie dem Landkreis Bautzen. Bereits im Jahr 2003 entschied sich die Region für eine gemeindeübergreifende Planung, die außerhalb von rechtlich normierten Verfahren erarbeitet wird - ein Regionales Entwicklungs- und Handlungskonzept (REK). Nach mehr als 10 Jahren war es an der Zeit, dieses REK zu evaluieren, Bilanz zu ziehen und neue Ziele zu setzen. Die Beauftragung, Koordinierung und Begleitung des Projektes „Fortschreibung des REK“ wurde durch den Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen übernommen.

Das Konzept ist der strategische Handlungsauftrag für den Zweckverband Lausitzer Seenland Sachsen und den länderübergreifend arbeitenden Tourismusverband Lausitzer Seenland e.V. und ist gleichzeitig die Grundlage zur Einbringung in regional- und landesplanerische sowie in planungs- und baurechtliche Prozesse. Die Region verfügt damit seit dem Jahr 2015 über ein klares gemeinsames Bekenntnis zur Entwicklung des Lausitzer Seenlandes. Grundlegendes Thema der interkommunalen Zusammenarbeit ist die Entwicklung der Bergbauregion hin zur Tourismusregion.



Partwitzer See – Geierswalder See – Barbara-Kanal



Verbandsgebiet Lausitzer Seenland Sachsen

Das Lausitzer Seenland soll dabei zu einer bundesländerübergreifenden Tourismusdestination weiterentwickelt werden. Die Schaffung von Alleinstellungsmerkmalen im Vergleich zu anderen Tourismusgebieten am Wasser, insbesondere auch durch das „in den Vordergrund stellen“ des ehemaligen Bergbaus sowie die Imagebildung sind wichtige Aufgaben, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Neben der touristischen Entwicklung ist die Stärkung des Lausitzer Seenlandes als Wohn- und Naherholungsort mit hoher Lebensqualität für alle Altersgruppen im Fokus der beteiligten Akteure. Zur Erarbeitung des Konzeptes wurde eine Arbeitsgruppe REK als begleitendes Gremium sowie thematische Arbeitsgruppen zur Vertiefung bestimmter Themen gegründet. Regionalforen mit offenem Teilnehmerkreis eröffneten allen Interessierten die Möglichkeit, ihre Ideen und Vorschläge einzubringen und offen zu diskutieren. Am Ende des gemeinsamen Arbeitsprozesses entstand ein Leitbild für die Region mit sechs Handlungsfeldern, strategischen Zielen sowie ein Maßnahmenkatalog mit Schlüsselprojekten. Die Umsetzung der Konzeption wird mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen und regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Insbesondere in den Bereichen „Regional abgestimmte touristische Entwicklung der Seen“, „Optimierung der Voraussetzungen für die Schiffbarkeit“ sowie „Radwegenetz und Infrastruktur“ konnten in den vergangenen Jahren unter anderem die folgenden gemeinsamen Projekte umgesetzt werden.

- Im Jahr 2019 wurde der Barbara-Kanal und somit die schiffbare Verbindung zwischen dem Geierswalder und Partwitzer See zur touristischen Nutzung freigegeben werden.
- Mit dem geplanten Bau eines Schiffsanlegers im Partwitzer See, wird die Schiffbare Seenkette noch erweitert und aufgewertet.
- Die Erarbeitung von Masterplänen für Teilbereiche der Region oder einzelne Seen ist ein weiteres wichtiges Instrument und ergänzt die Seenprofile des REK mit konkreten Maßnahmen. Derzeit beginnt die Umsetzung des Masterplans Knappensee. Aktuell erfolgt zudem die Erarbeitung eines weiteren Masterplans im Bereich des Erikasees.
- Die touristische Infrastruktur konnte im Jahr 2018 durch die Errichtung von insgesamt 90 einheitlich gestalteten Informationstafeln im gesamten Verbandsgebiet aufgewertet werden.



Eröffnung – Infotafeln

- I Neben der Schaffung eines Wegeleitsystems für den nicht motorisierten Verkehr (Radfahrer und Skater) wird künftig auch ein Wegeleitsystem für den motorisierten Verkehr zu diesen Infopunkten führen, dieses Teilprojekt befindet sich derzeit in der Genehmigungsplanung.
- I Nach und nach werden an den Wegen um die Seen Kilometerierungsposten gesetzt, welche den Nutzern zur Orientierung dienen. Zusätzlich sind diese wichtig für die Sicherheit an den Seen, damit Feuerwehr und Rettungsdienste durch die Benennung des entsprechenden Pfostens die Einsatzorte schneller finden.
- I Mit dem Konzept Landmarken und Sichtschneisen wurden die Voraussetzungen für die Schaffung weiterer touristischer Anziehungspunkte geschaffen.

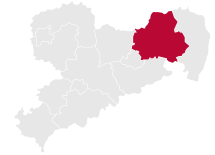
Trotz der bisherigen Zusammenarbeit sind die Herausforderungen noch immer groß. Die kommunalen Strukturen sind noch nicht an die anstehenden Entwicklungen angepasst. Insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen, bestehend aus dem Konglomerat unter anderem von Berg-, Umwelt- und Wasserrecht sowie Planungs- und Baurecht, sind schwer vermittelbar. Sie erfordern sehr hohen Abstimmungsbedarf und verursachen oftmals lange Prozesse.

„Durch die Förderung des Regionalen Entwicklungskonzeptes sowie von Masterplänen für einzelne Seen ist ein langfristiges konzeptionelles Vordenken möglich. Aufgrund der Themenvielfalt, der noch laufenden Bergbausanierung und den damit einhergehenden Dynamiken ist die Fortführung und Evaluierung in diesem Bereich auch in den kommenden Jahren dringend notwendig.“

Franziska Schaefer, Projektmanagerin des Zweckverbandes Lausitzer Seenland Sachsen

Auch die Bündelung der kommunalen Interessen durch die Schaffung eines ganzheitlichen Konzeptes war und ist unerlässlich für die Zielerreichung. Das REK bildet auch weiterhin die informelle Grundlage für die künftige Entwicklung der Region. Eine besondere Herausforderung ist die Verstärkung der Kommunikation und Zusammenarbeit. Die Vernetzung der agierenden Akteure, der beteiligten Behörden und die Vermittlung bei konträren kommunalen Interessen sind die wichtigsten Aufgaben, um eine ganzheitliche Entwicklung sowie die Umsetzung vieler Schlüsselprojekte zu erreichen.

Handlungskonzept zur strategischen Weiterentwicklung des grundzentralen Gemeindeverbundes „Großdubrau/Radibor“ zum grundzentralen Gemeindeverbund „Großdubrau/Malschwitz/Radibor“



DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: November 2015 bis Juni 2017

PROJEKTSUMME: 35.729 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: Gemeinde Großdubrau, Gemeinde Malschwitz, Gemeinde Radibor

ANSPRECHPARTNER: Madeleine Rentsch, Bürgermeisterin der Gemeinde Radibor

Impuls/Anlass für eine interkommunale Zusammenarbeit

UM DIE GRUNDZENTRALE FUNKTION langfristig erhalten zu können, wurde mit dem Handlungskonzept eine strategische Weiterentwicklung des bestehenden grundzentralen Gemeindeverbundes „Großdubrau/Radibor“ untersucht. Neben der Bewältigung des demografischen Wandels und den damit einhergehenden verwaltungsseitigen Herausforderungen war auch die langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge in der Region ein Hauptaugenmerk. Gemeinsam mit der östlich an Großdubrau angrenzenden Gemeinde Malschwitz wollte man diesen Herausforderungen mit der Neuaufstellung des Gemeindeverbundes begegnen. Parallel hierzu wird der Regionalplan Oberlausitz–Niederschlesien fortgeschrieben, sodass der Zeitpunkt für eine mögliche Erweiterung des grundzentralen Verbundes günstig war (siehe Abb. 1).

Handlungskonzept

Mit der Erarbeitung und fachlichen Begleitung des Handlungskonzeptes wurde ein erfahrener Dienstleister aus Dresden beauftragt und mit der Analyse der Ausgangssituation der drei Gemeinden Großdubrau, Malschwitz und Radibor begonnen. Dabei war zunächst die bisherige Entwicklung in der Region, die Handlungserfordernisse und die voraussichtliche Entwicklung in Anbetracht des demografischen Wandels zu untersuchen. Weiterhin stand die Aufgabe, in einer sogenannten SWOT-Analyse die aktuellen Stärken/Schwächen und Chancen/Risiken der drei Gemeinden herauszuarbeiten und den Handlungsbedarf je nach Themengebiet aufzuzeigen.

Ein weiterer Schwerpunkt war ein intensiver und breit angelegter Beteiligungs- sowie Abstimmungsprozess und Meinungsaustausch. So wurden sowohl mit Vertretern des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz–Niederschlesien, des Kreisentwicklungsamtes des Landkreises Bautzen und mit den Bürgermeistern der acht

Nachbarkommunen mündliche und teilstandardisierte Betroffenen- und Expertengespräche geführt. In diesen Leitfadengesprächen standen unter anderem die Themen „kommunale Aufgabenerfüllung“, „bestehende Verflechtungen“, „Auswirkungen des geplanten Gemeindeverbundes“, „bestehende und geplante Kooperationen“, „Entwicklungsdefizite“ und „regionale Herausforderungen“ auf der Agenda. Die Inhalte konnten stark von den Befragten beeinflusst werden. Damit bestand die Möglichkeit, neue Problemzusammenhänge aufzunehmen.

Die durchgeführten Bürgermeister- und Expertengespräche haben wesentlich zur Abbildung der generellen Problemlagen in der Region und zum Thema interkommunale Zusammenarbeit beigetragen.

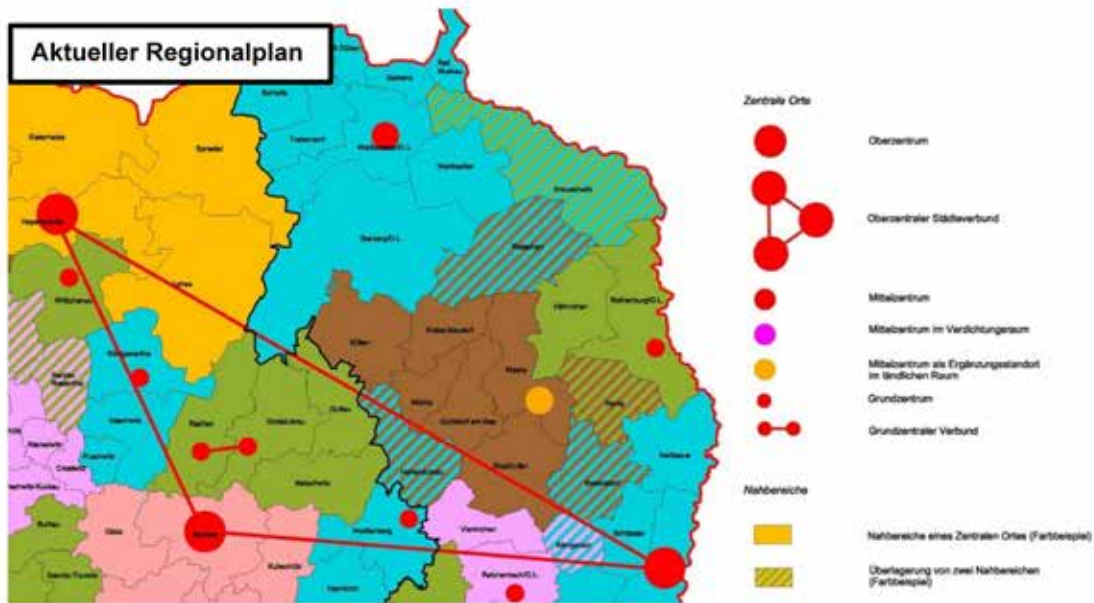
Kooperationen finden in der Region unter anderem in folgenden Bereichen statt:

- I Verwaltungszusammenarbeiten im Bereich Löschhilfvereinbarungen, Standesamt, Gewerbeamt, Meldeamt, Bauhof, Straßensanierungsmaßnahmen, Biosphärenreservat, etc.
- I Interkommunale Zusammenarbeit mit polnischen Kommunen
- I Kooperationen und Verflechtungen bei den überregionalen Themen: kulturelle Besonderheiten Sorben, Heide- und Teichlandschaft, Touristische Gebietsgemeinschaft (TGG), LEADER-Region.

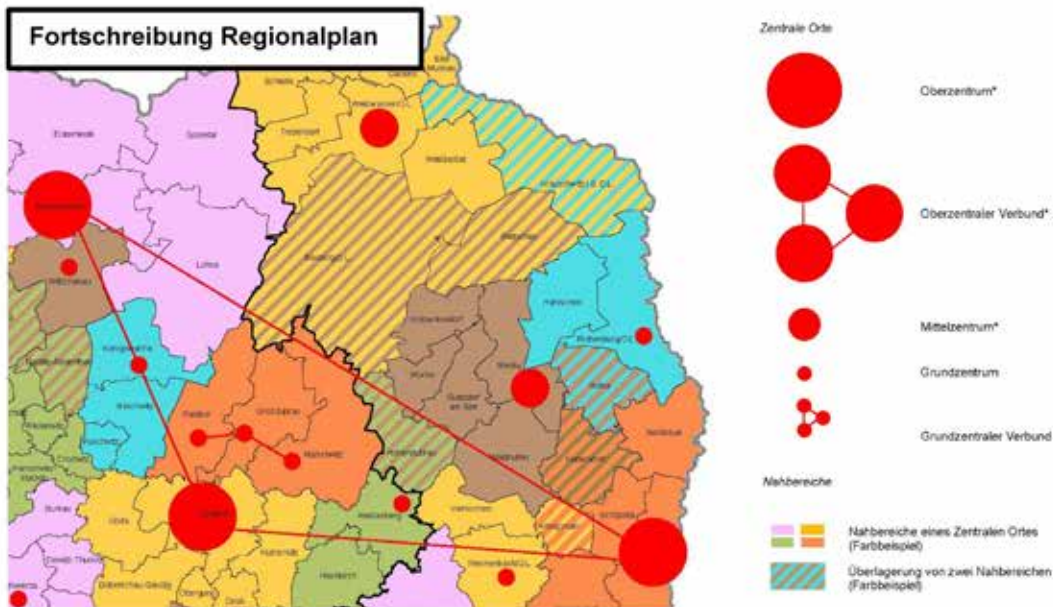
Als wesentliche Probleme und regionale Herausforderungen wurden unter anderem genannt:

- I der finanzielle Spielraum und damit verbunden ein Zurückfahren der freiwilligen Aufgaben auf ein Mindestmaß,
- I die Leistungsgrenze der Verwaltung, d. h. das zunehmende Aufgabenspektrum bei abnehmender Zahl der Verwaltungsmitarbeiter führt zu Problemen bei Ausfall/Vertretungen und Stellenneubesetzungen,

- | die finanzielle Zuweisung nach Einwohnerzahl (Finanzbedarf pro Kopf), hier wird die Einführung eines Flächenfaktors gefordert,
- | die Landkreisgrenzen und die ehemaligen Kreisgrenzen sind noch in den Köpfen vorhanden und hemmen teilweise Zusammenarbeit,
- | die Pflege der Gewässer 2. Ordnung,
- | Nachwuchsprobleme bei Vereinen und der Rückgang von ehrenamtlich Tätigen und
- | die Schwierigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden zu erklären, dass der „Grundzentrale Verbund“ kein Vorläufer einer grundsätzlichen Gemeindefusion ist.



Quelle: Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplans Oberlausitz-Niederschlesien (Februar 2010)



Quelle: Zweite Gesamtfortschreibung des Regionalplans Oberlausitz-Niederschlesien (Vorentwurf vom 16.06.2015)

Abbildung 1: Änderung Regionalplan



Regionalkonferenz am 18. Mai 2017 in Radibor, ehemaliger Bürgermeister Vinzenz Baberschke (stehend)

Zusammenarbeit im Gemeindeverbund

Die Gemeinden des grundzentralen Verbundes Großdubrau/Radibor haben sich im Rahmen eines im Jahr 2009 unterzeichneten öffentlich-rechtlichen Vertrages auf die wesentlichen Kooperationsfelder ihrer Zusammenarbeit verständigt. So wurden unter anderem gemeinsame Grundsätze bei der Wirtschaftsförderung, eine Zusammenarbeit bei der Betreibung öffentlicher Einrichtungen im Bereich Bildung und Kultur, eine Abstimmung bei der Sportstättenentwicklung sowie eine Zusammenarbeit in den Bereichen des Brand-, Katastrophen- und Hochwasserschutzes und der Ortpolizeibehörden angestrebt. Zur Optimierung der grundzentralen Versorgung des Verflechtungsbereiches durch eine effiziente Funktionsteilung ist nun festgelegt, im Bedarfsfall grundzentral bedeutsame Einrichtungen jeweils nur an einem Standort im Verbund bzw. im gesamten Verflechtungsbereich vorzuhalten.

Die Gemeinde Malschwitz kann weitere wichtige grundzentrale Funktionen im Bereich der Bildung und der gewerblichen Wirtschaft für den Verflechtungsbereich wahrnehmen. Darüber hinaus besitzt sie mit dem Sitz der Verwaltung des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ eine überregionale Bedeutung in der Umweltverwaltung und -bildung.

Beteiligung

Die Diskussion und Abstimmung der Aufgabenverteilung in den drei Gemeinden erfolgte in drei Schritten:

- I 1. Schritt: Verwaltung der Gemeinden Großdubrau, Radibor und Malschwitz
- I 2. Schritt: Arbeitsgruppen entsprechend der definierten Schwerpunkt-Handlungsfelder „Verwaltung“, „Siedlung und Gewerbe“ und „Kommunale Infrastruktur/Daseinsvorsorge“
- I 3. Schritt: Regionalkonferenz

In den verschiedenen Beteiligungsrunden wurden unter anderem die Gemeinderäte, interessierte Bürger, das Landratsamt, der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien, die Bürgermeister der Umlandgemeinden, das Regionalmanagement und weitere regionale Akteure und Verbände einbezogen.

„Es war schwierig, den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden zu erklären, dass der ‚Grundzentrale Verbund‘ kein Vorläufer einer grundsätzlichen Gemeindefusion ist.“

Vinzenz Baberschke, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Radibor



Unterzeichnung Vereinbarung zur Zusammenarbeit

Ergebnisse des Abstimmungsprozesses

Als Ergebnis der Abstimmungsrunden wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet. In diesem sind die Aufgaben und Maßnahmen nach Themenbereich aufgeführt. Sie werden hinsichtlich ihrer Aufgabe (Pflicht oder freiwillig), dem Umsetzungszeitraum (kurz-, mittel-, langfristig), der Verantwortlichkeit und Tragfähigkeit/Finanzierung definiert. Es werden auch Informationen zu weiteren Erfordernissen und der Anwendbarkeit (ortsspezifisch, übertragbar) angegeben. Die Themenfelder zur Bewertung der Aufgabenverteilung im zukünftigen grundzentralen Gemeindeverbund umfassen zunächst die Bereiche, die ein Grundzentrum zur Erfüllung seiner Funktion vorhalten muss. Dies betrifft unter anderem ein dauerhaft gesichertes und stabiles Netz mit Versorgungseinrichtungen für den allgemeinen und täglichen Bedarf sowie eine soziale und medizinische Grundversorgung. Hinzu kommen die freiwilligen Aufgaben, zum Beispiel Angebot an Kultur- und Sportmöglichkeiten, Förderung von Vereinen und Ehrenamt.

Weiterhin wurde gemeinsam die zukünftige Abstimmungs- und Beteiligungskonstellation im Verbund festgelegt.

Fazit

Der Prozess zur Initiierung des neuen Verbundes war für die Entscheidungsträger der drei Gemeinden mit zeit- und arbeitsintensiven Abstimmungen verbunden.

Das Handlungskonzept zum grundzentralen Gemeindeverbund „Großdubrau/Malschwitz/ Radibor“ hat maßgeblich dazu beigetragen, alle Themen und Schwerpunkte der interkommunalen Zusammenarbeit und Aufgabenteilung aufzuführen und gemeinsame Lösungsvorschläge zu finden. Als strategisches Papier für die zukünftige Ausgestaltung und Sicherung der Daseinsvorsorge im Gemeindeverbund bildet es die Grundlage für ein zukünftiges gemeinsames Handeln der drei Kommunen. Vinzenz Baberschke, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Radibor, nennt weitere Vorteile aus der gemeinsamen Arbeit am Handlungskonzept: Das Verständnis für die Probleme der anderen Gemeinden und für die gesamte Region hat sich wesentlich verbessert.

Auf Grundlage des Handlungskonzeptes wurde gemeinsam mit dem Regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien ein landesplanerischer Vertrag zur Zusammenarbeit im grundzentralen Gemeindeverbund „Großdubrau/Malschwitz/Radibor“ erarbeitet und am 7. Dezember 2017 von den drei Bürgermeistern unterzeichnet. Dieser Vertrag bildet die Grundlage für die Festlegung des grundzentralen Gemeindeverbundes Großdubrau – Malschwitz – Radibor im laufenden Verfahren der zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplans Oberlausitz-Niederschlesien.

Stadt Kamenz



„Ab in die Wachstumsregion Dresden“

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM: August 2014 bis Oktober 2017

PROJEKTSUMME: 385.265 EUR

BETEILIGTE AKTEURE: LEAD-Partner Kamenz sowie die weiteren Kooperationspartner Dresden, Radeberg, Großenhain, Radeburg, Pulsnitz, Großröhrsdorf und der Landkreis Bautzen

ANSPRECHPARTNER: Projektmanagement der Wachstumsregion Dresden

IM JAHR 2014 STARTETE FÜR DIE STADT KAMENZ und die Stadt Radeberg ein Herzensprojekt. „Ab in die Wachstumsregion Dresden“ ist seitdem DER Ansprechpartner, vor allem für die gut 4 Mio. Menschen, welche im Zeitraum von 1989 bis 2010 ihre Heimat verlassen haben. Grundlage für das Projekt war die Unternehmensbefragung, die im Jahr 2011 durch die sächsischen Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern durchgeführt wurde. Aus dieser Studie, in der kammergeführte Unternehmen in Städten mit einer Einwohnerzahl größer als 10.000 befragt wurden, wurde deutlich, dass sich die kleinen und mittelständigen Unternehmen Unterstützung bei der Fachkräftesuche wünschen. Daraus entstand die Überlegung, besonders die Fortgezogenen anzusprechen.

Junge Menschen wie Phillip Friedrich (28, aus Radebeul), berichten rückblickend:

„Es war mein größter Wunsch, wieder zurück in meine alte Heimat zu kommen. Ich freue mich riesig, dass es mit der Unterstützung des Teams vom Projekt „Wachstumsregion Dresden“ geklappt hat.“

In einer Art Paketlösung stellt das Projekt „Wachstumsregion Dresden“ damit für Rückkehrer in die Region zwischen Dresden, Kamenz und Großenhain alle Möglichkeiten eines umfangreichen Projektnetzwerkes zur Verfügung und bietet seit Mitte des Jahres 2017 auch regionalen Unternehmen eine Plattform auf der Suche nach Fachkräften. Das Ziel ist seit jeher, die Vorteile des Dresdner Umlandes mit dem Faktor „Dresden“ zu kombinieren und so die Attraktivität der Region auf lange Sicht zu steigern. Anlass damals war der wirtschaftliche Aufschwung der Stadt Dresden, von dem auch die Umlandregion profitieren sollte. Als Vorbild galt dabei zum

Beispiel die Metropolregion Nürnberg. Durch die perspektivische Schließung des „Speckgürtels“ um Dresden sollen ähnliche positive Entwicklungen verzeichnet werden. Das Hauptaugenmerk liegt auf einer umfassenden Zusammenarbeit aller Kooperationspartner. Damit sollen Projektbestandteile zielführender umgesetzt und Menschen gezielter angesprochen werden. So können Ressourcen kombiniert und entsprechende Projekte wesentlich erfolgreicher realisiert werden. Aspekte, welche nach und nach immer mehr Partner für die Wachstumsregion Dresden begeisterten. Die Stadt Kamenz, Projektinitiator und LEAD-Partner, konnte schnell die Stadt Radeberg überzeugen. Die Landeshauptstadt Dresden, die Städte Großenhain, Radeburg, Pulsnitz und Großröhrsdorf sowie der Landkreis Bautzen folgten als Kooperationspartner des Projektes, welche sich auch finanziell an der Umsetzung beteiligen. Partner aus der Wirtschaft, wie zum Beispiel die IHK oder HWK, die regionalen Arbeitsagenturen oder auch Unternehmen wie die Frequenz Elektro GmbH aus Radeberg oder die Liofit GmbH aus Kamenz, vervollständigen die Liste der Unterstützer und erfüllen das Angebot der Wachstumsregion mit Leben.

Der Projektverlauf ist gekennzeichnet von verschiedenen Meilensteinen. Dazu gehören die Gewinnung neuer Kooperationspartner, die erfolgreiche Einführung und spätere Erweiterung eines Jobportals sowie die verstärkte Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Unternehmen und eine Kooperation im Hochschulbereich mit der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden. Durch den Beitritt neuer Kooperationspartner konnte über die bisherige Projektlaufzeit die Reichweite der Wachstumsregion deutlich gesteigert werden. Vor allem durch die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Dresden steht dem Projekt genau der Verknüpfungspunkt zur Verfügung, welcher die Region ausmacht. Die Verbindung Dresdens mit dem Umland und die entsprechenden Entwicklungs- und Kooperationspotenziale stehen dabei im Vordergrund der interkommunalen Zusammenarbeit und bilden den Grundpfeiler der Netzwerkarbeit im Projekt.



Ergebniskonferenz 2016



Präsentation des Projektes auf der Rückkehrmesse „WiederDa“ Bautzen

Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit war im Jahr 2017 die Einführung eines regionalen Stellenportales zur Unterstützung der Unternehmen der Region bei der Suche nach Fachkräften. Eine Plattform, welche sich kontinuierlich weiter entwickeln konnte, beispielsweise durch eine spezielle Schnittstelle zur Arbeitsagentur oder die stetige technische Evaluierung und Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit. Außerdem wurde neben dem Jobportal die Zusammenarbeit mit Unternehmen intensiviert, um so ein umfassendes Angebot zur Präsentation bieten zu können. Wichtig für das Projekt ist neben der interkommunalen Arbeit auch die Kooperation mit weiteren Partnern aus dem Wirtschafts-, Bildungs- oder Sozialbereich. Ein so großes Netzwerk ist dabei nur durch ein externes Projektmanagement steuerbar. Das erkannten auch die Verantwortlichen der Wachstumsregion und schufen durch die Beauftragung externer Büros die Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung und Vernetzung aller Partner. Auf diesem Weg wird das Projekt in der Region etabliert. Die Vermittlung des Nutzens und der Alleinstellungsmerkmale hat dabei höchste Priorität. Wichtig ist deshalb eine der Hauptaufgaben des Projektes: die Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing.

Und auch hier macht sich die gemeinsame Arbeit im Netzwerk bezahlt. Anstatt dass jeder Partner seine eigene Kampagne schaltet, können so Ressourcen gebündelt und attraktive Maßnahmen für die gesamte Region realisiert werden. Für die Wachstumsregion stehen dabei die schon angesprochenen Vorteile im Fokus. Ein hoch entwickelter Technologiesektor sowie ein breites Spektrum an klein- und mittelständigen Unternehmen in Dresden und dem gesamten Umland, ein einzigartiges Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen und eine sehr gut vernetzte Region mit vergleichsweise kurzen Wegen und entsprechend interessanten Angeboten für Pendler. So soll auch zukünftig weiter im Projekt um Rückkehrer und Fachkräfte geworben werden. Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Kooperationspartner soll als Blaupause für die kommenden Jahre dienen und weiterentwickelt werden. Neben

der Intensivierung des Austauschs innerhalb des Projektnetzwerkes steht dabei die Gewinnung weiterer Städte, Unternehmen und anderer wichtiger regionaler Akteure im Vordergrund. Das Projekt soll zudem weiter in die Fläche gehen, die Zusammenarbeit mit den Landkreisen verstärkt werden. Auch über ergänzende, für die Region wichtige Themen sollen sich die Projektpartner austauschen. Dazu gehören beispielsweise Gewerbeansiedlungen, die Naherholung und die Internationalisierung. Abschließend sollen auch Imagepflege sowie Regionalmarketing fortgeführt und ausgebaut werden. Das Potenzial der Region ist groß und durch eine effiziente und vernetzte Arbeit kann auch in den kommenden Jahren noch viel erreicht werden.

„Das Projekt ‚Wachstumsregion Dresden‘ ist ein sehr positives Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit und Imagebildung in der Region.“

Roland Dantz, Oberbürgermeister der großen Kreisstadt Kamenz



Pressekonferenz Projektbeitritt Stadt Dresden



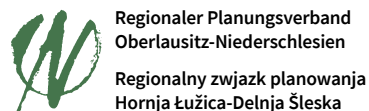
Planungsverband
Region Chemnitz
Verbandsgeschäftsstelle
Werdauer Straße 62
08056 Zwickau
Telefon: +49 375 2894 05-0
E-Mail: info@pv-rc.de



Regionaler Planungsverband
Oberes Elbtal/Osterzgebirge
Verbandsgeschäftsstelle
Meißner Straße 151 a
01445 Radebeul
Telefon: +49 351 40404-701
E-Mail: post@rpv-oeoe.de



Regionaler Planungsverband
Leipzig-Westsachsen
Verbandsverwaltung
Bautzner Straße 67
04347 Leipzig
Telefon: +49 341 3374 16-0
E-Mail: wichert@rpv-vestsachsen.de



Regionaler Planungsverband
Oberlausitz-Niederschlesien
Verbandsverwaltung
Löbauer Straße 63
02625 Bautzen
Telefon: +49 3591 67966-0
E-Mail: info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de

Landesentwicklung



❖ www.landesentwicklung.sachsen.de

Verwaltungsatlas Sachsen



© Startseite Verwaltungsatlas Sachsen

❖ www.verwaltungsatlas.sachsen.de

Strukturentwicklung



❖ www.strukturentwicklung.sachsen.de

Ländlicher Raum



❖ www.laendlicher.raum.sachsen.de

Zukunftsinitiative



❖ www.simulplus.sachsen.de

Bauen und Wohnen



❖ www.bauen-wohnen.sachsen.de

Michael Lange	Titel, S. 64	Alexander Klich	S. 33
Ralf Kregel	S. 2	Reyk Lange, GV Bennewitz	S. 34 (links)
Foto-Atelier-Klemm	S. 3	DSK Deutsche Stadt- und Grundstücks- entwicklungsgesellschaft mbH	S. 34 (rechts), 35, 36
Markus Thieme	S. 4	Stadt Dohna	S. 37
Jens Kugler	S. 6, 23 (oben rechts)	Mandy Reimann, IÖR Dresden	S. 38, 39 (oben)
Peter Radke, LMBV mbH	S. 7, 53 (unten)	Petra Knothe	S. 39 (unten)
Manuel Burckhardt	S. 8	Michael Holzweißig	S. 40, 41
Dr. Peter Heinrich	S. 9	Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	S. 42, 43 (rechts)
Steffen Klemm	S. 11 (oben), 12, 13	Familie Höse.....	S. 43 (links)
Holger Vorberg	S. 11 (unten)	Miriam Merkel Fotografie	S. 44 (oben)
Andrea Mercz	S. 14, 15	Christian Semmelrogge	S. 44 (unten), 45
Jörg Spiller	S. 17	Büro FUTOUR Dresden	S. 46, 47
360 Grad Team Oelsnitz	S. 18, 20 (oben links), 22 (oben)	Tino Fröde, RPV Oberlausitz-Niederschlesien	S. 48, 49 (unten)
Bernd Voigtländer	S. 19	Axel Heimken	S. 49 (oben)
Anja Seidel	S. 20 (oben rechts)	Markus Michauk.....	S. 50
Traditionsverein Döbelner Pferdebahn e.V.	S. 20 (unten)	Thomas Brade, RPV Oberlausitz-Niederschlesien	S. 51
Marko Borrmann	S. 22 (unten), 23 (oben links)	STEG Stadtentwicklung GmbH	S. 52
Rainer Justen	S. 24	Haiko Schnippa, ZV Lausitzer Seenland Sachsen	S. 53 (oben)
Karin Weinert, Stadt Leipzig	S. 25	Franziska Schaefer, ZV Lausitzer Seenland Sachsen	S. 54
Richard Albrecht, Stadt Leipzig	S. 26 (oben links)	Nicole Urbanek, ZV Lausitzer Seenland Sachsen	S. 55
bgmr Landschaftsarchitekten GmbH	S. 26 (oben rechts), 31 (oben rechts)	RPV Oberlausitz-Niederschlesien	S. 57
Fotostudio „Foto für Dich“	S. 27	Bürgermeister a.D. Vincenz Baberschke	S. 58
Manfred Friedrich	S. 28, 29	Gemeinde Radibor	S. 59
Henrike Hahmann, bgmr Landschaftsarchitekten GmbH	S. 30, 31 (oben links)	Manuel Saring, Stadt Kamenz	S. 61
Uta Schladitz	S. 32 (oben)		
Christian Hüller.....	S. 32 (unten)		

**Herausgeber:**

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR)
Postanschrift: 01095 Dresden
Bürgertelefon: +49 351 564-52000
E-Mail: info@smr.sachsen.de
www.smr.sachsen.de

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Redaktion:

SMR, Referat Europäische Raumordnung, Regionalentwicklung

Gestaltung und Satz:

genese Werbeagentur GmbH

Fotos:

Siehe Bildnachweise Seite 64

Druck:

Stoba-Druck GmbH

Redaktionsschluss:

5. August 2020

Auflage:

1.250 Exemplare

Papier:

Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung,
Hammerweg 30, 01127 Dresden
Telefon: +49 351 2103-671
Telefax: +49 351 2103-681
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Genderhinweis:

Wenngleich zugunsten der besseren Lesbarkeit der Texte überwiegend die männliche Sprachform gewählt wurde, beziehen sich die Angaben auf Angehörige aller Geschlechter. Es wird darauf hingewiesen, dass dies keinesfalls eine Benachteiligung anderer Geschlechter darstellt. Wir danken für Ihr Verständnis.

 [SMRsachsen](#)